Nr. 139. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wahlrechtsreform in Großbritannien.

London, 15. Juni. (Eig. Ber.)

Mit großer Spannung erwartet man allgemein die Wahlrechtsreformbill, die die Regierung übermorgen im Unterhaus einbringen wird. Von dem Inhalt der Vorlage ist bis jetzt nur das bekannt, was Herr Asquith am 7. November vorigen Jahres einer Deputation darüber mitteilte. Der Premierminister sagte damals, daß der einzige Weg, auf dem das Wahlrecht auf eine sichere, vernünftige und dauernde Grundlage gesetzt werden könne, der sei, daß man all die technischen Unterschiede, nach denen der eine als Eigentümer, der andere als Mieter, der dritte als Aftermieter usw. wähle, aus der Welt schaffe; jeder, der ein bona fide Einwohner oder Ansässiger der Nachbarschaft sei, wo er das Wahlrecht beanspruche, müsse das volle Wahlrecht erhalten, und sein Name müsse ohne sein Zutun automatisch auf Kosten der Allgemeinheit in die Wählerliste eingetragen werden. Das sei das Prinzip, auf dem sich die in diesem Jahre (1912) einzubringende Wahlreform aufbaue. Er sei kein Freund des Frauenstimmrechts, aber die Vorlage würde so gehalten sein, daß das Frauenstimmrecht auf dem Wege eines Amendements eingefügt werden könne. Weiter führte der Premierminister aus, daß einer Reform des Wahlrechts logischerweise eine neue gerechtere Wahlkreiseinteilung folgen müsse. Er lehnte es jedoch ab, sich darüber zu äußern, ob die Vorschläge der Regierung die Einführung des Proportionalwahlsystems enthalten würden.

Schon einmal zuvor, im Jahre 1906, versuchte die liberale Regierung eine Wahlreform, die aber an dem Widerstand der Lords scheiterte. Diese Reformbill suchte den Pluralwähler abzuschaffen, der in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen (mindestens 25 bis 30) die Würfel zugunsten der Konservativen fälscht. Die Vorlage sollte die Erfüllung des „one man, one vote" (jedermann nur eine Stimme) sein, einer Forderung des Newcastler Programms (1891), die bei den Massen stets sehr zugkräftig war. Die Vorlage würde im letzten Jahre wieder eingebracht worden sein, wenn nicht die Parlamentsbill so viel Zeit in Anspruch genommen hätte. Inzwischen haben sich die Verhältnisse jedoch beträchtlich verändert; viel wichtiger für die Demokratie als die Abschaffung des Pluralwahlrechts ist die Sicherstellung des Wahlrechts der Arbeitermassen, das im letzten Jahre durch einen richterlichen Entscheid schwer bedroht wurde. Mit all seinen Schnörkeln und Verwickelungen, die in den Köpfen politischer Machtfaktoren im Werdegang der englischen Gesellschaft ihren Ursprung haben, bildet das Wahlrecht Großbritanniens einen Tummelplatz für die Rechtsgelehrten der beiden großen bürgerlichen Parteien, in deren Fehden es vorkommen kann, das ganze Bevölkerungsschichten mit einem Schlage rechtlos gemacht werden können. Das geschah letztes Jahr durch die richterliche Entscheidung in dem Falle Kent versus Fittall. Es handelte sich um die Frage, ob Aftermieter, die Teile eines Hauses mieten, in dem der Hauswirt wohnt und für das dieser direkt die Gemeindesteuern zahlt, als Benutzer (occupiers) in die Wählerliste eingetragen werden könnten. Der Appellationsgerichtshof verneinte diese Frage. Bis dahin hatte man diese Wähler nirgends beanstandet; man stützte sich auf eine Entscheidung, daß solche Aftermieter durch den Besitz eines Hausschlüssels vom Hauswirt unabhängig seien; man nannte sie deshalb auch Hausschlüsselwähler. Viele hunderttausend Arbeiter liefen infolge dieses Entscheides Gefahr, ihr Wahlrecht zu verlieren. In Südmonmouthshire hat man auch sofort 10 000 und in Newport 2300 dieser Hausschlüsselwähler von der Wählerliste gestrichen. Nun können sich diese Wähler zwar als Logierer eintragen lassen, aber als Logierer müssen sie ihr Wahlrecht jedes Jahr von neuem verlangen. Zudem müssen die entrechteten Hausschlüsselwähler jetzt zwei Jahre warten, ehe sie wieder an einer Wahl teilnehmen können. Der Fall gewährt einen kleinen Einblick in die wahrhaft chinesischen Wahlrechtsverhältnisse Großbritanniens und läßt die Gefahr erkennen, die der Arbeiterschaft durch ganz unverhoffte Gesetzesauslegungen droht. Mit all diesem alten Kram will nun die Regierungsvorlage aufräumen.

Die Vereinfachung und Ausdehnung des Wahlrechts ist die logische Fortsetzung der Demokratisierung Englands, die mit der großen Reformbill vom Jahre 1832 ihren Anfang nahm. Damals war es die aufstrebende Bourgeoisie, die das alte korrupte Parlament über den Haufen warf, nachdem es fast zu einer gewaltsamen Revolution gekommen wäre. In den städtischen Wahlkreisen wurde das alte, auf dem Gewohnheitsrecht fußende Wahlrecht abgeschafft und jedem Hausherrn, dessen Haus jährlich 10 Pfund wert war, das Wahlrecht gegeben. Auf dem Lande erhielten es die Pächter, die wenigstens 50 Pfund Pacht zahlten und die Freisassen, deren Land wenigstens 40 Schilling wert war. 56 städtische Wahlkreise, die 3 Parlamentsmitglieder wählten, weniger als 2000 Einwohner hatten und deren Wähler von den herrschenden Familien einfach gekauft wurden, wurden abgeschafft. Diese und ähnliche Maßnahmen bewirkten, daß das Bürgertum der Städte einen entscheidenden Einfluß im Parlament erhielt. Der zweite Schritt in der Reform des Wahlrechts war das Gesetz vom Jahre 1867, das das städtische Proletariat zu Wählern machte. Durch dieses Gesetz erhielten die Benutzer von Wohnhäusern und Mieter, deren Räumlichkeiten unmöbliert jährlich einen Mietwert von 10 Pfund haben, das Wahlrecht. Ferner bekamen es die kleineren Pächter. Auch wurde die Vertretung Londons und anderer Großstädte auf Kosten der kleineren Wahlkreise beträchtlich vermehrt. Der dritte Schritt endlich waren die Gesetze der Jahre 1884 und 1885. Durch das erste Gladstonesche Gesetz wurde die städtische Wahlrechtsreform auch in den ländlichen Kreisen durchgeführt; die Landarbeiter erhielten das Wahlrecht. Das zweite Gesetz brachte eine Neueinteilung der Wahlkreise, durch die die kleinen Landstädte, von jeher der Sitz der parlamentarischen Korruption, wiederum verloren und die Großstädte gewannen. Auch vermehrte man die Zahl der Parlamentsmitglieder von 652 auf 670.

All diese Gesetze, die viel zu kompliziert sind, als daß man sie in einem Artikel einigermaßen ausführlich behandeln könnte, und die deshalb hier nur skizziert worden sind, haben eine Verwickelung herbeigeführt, die schon längst durch Vernunft und Logik hätte gelöst werden sollen. Diese Lösung will die liberale Regierung herbeiführen. Die einzige Deutung, die man den oben erwähnten Worten Asquiths geben kann, ist die, daß durch die neue Reformbill das Wahlrecht von dem Besitz auf den Bürger übertragen werden soll. Damit wäre dann aber auch eine große Vermehrung der Wählerschaft verbunden. Die Zahl der männlichen Personen über 21 Jahre ist augenblicklich in Großbritannien rund 12 Millionen. Hiervon haben jetzt das Wahlrecht 7 984 600. Wenn man von dieser Zahl über 500 000 Pluralwähler abzieht, erhält man eine Idee von dem Umschwung, den das allgemeine Männerwahlrecht bedeuten wird. Noch gewaltiger wird dieser Umschwung sein, wenn es den Freunden des Frauenstimmrechts gelingt, ihren Plan durchzusetzen. Frauen über 21 Jahre gibt es in Großbritannien etwa 13 200 000.

Das Frauenstimmrecht wird wohl der am heißesten umstrittene Punkt sein. Wenn sich eine Mehrheit dafür im Unterhause findet, wird die Regierung die veränderte Vorlage zu der ihrigen machen und das Frauenstimmrecht im Oberhause verteidigen. Auf dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei in Birmingham gelangte eine Resolution, in der ausgesprochen wurde, daß der Arbeiterpartei keine Reformbill, die nicht das Frauenstimmrecht enthalte, annehmbar sei, mit knapper Mehrheit zur Annahme. Namentlich die Vertreter der Bergarbeiter waren gegen die Resolution, nicht etwa, weil sie Gegner des Frauenstimmrechts wären, sondern weil sie glaubten, daß keine demokratische Partei es wagen könne, gegen die Erweiterung des Männerwahlrechts zu stimmen, und daß diese Drohung deshalb zwecklos sei. Auf alle Fälle jedoch kann man sich darauf verlassen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament ihr äußerstes tun werden, um auch den Frauen diesmal das Stimmrecht zu verschaffen.

Her mit Sozialpolitik!

Die Großkapitalisten suchen gegenwärtig mit auffallender Geschäftigkeit Stimmung für ein neues Zuchthausgesetz gegen die streikenden Arbeiter und gegen die Gewerkschaften zu machen. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat auf seiner letzten Vertretersitzung besonders nachdrücklich den bürgerlichen Parteien und den Regierungen kund und zu wissen getan, daß unbedingt ein solches neue Zuchthausgesetz erlassen werden müsse. Zur Unterstützung dieser Forderung müssen sich Handelskammern und sonstige Unternehmervereinigungen damit abquälen, möglichst viel Scheuergeschichten über die Gewalttaten der streikenden Arbeiter gegen die braven Streikbrecher zusammenzubringen. Und sobald etwas Derartiges entdeckt wird, dann kann die bürgerliche Presse — auch wenn es sich nachträglich als erlogen herausstellt — wieder einmal ihr altes Lied von dem Terrorismus der Sozialdemokratie anstimmen.

Bekanntlich aber hat der Reichstag mit 273 gegen 62 Stimmen den Antrag der Konservativen auf „Schutz der Arbeitswilligen" abgelehnt. Nicht nur die Linke hat — mit wenigen Ausnahmen — dagegen gestimmt, auch ein großer Teil des Zentrums sah sich dazu noch gezwungen. Hiernach erscheint es ausgeschlossen, daß in diesem Reichstage sich eine Mehrheit für ein solches Gesetz finden wird.

Weshalb also der Lärm der Großkapitalisten? Die Herren sind doch die letzten, die ihre Kraft zwecklos einsetzen. Es muß daher hinter diesem Lärm noch eine andere Absicht der Großkapitalisten stecken. In der Tat ist es denn auch hier so gekommen, wie es in solchen Fällen stets unvermeidlich ist: allmählich zeigt sich dem kundigen und aufmerksamen Beobachter, wohin die Großkapitalisten in Wahrheit wollen.

Schon von Anfang an tönte — wenn auch zunächst recht schwach — aus ihren Kampfesreden gegen den „Terrorismus der Streikenden" die Klage über die „schweren sozialen Lasten", die die „Industrie" tragen müsse. Mit der Zeit wurde diese Klage immer lauter. Immer lebhafter wandten sich die Großkapitalisten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse dagegen, daß die sozialen Lasten der Industrie „noch mehr" vergrößert würden. In den letzten Tagen endlich finden wir in der bürgerlichen Presse eine Flut von Artikeln, in denen oft sehr heftig Einspruch gegen jede Maßnahme zum Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erhoben wird. Ja, die Landesregierungen werden zur Hilfe gerufen, damit sie dem schrecklichen Treiben im Reichsamt des Innern Einhalt gebieten.

Das Reichsamt des Innern hat aber schon, als der jetzige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg an seine Spitze trat, Freundschaft mit den Großkapitalisten geschlossen; und der gegenwärtige Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, ist ebenso eifrig bedacht, sich nach den — Wünschen dieser Herren zu richten. Trotzdem stellen sich die Großkapitalisten augenblicklich mit dem Reichsamt des Innern sehr unzufrieden. Und zwar deshalb, weil hier die Geheimräte an einigen sozialpolitischen Vorlagen so arbeiten, daß sie dem Reichstage bei seinem Zusammentritt in diesem Herbste zugehen können.

Diese Arbeit ist eigentlich selbstverständlich. In seinem ersten Sitzungsabschnitt hat sich der Reichstag mit keiner sozialpolitischen Vorlage beschäftigt. Jedoch haben unsere Redner nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratie im Herbst mit allem Nachdruck für die Verbesserungen unseres gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung eintreten wird. Auch die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten mußten dem Drucke der Sozialdemokratie nachgeben und forderten mehr oder weniger ernst, daß der Reichstag sich im nächsten Jahre wieder der sozialen Gesetzgebung zuwende. Ueberdies haben wir eine ganze Reihe sozialpolitischer Fragen, deren Lösung als dringend notwendig sogar bürgerliche Sozialpolitiker fordern: einen besseren gesetzlichen Schutz der Gesundheit unserer Arbeiter, die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter über 16 Jahre, die Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft, die Beseitigung der Konkurrenzklausel, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Regelung der Rechtsverhältnisse für Angestellte, die Versicherung der Feuerwehrleute, der Krankenpfleger und der Leute, die bei der Hilfe für einen von Lebensgefahr Bedrohten verunglücken, die Wohnungsfrage usw. Unter diesen Umständen können die Herren im Reichsamte des Innern, selbst wenn sie es wollten, unmöglich den Reichstag im Herbst wiederum mit Vertröstungen abspeisen: sie müssen wenigstens einige sozialpolitische Vorlagen fertig machen.

Die Großkapitalisten haben selbstverständlich Kenntnis von den Arbeiten im Reichsamt des Innern. Deshalb jetzt ihr Sturmlauf dagegen. Deshalb benutzen sie jetzt jede Gelegenheit, um mit dem Geschrei über den Terrorismus der Streikenden die Arbeiter im allgemeinen ins Unrecht zu setzen und im Anschluß daran jeden Gedanken an sozialpolitische Maßnahmen für die Arbeiter zu bekämpfen. Ihre Hoffnung ist dabei, sie könnten dadurch, wenn auch nicht das erstrebte neue Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter, so doch das erreichen, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages und die Regierungen jeden wirklichen sozialpolitischen Fortschritt im nächsten Jahre verhindern.

Besonders leicht ist dies freilich nicht. Denn gerade die gegenwärtige Zeit ist zur Durchführung sozialpolitischer Verbesserungen sehr geeignet. Machen doch die Großkapitalisten seit Monaten ein so glänzendes Geschäft, daß bereits die Größten der Großen zur „Mäßigung" mahnen, weil eine so überstürzte Jagd nach Profit um so schneller den wirtschaftlichen Krach heraufbeschwören müsse. Und dieselben Großkapitalisten, die das Geld mit vollen Händen zusammenscharren, sollen als die armen bedauernswerten Arbeitgeber hingestellt werden, die unter den sozialen Lasten und Belästigungen zusammenbrechen. Das geht nicht gut, wenigstens nicht so, daß damit auf irgendeinen Menschen der Eindruck gemacht werde, den die Großkapitalisten beabsichtigen. Sie haben es daher mit einem anderen „Beweis" versucht.

Professor Adolf Wagner in Berlin, der bekannte Kathedersozialist, hat wieder einmal seine alten Forderungen auf einer Zusammenkunft verteidigt und dabei auch über die Großkapitalisten als die unbeschränkten Herrscher des Wirtschaftslebens gesprochen. Dies hat der Zentralverband Deutscher Industrieller benutzt, um die — völlige Rechtlosigkeit der bejammernswerten Großkapitalisten festzustellen. Rechtlos sollen hiernach die Großkapitalisten sein, weil der Reichstag, ohne die Großkapitalisten erst um Erlaubnis zu bitten, indirekte Steuern ändern, Arbeiterschutzgesetze erlassen, die Reichsversicherung durchführen kann. Ja, selbst das wird als Beweis für die Rechtlosigkeit der Großkapitalisten angeführt, daß namentlich bei den armen Bergwerksbaronen „die Lasten für Schule, Kirche, Armenwesen ins Unheimliche" wachsen. Und die Herren scheuen sich nicht, es als „gerade ein Interesse der deutschen Arbeiterschaft" zu bezeichnen, daß die Großkapitalisten in der Tat die unbeschränkten Herrscher des Wirtschaftslebens würden, die Arbeiter ohne jede Rücksicht ausbeuten könnten.

Diesen planmäßigen, unermüdlichen Kampf der Großkapitalisten gegen die notwendigsten sozialpolitischen Verbesserungen dürfen die Arbeiter nicht unterschätzen. Viele der bürgerlichen Abgeordneten würden sich gar zu gerne von dem Drucke der Sozialdemokratie frei machen und wie bisher, so auch fernerhin, den sozialpolitischen Fortschritt hemmen statt fördern. Die Regierungen aber haben nur zu oft gezeigt, daß auch sie bei einer solchen Lage der Dinge versagen. Daher müssen die Arbeiter jetzt mehr als je auf dem Posten sein. Bei

jeder Gelegenheit müssen sie für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung eintreten, müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampfe für wirksame Arbeiterschutzgesetze aufrufen und so den bürgerlichen Parteien und den Regierungen zeigen, daß endlich die sozialpolitischen Arbeiterforderungen erfüllt werden müssen.

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, im Juni. (Eig. Bericht.)

I.

Ziffern und Tatsachen.

Von 166 Sitzen der verflossenen Kammer hatten die Klerikalen 86 Sitze inne. Ihre Majorität betrug 6 Stimmen. — Die neue Kammer zählt 186 Sitze. Die Klerikalen haben bei den Wahlen am 2. Juni von den neuen 20 Mandaten 11 auf ihre Seite gebracht; sie haben den verbündeten Oppositionsparteien, dem liberal-sozialistischen Kartell, 5 Wahlkreise entführt; in einem Wahlkreis haben sie ein Mandat an die Sozialisten verloren. Die klerikale Partei verzeichnet aber einen Gewinn von 16 Mandaten, einen Verlust von einem Mandat und zieht daher 101 Mann stark in die neue Kammer. Ihre Majorität ist von 6 auf 16 Stimmen gestiegen. Die Listen der Klerikalen vereinigten am 2. Juni 1 344 623 Stimmen, die der gesamten Opposition 1 271 919 Stimmen. Differenz zugunsten der Klerikalen 62 702 Stimmen. Das ist der klerikale Wahlsieg in Ziffern. Ueber die letzteren, die die zugunsten der Klerikalen verfälschte Verhältnisvertretung so recht illustrieren, wird noch zu reden sein. Halten wir uns vorläufig an die Zahlen ohne Kommentar. Sie zeigen den Aufstieg der Klerikalen, ihren Sieg, ihren Triumph schlechterdings. — Und dennoch: nie war der Haß gegen das kleriale Regime stärker und allgemeiner als nach der Vorlage des Schollaertschen Schulgesetzes; nie war die Kampagne gegen die Klerikalen intensiver, umfassender, temperamentvoller als bei den diesmaligen Wahlen, nie war das Echo, das Liberale und Sozialisten fanden, lebhafter, begeisterter. Das ganze Land schien aufgewühlt von der antiklerikalen Wahlpropaganda ... Aber am 2. Juni leuchtete die Sonne des klerikalen Sieges.

* * *

Die Niederlage des Liberalismus.

Man erklärt — „man" sind hier Sieger und Besiegte —, der klerikale Wahlsieg ist eine Niederlage des Liberalismus — also nicht schlechthin der „Opposition", wie das antiklerikale Kampfschild den Richteingeweihten glauben machen könnte. Tatsächlich dürfen die Sozialisten nicht in die „antiklerikale" Wahlniederlage mit eingeschlossen werden. Sie haben ein Mandat eingebüßt, aber fünf neue Sitze gewonnen, ihre Fraktionszahl hat sich also von 35 auf 39 Mitglieder erhöht. In verschiedenen Wahlkreisen ist ihre Stimmenzahl gewachsen, charakteristischerweise selbst dort, wo, wie z. B. in Huy, das liberal-sozialistische Kartell als solches Schiffbruch gelitten und die Partei dabei leider das Mandat des Genossen Wauters, des Chefredakteurs des „Peuple", verloren hat. Hier steht der Verlust völlig auf dem Konto der Liberalen. Die auf die Kartelliste entfallenden Stimmen waren trotz der Vermehrung der Wählerzahl um gut 6000 um 844 Stimmen zurückgegangen. Die Berechnungen haben indes ergeben, daß die beiden sozialistischen Kandidaten, Hubin und der gefallene Wauters, gegen die vorige Wahl einen Gewinn von 2782 Stimmen aufweisen, während die Liberalen rund 3200 Stimmen verloren haben. — Von den beiden Oppositionsparteien ist also ausschließlich die liberale als besiegte anzusehen.

In der Kritik, die die Liberalen selbst an ihrer Niederlage üben, zeichnen sich zwei Richtlinien ab, die ganz eigentlich die beiden Strömungen in der liberalen Gedankenwelt und in der liberalen Partei selbst ausdrücken. Der belgische Liberalismus scheidet sich nämlich in zwei Flügel: in den einer demokratischen Politik nicht umzugänglichen linken Flügel der Progressisten und den zumal in sozialen Fragen ganz nach rechts hinüberreichenden Flügel der sogenannten „Doktrinären". Diesen letzteren war bei der gemeinsamen parlamentarischen Oppositionspolitik vor dem demokratischen Atem, der dann und wann herüberwehte, allgemach bange geworden. Feinde aller sozialen Reformen, Feinde selbst jeden Eingreifens des Staates zugunsten der Arbeiter, richtige Manchesterianer mit einem Wort, fragten sie sich nicht ohne Bangen, wo denn die „ins sozialistische Schlepptau" genommene Opposition landen wird, wenn einmal die Minorität Majorität würde. Hatte Anseele denn nicht eines Tages gesagt: Die Liberalen werden uns folgen oder sie werden aufhören zu sein? Kurz, in all dem antiklerikalen Rausch barg sich bei dem gemäßigten Liberalismus die blasse Furcht vor der Demokratie, vor dem demokratischen Zukunftsluftzug. Und so zeigt sich nun auch in der Kritik der liberalen Presse die zwiefache Auffassung der Sachlage. Die liberale „Etoile belge", ebenso radikal im Antiklerikalismus, wie reaktionär in sozialer Hinsicht, steht nicht an, die Niederlage des Liberalismus vom 2. Juni auf diese Tatsachen zurückzuführen, das heißt: die radikalen Elemente für die Folgen der gemeinsamen Aktion und der Bündnispolitik, die ja tatsächlich am 2. Juni gänzlich gescheitert ist — fünf der klerikalen Wahlsiege sind Besiegungen des liberal-sozialistischen Kartells — verantwortlich zu machen. „Wenn der 2. Juni einen Zusammenbruch des Liberalismus anzeigt, so liegt vor allen Dingen daran, daß sich unsere Freunde über die Gefühle der Bourgeoisie Illusionen gemacht haben." Diese Illusionen hätten nämlich darin bestanden, zu glauben, daß die gemäßigten Elemente ihren ursprünglichen Widerwillen vor dem Sozialismus überwunden haben. Das sei aber, wie das liberale Blatt meint, ein Irrtum. „Wenn die Bourgeoisie — wir zitieren wörtlich — hinsichtlich des Sozialismus nicht mehr die ausgesprochene Feindseligkeit zeigt, die sie vor zehn Jahren hatte, so ist darum nicht weniger wahr, daß sie nicht abgerüstet hat und weiter fortfahren wird, ihre Sache von der der Arbeiter zu trennen." Die in dem Satz enthaltene Spitze richtet sich gegen jene Liberalen, die die Taktik der gemeinsamen Aktion und die Bündnispolitik befürworteten und von ihr vor allem die Niederwerfung des Klerikalismus erwarteten. — „Die Verletzung der Gefühle" dieser blaß-liberal gefärbten Bourgeoisie hat sich denn in der Tat gerächt, wie die Wahlen nur zu deutlich gezeigt haben. Haben so auf der einen Seite die „Gemäßigten" versagt, die zwar, wie die „Etoile" aufrichtig aber wahr sagt, den religiösen Fanatismus nicht sehr lieben, aber noch weniger den sozialistischen Fanatismus, so hat auf der anderen Seite der seiner Partei inkorporierte Teil der Bourgeoisie, der nicht eigentlich klerikal ist, die Flucht ins klerikale Lager angetreten, weil er im Klerikalismus das kleinere Uebel gegenüber dem durch die politische Nachbarschaft der Sozialisten und durch die antiklerikale Verschwisterung mit diesem kompromittierten Liberalismus. Die gemäßigt-liberalen und die „schwankenden" Elemente der Bourgeoisie und der Großbourgeoisie, die auf seiner Seite zu haben Herr von Broqueville und seine Offiziösen am Tage nach der Wahl sich stolz rühmten, haben bei diesem „Verrat" oder dieser „Flucht" nicht so sehr Grundsätze aufgegeben als vielmehr Treue ihrem Klassenbewußtsein gehalten. Der Klerikalismus tut ihnen viel weniger weh als ihnen das Bewußtsein wohl tut, daß Herr von Broqueville und die Seinen nichts unternehmen werden, was ihren Geldsackinteressen schaden könnte. Im Kampf zwischen der Idee und dem Geldsackinteresse — dort wo der Kampf etwa vorhanden war — hat das letztere triumphiert. Tiefer besehen stellt sich so der Wahlsieg des Klerikalen weniger als ein Sieg des Klerikalismus, denn als ein Sieg des Konservatismus, des Materialismus, des Portemonnaies heraus. Die Börse — in jedem Sinne — hat der antiklerikalen und wenn man will demokratischen Ideologie am 2. Juni den Garaus gemacht.

Immerhin mag schon richtig sein, daß auch einen Teil Schuld an der liberalen Niederlage der Umstand trägt, daß die Liberalen weniger auf eine nüchterne innere Organisationsarbeit und ernste Bearbeitung des Wählerkorps, denn auf eine nach außen wirkende Versammlungscampagne bedacht waren. Auch in dieser Beziehung fehlt es im eigenen Lager nicht an Vorwürfen. — Außer den Belehrungen, die das Wahlresultat dem Liberalismus beschert hat, hat es auch dem belgischen Proletariat seine eigene politische Lebenslehre wieder aufgefrischt und bestätigt: daß die Arbeiterschaft in allen ihren Kämpfen auf sich und ihre eigenen Kräfte und die reine Wirksamkeit ihrer Ideen angewiesen ist.

* * *

Wahlfälschungen.

Nach Meldungen aus Brüssel hat die klerikale Partei bei den Wahlen am 2. Juni ungeheure Wahlfälschungen und Bestechungen zu ihren Gunsten vorgenommen. Die liberale „Gazette" meldet, daß die Brüsseler Staatsanwaltschaft deswegen bereits gegen 4000 Personen Strafverfahren eingeleitet habe. Die Wahlkorruption soll in einem geradezu ungeheuerlichen Umfange ausgeübt worden sein. Die Opposition wird bei Eröffnung der Extrasession im Juli den Ministerpräsidenten darüber interpellieren.

Der Krieg.

Eine neue Aktion der Italiener an der tripolitanischen Küste.

Rom, 17. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) General Camerana meldet durch Funkspruch aus Mersa Busheifa unter dem gestrigen Tage: Nachdem wir um 6 Uhr früh Marabut Sidi Busheifa besetzt und Truppen gelandet hatten, besetzten wir sofort eine benachbarte Oase und die Höhe von Cap Farruq. Beide Stellungen liegen an der Küste etwa zwölf Kilometer von der Stadt Misrata (zirka 200 Kilometer östlich von Tripolis) entfernt. Bei unseren Bewegungen suchten uns nicht sehr zahlreiche feindliche Abteilungen aufzuhalten, sie wurden aber baldigst durch die Schiffsartillerie und später durch das Gewehrfeuer der Matrosen und der gelandeten Truppen unter Zurücklassung einiger Toter zerstreut. Wir hatten bei diesem Scharmützel keinerlei Verluste. Später zeigten sich diese zurückgeworfenen Abteilungen, die inzwischen Verstärkungen erhalten hatten, auf der rechten Seite; gegen nachmittag gingen sie zu einem regelrechten Angriff vor, der von unseren Truppen abgewiesen wurde. Der Kampf dauerte bis gegen 6 Uhr, dann wurden die Angreifer, die 50 Tote auf dem Schlachtfelde zurückließen, zum Rückzuge gezwungen. Wir erbeuteten zahlreiche Waffen und Munition. Unsere Verluste sind zwei Tote und neun Verwundete, darunter ein Askari tot und zwei verwundet.

Steuererhöhungen in der Türkei.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Regierung übermittelte der Kammer Gesetzentwürfe über die Steuererhöhungen während des Krieges. Die Gesetzentwürfe betreffen eine 20prozentige Erhöhung der Grund- und Immobilien- sowie der Gewerbesteuer, eine dreiprozentige Abgabe von den Beamtengehältern und eine Erhöhung der Militärbefreiungstaxe von 50 auf 60 Pfund für den aktiven Dienst und von 30 auf 40 Pfund für die Reserve. Einige andere Steuern, angeblich die Salz- und Spirituosensteuer, sollen eine mäßige Erhöhung erfahren.

Die Unruhen auf Cypern.

Konstantinopel, 17. Juni. Sabah veröffentlicht eine Schilderung der Unruhen in Limassol auf Cypern am 9. Juni, die dem auf Cypern erscheinenden türkischen Blatte „Vatan" entnommen ist. Infolge einer Rauferei zwischen Griechen und Türken, wobei ein Mohammedaner mehrere Griechen verletzt hatte, griffen 5000 Griechen unter Hochrufen auf Griechenland und auf die Vereinigung mit ihm die Läden der Mohammedaner an. Ein englischer Major sowie ein türkischer Offizier und andere Mohammedaner wurden von den Griechen mißhandelt. Hierauf versuchten diese in das Mohammedanerviertel zu ziehen, wurden aber von der Polizei an Angriffen gehindert. Sodann griffen die Griechen mohammedanische Markthändler an und raubten ihnen ihre Waren. Am Abend trafen 80 englische Soldaten ein. Bei den Unruhen sind drei Personen getötet. 49 schwer und viele leicht verletzt worden. Auch eine Moschee wurde von den Griechen angegriffen und beschädigt. Es wurde der Belagerungszustand verhängt. Sabah hofft, daß die englische Regierung verhüten werde, daß die Gemüter der Mohammedaner, von denen so viele Millionen in dem britischen Reiche leben, weiter gereizt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni 1912.

Bochumer Streikjustiz.

Viele hunderte Streiksachen sind schon verhandelt. Beinah ein Vierteljahr sind ein halbes Dutzend Staatsanwälte und etwa drei Dutzend preußische Richter eifrig bemüht, die „Streikverbrecher" der ihnen „gebührenden" Bestrafung zuzuführen. Trotz der eifrigsten Tätigkeit der Bochumer Strafkammern, die diese in zwölf langen Wochen entwickelt haben, sollen nun heute noch fast fünfhundert Streiksachen zu erledigen sein.

Wenngleich sich auch ein erheblicher Teil der Streikprozesse recht eintönig abwickeln, so werfen doch die täglichen Verhandlungen immer wieder interessante Schlaglichter auf das Wesen unserer Rechtsprechung überhaupt, insbesondere aber auch auf die eigenartige Weise, wie Streikanklagen zustande kommen. So wurde vor einer der Bochumer Strafkammern eine Streiksache verhandelt, in der es eigentlich gar keinen Angeklagten gab. Auf der Anklagebank saß zwar einer jener Uebeltäter, die gestreikt hatten. Sein Name stand auch in dem Eröffnungsbeschluß, aber in der Anzeige stand überhaupt kein Name, nur der angeblich Beleidigte war in dieser genannt. Der letztere aber wiederum wußte nichts von einer ihm durch den Angeklagten zugefügten Beleidigung! Bei genauer Ermittelung stellte sich heraus, daß die Anzeige von einem inzwischen verstorbenen Steiger bei der Polizei erstattet war. Der Verteidiger beantragte selbstverständlich unter diesen Umständen die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt meinte, er wolle doch noch einmal ermitteln, vielleicht habe der Angeklagte einen anderen Arbeitswilligen beleidigt. Das Gericht entsprach dem staatsanwaltlichen Wunsche. Daß bei der erneuten Ermittelung irgend etwas herauskommt, ist natürlich ausgeschlossen, aber anscheinend möchte sich der Staatsanwalt auch nicht eine einzige Gelegenheit entgehen lassen, einen „Streikverbrecher" zur Rechenschaft zu ziehen.

Eine andere Streiksache lag ähnlich merkwürdig. Der Angeklagte sollte einen Arbeitswilligen unter Drohung und Anwendung von Gewalt bestimmt haben, sich dem Streik anzuschließen. Der Arbeitswillige, der übrigens nur einen Tag gearbeitet hatte, erklärte unter seinem Eid, die Behauptung der Anklage sei unzutreffend. Er wisse auch gar nicht, wer die Anzeige erstattet habe. Mit dem Angeklagten sei er zudem seit Jahren gut befreundet. Am ersten Streiktag seien sie sich begegnet und der Angeklagte habe wohl sein Zechenbündel mit der Hand angefaßt. Das habe ihn aber nicht bestimmt, mitzustreiken. Als weitere Zeugin war ein vierzehnjähriges Schulmädchen geladen. Auf die Frage des Vorsitzenden, was sie wahrgenommen habe, sagte das Kind wörtlich aus: „Ich habe gesehen, wie der Angeklagte versucht hat, den Zeugen zu nötigen, sich dem Streik anzuschließen." Der Verteidiger macht auf diese für ein vierzehnjähriges Mädchen doch höchst sonderbare Aussage mit der Frage aufmerksam, wer dem Kinde diese Worte vorgesagt habe. Das Schulmädchen erwiderte, es habe nur mit dem Polizeibeamten gesprochen, der die Anzeige erstattete. Das Gericht schenkte der Aussage des Mädchens vollen Glauben und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen.

Ein Bergmann war angeklagt, acht Tage vor dem Streik zu seinem Kameraden gesagt zu haben, wenn Du nicht mitstreikst, dann schneid' ich Dir den Hals ab. Der Zeuge erklärte unter seinem Eide, er würde erstens ohnehin gestreikt haben, zweitens sei die Aeußerung seines Kameraden von ihm nicht als Ernst aufgefaßt worden. Er sei mit dem Angeklagten gut befreundet und sie hätten nur gescherzt. Die Anzeige sei von dritter Seite erfolgt. Das Gericht kam trotzdem zu einer Verurteilung des Angeklagten, der eine Geldstrafe von 100 M. erhielt. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Vorgang kein Scherz gewesen sei. Der Verurteilte meinte, was dem Angeklagten dann überhaupt Entlastungszeugen nutzen. Die Frage ist in den Streikprozessen durchaus am Platze. Daß die Gerichte den Bekundungen der Entlastungszeugen folgten, ist so gut wie gar nicht vorgekommen.

Der katholische Bruderstreit.

Die raufenden Ultramontanen schicken sich nicht nur gegenseitig Berichtigungen zu, sondern sie berufen sich dabei auf den § 11 des Preßgesetzes. Und jetzt meldet das „Katholische Deutschland" des Pfarrers Dr. Nieborowski, daß die bachemitische „Schlesische Volkszeitung" zwei Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingereicht habe, weil das „Katholische Deutschland" nicht „mit denselben Lettern und an derselben Stelle" berichtigt hat. Das „Kath. Deutschl." schreibt demgegenüber, daß es der „Schles. Volkszeitung" vier Berichtigungen gesandt habe, „die sie teils gar nicht, teils verstümmelt abdruckte". Weiter erfährt man aus der Notiz, daß der Zentrumsführer Trimborn gegen das „Kathol. Deutschland" „wegen eines Aprilscherzes" geklagt habe, jetzt aber kostenpflichtig abgewiesen worden sei.

Gegen die „Kölnische Volkszeitung" erhebt das „Kath. Deutschland" den Vorwurf der „Fälschung päpstlicher Telegramme". Das nach Frankfurt an Giesberts gerichtete Telegramm lautet an der in Betracht kommenden Stelle in richtiger Uebersetzung: Der Hl. Vater ermahnt sie (die in Frankfurt versammelten Vertreter der Vereine katholischer Arbeiter) aufs lebhafteste, „nicht nur im Privatleben, sondern auch in der öffentlichen und sozialen Tätigkeit den Lehren und Weisungen des Hl. Stuhls auf das treueste zu folgen ...". Die „Kölnische Volksztg." habe „mit Bewußtsein falsch übersetzt, um ihren Interkonfessionalismus wenigstens in der Politik noch zu retten"; sie habe das „und" unterschlagen, um dann falsch zu übersetzen: „In der öffentlichen Tätigkeit den sozialen Lehren des Hl. Stuhls zu folgen." Sie suche glauben zu machen, der Papst wolle nur im sozialen Leben seine Kompetenz wahren und habe deshalb fälschlich das „und sozialen" als Adjektiv auf „Lehren" bezogen. Sie habe ein päpstliches Telegramm „in einem wesentlichen Punkte gefälscht", um wenigstens in politischen Dingen noch Freiheit zu behalten.

In dem Telegramm des Uditore Heiner legt das „Katholische Deutschland" das Schwergewicht auf den Satz, wonach die interkonfessionellen Gewerkschaften „bis jetzt vom Hl. Stuhl nicht verurteilt sind"; das sei ein Damoklesschwert!

Die „Petrusblätter" (Trier) erinnern gegenüber dem Ausspruch, daß „Berlin" nach Rom „geschlichen sei, daran, daß auch München-Gladbach den Papst in gleicher Weise wie „Berlin" während der letzten Jahre recht häufig besucht habe. Die „Kölner" verlangten eine authentische Erklärung zum Gewerkschaftsstreit im „Osservatore Romano", dem „Organ für solche Mitteilungen". Im April 1909 seien die München-Gladbacher Giesberts, Dr. O. Müller und Wieber beim Papste gewesen und hätten nachher in der „Köln. Volkszeitung" behauptet, der Papst habe die christlichen Gewerkschaften gebilligt, und nach Dementis im „Osservatore Romano" hätten sie ihre Behauptung aufrecht erhalten. Der Papst habe nach dem Bericht des „Osservatore" seine Genugtuung über die Entwickelung der katholischen Arbeitervereine in Deutschland kund getan. Von dem dritten Dementi des „Osservatore", den die „Kölner" jetzt selbst als das „Organ für solche Mitteilungen" bezeichneten, habe die „Köln. Volkszeitung" ihren Lesern keine Mitteilung gemacht, obwohl das römische Blatt schrieb, daß seine Erklärungen „aus der einzigen autoritativen Quelle" stammten, aus der es sie überhaupt erhalten konnte.

Mansfelder Wahlideal und Hallesche Justiz.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Wie am letzten Stichwahltage im Mansfelder Wahlkreise „gewählt" wurde und welche „Folgen" daraus für reichstreue Wahlstützen entstanden, darüber haben wir des öfteren berichtet. Weil nun die Genossen Mädel und Hoffmann den Wahlvorsteher, Gutsverwalter Faber in Piesdorf, im Reichstagswahllokal ersucht hatten, die Wahlzettel zu mischen, und H. versucht haben soll, dem Herrn die Wahlkuverts zu entreißen, standen beide wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes vor der Strafkammer unter Anklage. Und sieben Genossen waren außerdem wegen Beistandsleistung zum Vergehen gegen den § 132 des Strafgesetzbuchs angeklagt.

Am Nachmittage, so kam es in der Verhandlung zur Sprache, raunte man sich am Wahltische eine sehr mysteriöse Geschichte in die Ohren.

Zwei alte Frauen

hatten sich am Vorabend der Wahl auf der Straße erzählt: Die Sozialdemokraten kommen und werden die Wahlhandlung stören; sie wollen den Tisch umwerfen. Der Wahlvorsteher bestellte deshalb „seine Leute", breitschultrige Aufseher, in das Wahllokal. Auf dem Wahltische stand als Urne eine blecherne Kakesbüchse in der Größe einer Zigarrenkiste — 20 Zentimeter breit und lang, und 30 Zentimeter hoch. Der

Wahlvorsteher erklärte vor Gericht, er habe die Büchse hübsch mit weißem Papier umklebt und daran geschrieben: „Wahlurne". Richtig. So wußte man wenigstens, daß es sich um eine „Urne" handelt. Nebenbei bemerkt sei, daß Piesdorf der Junkersitz des jetzigen Herrenhauspräsidenten v. Wedel ist! Der Einwurf für die Wahlkuverts war an der Seite der Biskuitbüchse. So konnte sich denn das eine Wahlkuvert sanft an das andere anlehnen. Abends 7 Uhr wurden die Wahlkuverts — gekeilt in drangvoll fürchterlicher Enge — der Urne entnommen. Der Wahlvorsteher mußte vor Gericht zugeben, 10 bis 11 Kuverts selbst geöffnet zu haben. Dies ist nach § 18 des Wahlreglements unzulässig. Ein Beisitzer hat die Umschläge zu öffnen. Hiergegen protestierte Genosse Mädel, wobei er in der Erregung dem Wahlvorsteher die Worte zugerufen haben soll: „Ich fordere Sie auf, die Zettel zu mischen, widrigenfalls wir die Zählung verhindern werden." Der Wahlvorsteher klemmte dann die Kuverts unter den Arm. Dann soll Genosse Hoffmann, der mit sieben Arbeitern aus Belleben gekommen war, versucht haben, dem Wahlvorsteher die Kuverts zu entreißen. **Die Kuverts waren beim Auszählen eins aufs andere gelegt, so daß die Möglichkeit bestand, die Wähler nach ihrer Stimmabgabe zu kontrollieren.**

Der Staatsanwalt beantragte gegen M. und Z. wegen Vergehens gegen § 117 des Str.-G.-B. (wer es unternimmt, Behörden zu nötigen usw.) je **sechs Monate** und gegen die übrigen Angeklagten je **zwei Monate** Gefängnis. M. und Z. wurden zu je **vier Monaten** Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Ein „positiver Erfolg" der Sozialdemokratie.

Im Jahre 1911, als im Abgeordnetenhause über den Etat des Finanzministeriums verhandelt wurde, sprach Herr Giesberts vom Zentrum den Wunsch aus, es möge doch die Regierung eine leicht verständliche Uebersicht über das preußische und das deutsche Steuerwesen veröffentlichen. Er meinte ein kleines Büchlein, woraus jedermann mit Leichtigkeit ersehen könne, wieviel jeder preußische Bürger insgesamt jährlich an Steuern zu zahlen hat für das Reich, für den Staat, für die Kommune, für die Kirche usw. Vielleicht noch außerdem dazu eine Aufstellung, was die genannten Körperschaften zum Nutzen des Bürgers mit diesem Geld leisten. Herr Giesberts hoffte das zur Widerlegung der sozialdemokratischen Agitation benutzen zu können; denn mit nichts — so ungfähr sagte er — könne die Bevölkerung leichter aufgehetzt werden, als mit dem Hinweis auf die hohen Steuern.

Trotz dieser verlockenden Aussicht, eine Waffe gegen die Sozialdemokratie zu schmieden, blieb die Regierung gegenüber der Anregung des Herrn Giesberts gänzlich still. Vielleicht hatte sie selbst nicht allzu viel Vertrauen zu der Wirksamkeit dieser Waffe? Vielleicht fürchtete sie, daß durch eine wahrheitsgemäße Darstellung der Steuerlasten die Bevölkerung noch schlimmer erregt werden möchte, als durch die Agitation der Sozialdemokratie?

In diesem Jahre nun hat bei der Etatsberatung der Redner unserer Partei den Wunsch des Herrn Giesberts wieder aufgenommen und nachdrücklich unterstützt. Und siehe da, jetzt regt sich die preußische Regierung. Wie eine offiziöse Korrespondenz meldet, „wird jetzt im Finanzministerium der Plan erwogen, durch Zusammenstellung eines leichtfaßlichen Berichts über die preußischen Finanzen, namentlich auch die Gestaltung des Eisenbahnetats, weiteren Kreisen der Bevölkerung die Orientierung über das preußische Finanzwesen zu erleichtern." — Das ist ja noch nicht ganz das Gewünschte, denn wir wollten ja eine Zusammenstellung alles dessen, was der Bürger zahlt und was ihm dafür geleistet wird. Aber es ist doch immerhin ein Anfang, mit der Zeit wird es schon mehr werden. Wir möchten deshalb schon jetzt unsere Genossen auf diese Publikation aufmerksam machen, die — wenn sie richtig ist — ein ganz hervorragendes Agitationsmittel werden muß. Natürlich werden wir es uns angelegen sein lassen, die Schrift sofort nach ihrem Erscheinen sehr genau nachzuprüfen und die Ergebnisse unserer Prüfung werden wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten.

Klerikale Wahlbeeinflussung.

Das Schöffengericht in Köln bestrafte den Redakteur des Kölner „Lokal-Anzeiger", eines Ablegers der „Kölnischen Volkszeitung", wegen Beleidigung des dortigen Vorsitzenden der nationalliberalen Partei, Professor Moldenhauer, und des Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, Fabrikant Schaaf, mit 50 M. Geldbuße. Er hatte den beiden „Wahllüge" und bewußte Unwahrheit vorgeworfen. In dem Prozeß wurde der Brief eines verstorbenen Sargfabrikanten verlesen und sein Inhalt wurde auf Grund von Aeußerungen des Sargfabrikanten zu seinen Lebzeiten durch einen Zeugen bestätigt. Der Brief gestattet einen Einblick in die Art und Weise, wie Zentrumsagitatoren Stimmenfang treiben. Der Sargfabrikant lieferte häufig Särge in das Kölner Bürgerhospital. Bei der Stadtverordnetenwahl in Köln erschien ein Vertrauensmann des Zentrums, der Vorsteher der dortigen katholischen Kirchengemeinde ist, zusammen mit dem geistlichen Rektor des Bürgerhospitals, um den liberalen Mann zur Stimmabgabe für das Zentrum zu bewegen. Wie der Brief behauptet, haben die beiden dem Manne gesagt, er solle seine Stimme nicht der liberalen Liste und keinem Juden (!) geben. Nachher habe der Geistliche von ihm das Versprechen verlangt, nicht zu wählen. Die beiden viel jüngeren Herren hätten ihm beim Weggehen gesagt, er, der 70jährige Mann, solle sich als guter Katholik schämen (!), liberal zu wählen. Auch hätten sie gegenüber seiner Standhaftigkeit gesagt: „Wir werden ja sehen!" Im Bürgerhospital hätte man die Angehörigen Verstorbener beeinflußt und ihnen gesagt: Geht nicht zu Hirth, der ist kein guter Katholik! — Der Zentrumsagitator bestritt die Angaben des Verstorbenen. Der Geistliche erklärte bezüglich einzelner Angaben in dem Briefe und gegenüber dem Zeugen, sich solcher Aeußerungen nicht zu erinnern, was allerdings glaubhaft ist, da die Vorgänge mehrere Jahre zurückliegen.

Der Lippische Landtag

ist nach drei Sitzungen wieder auseinandergegangen. Seine Hauptaufgabe war die Erledigung der Domanialvorlage, des Gesetzentwurfs über die Rechtsverhältnisse zwischen dem Staat und dem fürstlichen Domanium. Nach jahrelangen Vorarbeiten war der Landtag jetzt endlich so weit, daß er die Vorschläge des Ausschusses, der mit den Vorarbeiten betraut war, entgegennehmen konnte. Sie gingen dahin, daß das Gesetz von 1898, wonach das fürstliche Hausgut zu allen Mehraufwendungen für Beamte 10 Proz. beitragen muß, aufgegeben werden solle, gegen folgende Zugeständnisse des Fürsten:

Erhöhung des jährlichen Zuschusses an die Staatskasse von 121 000 auf 140 000 M., Beteiligung des Staates an den eine halbe Million übersteigenden Ueberschüssen des Hausguts zur Hälfte. Daneben Gewährung eines beratenden Einflusses auf die Verwaltung des Domaniums.

Die Konservativen und Liberalen hatten sich auf die Annahme dieser neuen Regelung geeinigt. Die Sozialdemokratie machte dagegen die Forderung nach Trennung der „Krone" vom Domanium geltend und verlangte, daß der Besitz der Staatsverwaltung unterstellt werde. Leider ist sie im Landtage nur durch ein Mitglied vertreten, das bei der Abstimmung auch allein blieb. Es waren die größten Anstrengungen gemacht worden, ein einstimmiges Votum des Landtags herbeizuführen, und als alles nichts half, da wurde von liberaler Seite das Verhalten des sozialdemokratischen Mitgliedes als eine Versündigung am Kulturfortschritt charakterisiert. Demgegenüber wies unser Vertreter darauf hin, daß hier die Liberalen leichten Herzens ein Druckmittel aus der Hand gegeben hätten, bei dessen nachhaltiger Anwendung die „reinliche" Scheidung der Verhältnisse zu erzwingen gewesen wäre. Durch die Preisgabe des Gesetzes von 1898 sei die grundsätzliche Lösung des Domanialkonflikts in eine ungewisse Zukunft verschoben. — Für die bevorstehenden Neuwahlen wird uns diese Entscheidung in der Frage gute Dienste leisten.

Von der Militärjustiz.

Vor dem Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Wilhelmshaven hatte sich der Matrose N. wegen Tätlichkeiten gegenüber einem Vorgesetzten zu verantworten. Der Matrose war beim Deckwischen beschäftigt und warf, als er gehänselt wurde, dem Unteroffizier vom Dienst einen Besenstiel ins Gesicht, so daß dieser eine blutige Nase davontrug. Für diese Unbesonnenheit erhielt er ein Jahr und einen Monat Gefängnis. Wie hoch wohl die Strafe im umgekehrten Falle ausgefallen wäre?

Ein Soldatenschinder.

Das Kriegsgericht der 12. Division in Neiße verurteilte den Unteroffizier Skaletz vom 6. Pionierbataillon in Neiße zu fünf Monaten Gefängnis wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung, Mißhandlung eines Untergebenen und versuchter Abhaltung vom Beschwerdewege. Skaletz hatte einen Pionier Andetzki auf seine Stube bestellt. Als er nicht sofort erschien, ging er ihm entgegen. Als er Andetzki auf dem Flur traf, schlug er sofort in der rohesten Weise auf ihn los und warf ihn zweimal die Treppe hinunter. Am Abend desselben Tages wurde der Gemißhandelte von Skaletz nochmals auf dessen Stube bestellt. Hier mußte Andetzki Kehrt machen, so daß er mit dem Gesicht nach der Wand zugekehrt stand. Der Unteroffizier bearbeitete den Ahnungslosen hierauf mit der Klopfpeitsche. Als Andetzki flüchten wollte, folgte ihm der Unteroffizier unter fortwährenden Schlägen, und nachdem der letztere die Tür verriegelt, warf er den Soldaten auf das Bett und setzte die Mißhandlungen fort. Außerdem versuchte der rohe Bursche den Gemißhandelten nach dem Vorfall noch vom Beschwerdewege abzuhalten, indem er ihm drohte: „Du hast Dich an einem Vorgesetzten vergriffen. Wir werden beide bestraft, Du mit Zuchthaus, ich mit Arrest." Zum Glück ließ sich der Gemißhandelte dadurch nicht einschüchtern und setzte seine Beschwerde durch mit dem Erfolge, daß der Soldatenschinder für seine Gemeinheiten 5 Monate Gefängnis erhielt.

Zuviel für die an den Tag gelegte Roheit ist das wahrlich nicht!

Die Ereignisse in Ungarn.

Auch das ungarische Magnatenhaus hat die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen Wehrgesetze angenommen. Während die Arbeiterschaft diesen Beschluß des Oberhauses voraussah, der die Arbeiter also nicht überraschte, wurde die Bürgerschaft durch den Beschluß in große Entrüstung versetzt.

Die Sonntag in den Provinzstädten einberufenen Protestversammlungen waren von Arbeitern und Bürgern sehr stark besucht. Von den 43 in den verschiedenen Städten anberaumten Versammlungen konnten aber nur 14 abgehalten werden, da in den anderen Städten die Behörden die Versammlungen verboten und alle Vorbereitungen getroffen hatten, gegen die Versammelten einzuschreiten. Die Versammlungsredner erklärten: Zwar sei jetzt der Staatsstreich gelungen; aber die oppositionellen Mitglieder und die Führer der Arbeiterschaft werden in der nächsten Zeit das Land von Ort zu Ort bereisen und das Volk vorbereiten zum Kampfe, der im Herbst bei der Eröffnung des Reichstages und bei der Vorlegung des Wahlrechts-Gesetzentwurfs wieder beginnen wird. — In allen Versammlungen war die Erregung groß. Militär und Gendarmerie wurde an allen Orten bereit gehalten.

Im Laufe dieser Woche werden neue Protestversammlungen im Lande stattfinden.

Unser Budapester Parteiorgan wurde am Sonntag wieder konfisziert; angeblich wegen eines Artikels gegen das Oberhaus.

Welche Erregung der Staatsstreich Tiszas im Volke verursacht hat, wird auch durch das Ergebnis der Sammlung, die für die Opfer des Wahlrechtskampfes eingeleitet wurde, bewiesen. Spontan, ohne jede Aufforderung, machte sich unter der Arbeiterschaft die Bewegung kund, als die Zahl der Verwundeten und Inhaftierten vom 23. Mai bekannt wurde. Und obwohl das Sammeln in Ungarn verboten ist, hat die Sammlung für die Opfer bereits 68 000 Kronen ergeben.

Der englische Hafenarbeiterstreik.

London, 15. Juni. (Eig. Ber.) Die Proklamierung des nationalen Streiks hat bisher nur einen teilweisen Erfolg gehabt. Wohl haben die Docker in einer großen Anzahl von Häfen der Parole des Transportarbeiterverbandes Folge geleistet und die Arbeit niedergelegt, aber in anderen, wie in Liverpool und am Tyne, ist es nicht zum Streik gekommen, und in Manchester, Plymouth und Bristol scheint die Streikbewegung neuestens ebenfalls abzuflauen. Die Schuld an der schwachen Beteiligung in den Provinzhäfen wird zum größten Teil der Haltung des Vorstandes der Seeleute zugeschrieben, die ihre Mitglieder aufforderten, die Arbeit nicht vor der Vornahme einer Urabstimmung ihrer Mitglieder niederzulegen.

Hat der Londoner Hafenarbeiterstreik von der Teilnahme der Provinz bisher keinen entscheidenden Beistand gehabt, so nimmt der Kampf im Themsehafen selber ungeschmälert seinen Fortgang. Er nimmt sogar in dem Maße an Erbitterung zu, als die Leiden und Entbehrungen der heldenmütigen Kämpfer wachsen. Die Opferfreudigkeit der Londoner Arbeiter tut hier Wunder. Durch die Ausgabe von Speisekarten wird der schlimmsten Not abgeholfen, und viele Tausende der Kinder der Streikenden werden von Arbeitern in anderen Teilen Londons und selbst in der Provinz untergebracht und verpflegt. In dieser Beziehung hat der „Daily Herald", der zum Organ der Streikleitung gemacht worden ist, vortreffliche Dienste geleistet.

Oesterreich-Ungarn.

Neutable Tisza-Apologie.

In Budapest erscheint als wenig geachtetes, aber wohl subventioniertes Regierungsblatt das von einem Herrn Palyi redigierte „Budapesti Naplo". Die Regierung hat nun von einem sie lobenden und die Opposition schmähenden Artikel des „B. N." 1 600 000 Separatabdrücke herstellen lassen, deren Gesamtkosten für Palyi 32 000 Kronen betrugen. Er erhielt aber vom Ministerpräsidenten Lukatsch 96 000 Kronen dafür. Wie man sieht, gilt auch hier von der Begeisterung für die Regierung das alte polnische Sprichwort: Nicht ehrenvoll — aber gesund!

Frankreich.

Das Regime Millerand.

Paris, 17. Juni. Die „Humanité", die seit einiger Zeit gegen den Kriegsminister Millerand gerichtete, von einer Gruppe republikanischer und sozialistischer Offiziere herrührende Schriftstücke veröffentlicht, berichtet, daß der Oberst des 96. Infanterieregiments sämtliche an die Offiziere und Unteroffiziere seines Regiments adressierten Exemplare des Blattes mit Beschlag belegt habe, und erhebt gegen dieses Vorgehen Einspruch.

Rußland.

Zur Untersuchung in den Lenagoldgruben.

Petersburg, 16. Juni. Der Ausweisungsbefehl gegen die streikenden Arbeiter der Lena-Goldwäschereien ist aufgehoben worden, da Reichsratsmitglied Senator Manuchin, der mit der Revision der Gruben beauftragt ist, es für nötig befunden hat, daß während der Zeit der Untersuchung alle, auch die streikenden Arbeiter, in den Gruben anwesend sein müssen.

Marokko.

Keine Beruhigung.

Fes, 16. Juni. Ein Wiederaufflammen des Aufstandes wird aus der Umgegend von Sefru und Bahlil gemeldet.

Aus Industrie und Handel.

Die goldene Großmacht.

Nach einer Zusammenstellung im „Reichsanzeiger" verfügten 86 deutsche Kreditbanken am 30. April 1912 über 2⅝ Milliarden Aktienkapital. Die gesamten Aktien betrugen über **13 Milliarden Mark.** Ziemlich die Hälfte beider Summen entfällt auf die 8 Berliner Großbanken: Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Bank für Handel und Industrie, Schaaffhausenscher Bankverein, Nationalbank, Commerz- und Diskonto-Bank, Mitteldeutsche Kreditbank! Verteilt man die Gesamtsumme auf die Großbanken und die übrigen Institute, dann ergibt sich diese Uebersicht:

	8 Großbanken	78 andere Banken
Aktienkapital	1 140 000 000 M.	1 387 365 000 M.
Reserven	858 838 000 „	294 373 000 „
Aktien insgesamt . .	7 575 473 000 „	5 623 611 000 „

Diese Ziffern demonstrieren die in den Kreditbanken ruhende Macht, insbesondere die gewaltige Ueberlegenheit der 8 Großbanken. Diese sind zum Teil untereinander, teilweise aber auch noch bei den übrigen Banken dauernd beteiligt, so daß ihr Einfluß noch weit über das eigene Kapital reicht. Die dauernde Beteiligung bei anderen Banken ergibt in der Gesamtsumme 408,2 Millionen Mark, davon entfallen auf die 8 Großbanken allein 259,6 Millionen Mark. Leider gewähren die Bilanzen kein richtiges Urteil über die industrielle Betätigung der Banken. Der Besitz an börsengängigen Wertpapieren — außer Anleihen — stellt sich für alle Banken auf 181,9 Mill., für die Großbanken allein auf 121 Mill. Die Summe ihrer Debitoren beläuft sich auf 2954,3 Millionen; bei allen Banken ergab diese Position 5824,6 Millionen Mark. Die Aval- und Bürgschaftskreditoren figurieren mit insgesamt 760,6 Mill., bei den 8 großen allein mit 421 Mill. Die Bankgebäude, einschließlich Immobilien, repräsentieren zusammen einen buchmäßigen Wert von 250,8 Mill., woran die Großbanken mit 124,3 Mill. partizipieren. In die vorstehenden Angaben nicht eingeschlossen sind die Zahlen von drei Ueberseebanken: Deutsche Orientbank, Deutsche Ueberseeische Bank und Deutsche Palästinabank, sämtlich in Berlin. Deren Aktienkapital betrug 82 Mill. M.; sie verfügten über 11,4 Mill. Reserven und insgesamt 480,3 Mill. M. Aktiven. Die Aktiven der 89 Banken zusammen ergeben pro Kopf der Bevölkerung 210 Mk. Nimmt man an, daß das durch diese Banken in Bewegung gesetzte Kapital im Durchschnitt nur 4 Proz. Zinsen einbringe, dann entspräche das dem netten Sümmchen von 547 Mill. M. als Tributpflicht der produktiven Arbeit.

Produktionsrekorde.

An der Börse wird Baissestimmung gemacht. Die Großindustrie stellt derweile Produktionsrekorde auf. Die nachfolgende Zusammenstellung über die Roheisenproduktion und den Versand des Stahlwerksverbandes geben hiervon ein anschauliches Bild. Es betrug in 1000 Tonnen:

		1909	1910	1911	1912
Roheisenerzeugung	Mai . . .	1090	1262	1312	1464
„	Januar/Mai	5182	5983	6419	7008
Versandprodukte A	Mai . . .	378	388	532	536
„ A	Januar/Mai	2070	2177	2447	2658
„ B	April . . .	391	508	497	596
„ B	Januar/April	1604	1917	1982	2767

Am stärksten ist die Zunahme bei den Produkten B. Der Versand von Erzeugnissen A (Halbzeug, Formeisen und Eisenbahnmaterial) hielt sich im Mai auf der Höhe des Vorjahres, der Abstoß von Produkten B dagegen weist eine Steigerung um rund 100 000 Tonnen oder 22 Prozent auf. Diese Verschiebung illustriert den Vernichtungskampf der gemischten Betriebe gegen die reinen Werke. Erst beschlossen die Gemischtwerke, die Kontingentierung der Produkte B durch den Stahlwerksverband aufzuheben, dann erhöhten sie den Halbzeugpreis um 5 M. bei gleichzeitiger Reduktion der Ausfuhrvergütung von 15 auf 10 M. Den Preis der Fertigerzeugnisse jedoch hält man so ziemlich auf der früheren Höhe, so daß zwischen dem Halbzeugpreis und den Preisen für die weiterverarbeiteten Erzeugnisse eine nur ganz unbedeutende oder gar keine Spannung verbleibt. Auf diese Weise erwürgen die Hersteller von Halbzeug die reinen Walzwerke. Sie reißen deren Absatzmärkte an sich, verarbeiten immer mehr Rohmaterial in den eigenen Betrieben zu Fertigerzeugnissen. Aus den Kreisen der reinen Werke werden nun auch wieder Klagen laut über die Erdrosselungspolitik der großen Stahlwerke.

Geplantes Petroleum-, Kohlen- und Tabakmonopol in Island.

Seit dem 1. Januar 1912 ist die Einfuhr von geistigen Getränken nach Island verboten. Im Jahre 1911 beschloß der Althing die Bildung eines Ausschusses, der Vorschläge zur Deckung des Einnahmeausfalles an Zoll machen sollte, der durch das Verbot für die Landeskasse entsteht. Der Ausschuß hat nunmehr die Einführung des Kohlenmonopols und Petroleummonopols, für später gegebenenfalls auch die Einführung des Tabakmonopols vorgeschlagen. Ueberdies werden ein Einfuhrzoll auf Zeugwaren und Kleidungsstücke, die zurzeit noch zollfrei sind, sowie neue Ausfuhrzölle auf Fischereierträgnisse angeregt.

Wegen der Uebernahme des Petroleummonopols hat der Ausschuß bereits mit zwei Petroleumgesellschaften verhandelt, doch ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Bezüglich des Kohlenmonopols hat der Ausschuß vorbehaltlich der Genehmigung des Althings mit einer britischen Bergwerksgesellschaft abgeschlossen.

Die Vorlagen werden den Althing voraussichtlich noch in der bevorstehenden Sommertagung beschäftigen.

Smyrnaer Feigensyndikat.

Der im Januar dieses Jahres gegründete Feigentrust „The Smyrna Fig Packers Limited" hat eine weitere Verstärkung durch Beitritt der einen außerhalb gebliebenen Gruppe erfahren. Von den Häusern, die im vorigen Jahre im Smyrnaer Feigengeschäft arbeiteten, sind danach alle bis auf 6 kleinere beigetreten, welch letztere etwa 6 bis 7 Proz. der Ernte verarbeiteten.

Dagegen haben mehrere früher im Feigengeschäft tätig gewesene kapitalkräftige Exporteure sich zu einem Konkurrenzunternehmen zusammengeschlossen, indem sie 20 000 bis 25 000 Lasten (letzte Ernte 100 000 Lasten) zu verarbeiten beabsichtigen. Ihr Absatzfeld wird voraussichtlich England und Amerika sein.

Endlich ist eine dritte kleinere Gesellschaft in Bildung begriffen, die 5000 bis 6000 Lasten für den amerikanischen Markt zu verarbeiten beabsichtigt.

Alles in allem werden in der nächsten Saison der Trust mit 65 bis 70 Proz. den übrigen Gesellschaften und Einzelexporteuren mit 30 bis 35 Proz. gegenüberstehen.

Gewerkschaftliches.

Große Aussperrung in der Metallindustrie.

Aus Magdeburg wird gemeldet:

Durch Montagmittag erfolgten Anschlag in den Magdeburger Betrieben der Metallindustrie gibt der **Gesamtverband deutscher Industrieller** bekannt, daß zur Unterstützung des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover in dem ihm von den Gewerkschaften angeblich aufgezwungenen Kampfe **am Abende des 22. Juni** in sämtlichen der Verbandsgruppe Hannover, Halle und Magdeburg angehörenden Betrieben die **Entlassung von 60 Proz. der Arbeiterschaft** eintritt, wenn bis dahin nicht alle innerhalb des Hannoverschen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt worden sind.

Da keine Aussicht vorhanden ist, daß diese Beilegung erfolgt, dürfte mit Sicherheit die Metallarbeiteraussperrung perfekt werden.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Wagen- und Karosseriefabriken ist nunmehr in allen Betrieben zu Ende geführt worden, indem auch bei der Firma Rudolf Franke der gleiche Tarifvertrag abgeschlossen wurde wie in allen anderen Betrieben. Der Streik wurde von den Arbeitern mit einem vollen Erfolg beendet.

Die Tarifbewegung im Dachdeckergewerbe.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Dachdecker und Dachdeckerhilfsarbeiter, die am Sonntag im Gewerkschaftshause stattfand, nahm den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Wie ja schon am Donnerstag im „Vorwärts" mitgeteilt worden ist, sind die Verhandlungen endgültig gescheitert, so daß mit dem Ablauf des alten Tarifvertrages am 1. Juli der Kampf unvermeidlich scheint. Allerdings enthält dieser Tarifvertrag die Vorschrift, daß erst noch das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen ist, ehe es zur Arbeitsniederlegung oder Aussperrung kommen darf. Von seiten der Arbeitnehmer ist, wie der Referent Görnig mitteilte, bereits das Ersuchen um Anberaumung einer Sitzung an das Einigungsamt ergangen, und die Sitzung wird sicherlich in den nächsten Tagen stattfinden, aber irgendwelche Hoffnungen, daß es doch noch zu einer friedlichen Einigung kommen sollte, sind kaum vorhanden. Die Arbeitgeber haben durch ihr ganzes Verhalten gezeigt, daß sie den Kampf wollen, und sie haben auch zum 18. Juni eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, deren Tagesordnung keinen Zweifel darüber läßt, daß sie darauf vorbereitet sind. — Der Redner machte sodann auf die Maßnahmen aufmerksam, die vor allem notwendig sind, um den unvermeidlichen Kampf für die Arbeitnehmer zum Siege zu führen. Die kurze Diskussion, die sich an seine Ausführungen schloß, ließ deutlich erkennen, daß sowohl die Dachdecker wie die Hilfsarbeiter einmütig zusammenstehen und bereit sind, alle notwendig werdenden Opfer auf sich zu nehmen.

Die Lohndifferenzen der Chauffeure und Kutscher bei der Aktiengesellschaft für Kohlensäureindustrie, Nieder-Schöneweide, **sind** beigelegt. Die Sperre über den Betrieb ist aufgehoben.

Achtung, Töpfer! Die Firma Otto Berlow und Hermann Pötke, Neukölln, Offstr. 6, hat die noch zu zahlenden Versäumnislöhne nunmehr gezahlt. Dadurch ist die Sperre gegenstandslos geworden. Die Verbandsleitung.

Achtung, Steinarbeiter! Wegen Durchbrechung der tariflichen Bestimmungen durch die Kunststeinbearbeitungsfirma Jüngers u. Schille legten am Montag mittag 22 Steinmetzen am Fabrikneubau Sarotti in Tempelhof die Arbeit nieder. Sie verlangen tarifliche Bezahlung für sämtliche Steinmetzarbeiten inkl. Stockarbeiten, die jetzt zum größten Teil durch ungelernte Arbeiter zu Stundenlöhnen von 55 Pf. ausgeführt werden (der Minimallohn für Steinmetzen beträgt 90 Pf. pro Stunde), ferner das tariflich vorgesehene Fahrgeld sowie eine vorschriftsmäßige Rüstung. Die jetzigen Rüstungsverhältnisse sind geradezu lebensgefährlich. Die Aufsichtsbehörde täte gut, sich einmal an Ort und Stelle zu informieren und mit aller Strenge Wandel zu schaffen. Jetzt scheinen die Unfallverhütungsvorschriften dort außer Kraft gesetzt zu sein. Bis zur Beilegung der Differenzen ist der Bau Sarotti gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Jahre 1911.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben sich überlebt. Als Organisationen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter sind sie eigentlich niemals ernstlich in Betracht gekommen. Wenn sie auch verschiedentlich versucht haben, sich modernen Bedürfnissen anzupassen, so sind sie bei diesen Versuchen stets auf halbem Wege stehen geblieben. Etwas Positives für die Arbeiterschaft zu leisten sind sie schon vermöge ihrer numerischen Schwäche unfähig. Seit Jahren stagnieren die Gewerkvereine. Sie erhalten nur spärlichen Zuzug, der vielfach nicht ausreicht, die Lücken zu füllen, die durch den Uebertritt ihrer Mitglieder in andere Organisationen entstehen. Statt den Grund für diese Erscheinung in der Unzulänglichkeit der eigenen Grundsätze und Einrichtungen zu suchen, klagen die Führer der Hirsche über die unlautere Konkurrenz der Verbände. So auch jetzt wieder in der Nr. 48 des „Gewerkverein", in der eine Zusammenstellung über die Mitgliederzahl und die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkvereine gegeben wird. „Wir wissen wohl," so heißt es da, „daß diese Vermehrung unserer Mitgliederzahl im ganzen eine viel zu geringe ist. Die Ursachen dafür sind bekannt. Unsere sozialdemokratischen und christlichen Gegner sind wenig wählerisch in den Mitteln, die in den Gewerkvereinen organisierten Mitglieder an sich zu reißen. Für manchen Arbeiter ist es heute leider eine Tatsache geworden, daß er wider seine innere Ueberzeugung einer uns feindlich gesinnten Organisation beitreten muß, um sich seine Arbeitsstelle zu erhalten."

Diese Klage zeigt so recht den Jammer der ganzen Gewerkvereinsbewegung. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo die Hirsche obenauf waren und Unternehmer und Behörden um die Wette für sie Propaganda machten. Das war unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, als die wirkliche Arbeiterbewegung geknebelt war, die junge Gewerkschaftsbewegung, die eben im Begriff war, sich kräftig zu entwickeln, vernichtet wurde. Damals blühte der Weizen der Hirsche. Von 16 000 Mitgliedern im Jahre 1878 schnellten sie auf 25 000 im Jahre 1882 hinauf. Drei Jahre später hatte sich diese Zahl verdoppelt und im Jahre 1890 beim Ablauf des Sozialistengesetzes betrug die Mitgliederzahl 68 000. Das waren goldene Zeiten für die Hirsche, aber — lang, lang ist's her! Seither haben zwar die Gewerkvereine weiter an Mitglieder gewonnen, aber neben den freien Gewerkschaften sind sie völlig ins Hintertreffen geraten. Wie zwerghaft sich die Hirsch-Dunckerschen neben den freien Gewerkschaften ausnehmen, zeigt die folgende Gegenüberstellung der Mitgliederziffern. Es hatten Mitglieder:

	Freie Gewerkschaften	Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine
1893 . . .	223 580	61 154
1895	259 175	66 750
1900	680 427	91 661
1905	1 344 803	116 143
1908	1 831 731	105 683
1909	1 882 667	108 028
1910	2 017 298	122 571

Der „Aufschwung", den die Gewerkvereine im Jahre 1910 genommen haben, ist im wesentlichen dem Anschluß der Württembergischen Eisenbahner zu danken, die ihnen 8000 Mitglieder zuführten. Das ist aber eine recht zweifelhafte Akquisition, denn in der Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben pro 1910 figurierten die Württembergischen Eisenbahner lediglich mit der runden Mitgliederzahl von 8000 und in der neuen Zusammenstellung pro 1911 ist es um kein Haar anders. Entweder haben die Eisenbahner den Hirschen lediglich gestattet, sie „zuzuzählen", ohne in nähere Beziehungen zu ihnen zu treten, oder ihre Kassenverhältnisse sind derart, daß sie wirklich das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. Aehnlich ist es bei den Gemeindearbeitern, die sowohl für das Jahr 1910 wie auch für 1911 lediglich ihre Mitgliederzahl angeben (1270 bezw. 1283). Auf diese Angabe beschränken sich auch eine Anzahl Zwergvereinchen. Dem zweifelhaften Gewinn von 8000 Eisenbahnern im Jahre 1910 steht aber im Jahre 1911 ein sehr realer Verlust von 18 585 Mitgliedern des Gewerkvereins der Kaufleute gegenüber, die im Jahre 1911 ihr Verhältnis zu den Hirsch-Dunckerschen gelöst haben. Ist diese Zahl auch nicht gerade imponierend, so ist der Verlust für die Hirsche doch um so schmerzlicher, als es sich um den zweitgrößten der angeschlossenen Verbände handelte, der über ein Vermögen von 367 191 M. verfügte. Der Kaufmännische Verband, der diesmal mit 100 Mitgliedern, aber ohne jede Angabe über seine finanzielle Leistung in der Liste figuriert, kann nur als ein sehr unzulänglicher Ersatz für diesen Verlust angesehen werden.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über den Mitgliederstand der einzelnen Gewerkvereine und über ihr Vermögen am Schluß des Jahres 1911.

Name des Gewerkvereins	Mitgliederzahl Ende 1911	Zunahme oder Abnahme gegen 1910	Vermögen der Haupt- und Lokalkassen des Gewerkvereins M.
Maschinenbau- u. Metallarbeiter	48 710	+ 3 126	828 288
Fabrik- und Handarbeiter . . .	18 218	+ 1 185	341 304
Holzarbeiter	5 394	— 292	106 042
Textilarbeiter	6 105	— 886	53 182
Schuhmacher und Lederarbeiter .	5 030	— 118	39 090
Schneider	4 520	— 1	83 278
Bergarbeiter	3 945	+ 332	—
Eisenbahner, Württemberg . .	8 000	—	—
Zigarren- und Tabakarbeiter .	2 061	+ 11	38 756
Graphische Berufe und Maler .	1 673	+ 428	18 593
Töpfer	1 490	— 118	39 558
Gemeindearbeiter	1 283	+ 13	—
Eisenbahner, Breslau	1 200	— 487	1 414
Bauhandwerker	960	+ 110	7 596
Frauen und Mädchen	730	+ 58	1 302
Bildhauer	336	+ 12	6 637
Bäcker und Konditoren	237	+ 178	404
Brauer	2 299	+ 1 275	45 587
Selbständige Berufe, Potsdam .	180	—	—
Reepschläger, Danzig	88	— 2	2 689
Kellner, Bremen	98	—	—
Küfer, München	52	—	—
Wäger, Danzig	54	—	—
Gärtner, Quedlinburg	20	—	—
Kaufmännischer Verband . . .	100	—	—
Verbands- und Organkasse .	—	—	75 817
Summa	107 743	— 14 828	1 689 541

Einige der aufgeführten Gewerkvereine, wie die Selbständigen Berufe, die Kellner, Gärtner und der Kaufmännische Verband sind in der vorjährigen Liste nicht enthalten, dagegen figurieren dort 1251 Mitglieder von Ortsvereinen, die einen Bericht nicht eingesandt haben. Ob und welche Veränderung im Mitgliederstand dieser Gewerkvereine eingetreten sind, läßt sich daher schwer beurteilen. Läßt man den Verlust der 18 585 Kaufleute außer Betracht, dann ergibt sich für die übrigen Gewerkvereine eine Zunahme um 3757; eine lächerlich geringe Zahl angesichts des Umstandes, daß die freien Gewerkschaften im Jahre 1911 ganz riesige Fortschritte gemacht haben.

Ueber die Finanzgebarung der Gewerkvereine läßt sich wenig sagen, da die Hirsche in ihren Publikationen ihre Kassenverhältnisse absichtlich verschleiern. Ein Teil der Gewerkvereine unterhält besondere Kranken- und Begräbniskassen, denen aber nur je ein Teil der Gewerkvereinsmitglieder angehören. In diese Kassen müssen besondere Beiträge gezahlt werden, sie werden gesondert verwaltet und haben mit den gewerkschaftlichen Aufgaben der Organisationen nicht das mindeste zu tun. Trotzdem werden die Einnahmen und Ausgaben dieser Kasseneinrichtungen mit denen der Gewerkvereinskassen zusammengeworfen. Die Einnahmen der letzteren lassen sich also nicht ausscheiden. Von den Ausgaben dürften auf das Konto der Gewerkvereine u. a. entfallen: Arbeitslosenunterstützung 200 687 M., Reiseunterstützung 20 008 M., Umzugsunterstützung 20 110 M. An Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurden aus den Hauptkassen 252 424 M., aus den Lokalkassen 80 159 M. ausgegeben. Alles Zahlen, mit denen sich kein großer Staat machen läßt. Von dem in unserer Tabelle nachgewiesenen Vermögensbestand entfallen 1 479 185 M. auf die Hauptkassen und 210 356 M. auf die Lokalkassen. Außerdem werden noch 1 250 802 M. als Vermögen der Krankenkassen und 1 333 010 M. als solches der Begräbniskassen angegeben.

Im ganzen ist der Bericht nur eine Bestätigung der eingangs konstatierten Tatsache, daß sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine überlebt haben. Wenn sie auch noch eine Weile dahin vegetieren, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß sie es jemals zu irgend einer Bedeutung bringen. Man liest des öfteren in der liberalen Presse, daß der Generalrat der Gewerkvereine in großspurigen Resolutionen zu dieser oder jener Tagesfrage Stellung genommen hat. Wer aber weiß, was hinter den tönenden Worten steckt, hat dafür nur ein Lächeln. Die Gewerkvereine wurden einst von liberalen Politikern ins Leben gerufen, um dem Liberalismus als Bollwerk gegen die junge, aufstrebende Sozialdemokratie zu dienen. Das war eine Aufgabe, die über die Kraft des Dr. Max Hirsch und seiner Nachbeter ging. Die klassenbewußte Arbeiterschaft schreitet unaufhaltsam vorwärts. Zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen hat sie sich wirklich leistungsfähige Organisationen geschaffen, die der eigenen Kraft vertrauend, kein Bedürfnis haben, mit der selbstsüchtigen Bourgeoisie zu liebäugeln. Die liberale Bourgeoisie und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine glaubten sich gegenseitig stützen zu können, wenn sie sich recht fest aneinander anlehnten. Das war eine falsche Spekulation. Entnervt und geschwächt stehen beide da, wie junge Greise, die unaufhaltsam dem Verfall entgegengehen.

Die Dockbauten in Wilhelmshaven für Bauarbeiter gesperrt!

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Wilhelmshaven-Rüstringen, hat wegen Nichtinnehaltung des Vertrages über die Dockbauten der Kaiserlichen Werft, Unternehmer Ludwig Lange, Hannover-Wilhelmshaven, die Sperre verhängt. Sowohl die Firma als auch die Verwaltung der Kaiserlichen Werft konnten sich absolut nicht dazu verstehen, die tariflich festgesetzte neunstündige Arbeitszeit innezuhalten, 10 Stunden mußten gearbeitet werden, sonst wurden die Docks nicht früh genug fertig. Alles Verhandeln war umsonst. Deshalb wurde von den Bauarbeitern beschlossen, vom 12. Juni an nur noch die tarifliche Zeit zu arbeiten. Mit einemmal sollte nun eine Konstruktionsänderung vorgenommen werden, und zwar sollte anstatt Mauerwerk Beton gemacht werden. Hierdurch wurden die daselbst tätigen Maurer überflüssig und schon wurden am Sonnabend, den 15. Juni, 24 Mann entlassen. Die Bauarbeiter wollen sich dieses nicht gefallen lassen und hoffen auch, daß die gesamte Arbeiterschaft sie in diesem Kampfe unterstützt. Es darf deshalb kein Maurer, Bau-, Beton- oder Erdarbeiter nach Wilhelmshaven-Rüstringen kommen.

Die in den Duisburger Fuhrbetrieben tätigen Fuhrleute haben Sonntagmorgen die Arbeit eingestellt. Vor 14 Tagen wurden den Unternehmern durch den Transportarbeiterverband die Forderungen zugestellt. Die Unternehmer lehnten es ab, mit dem Verband zu verhandeln, sie wollten mit ihren Leuten die Sache zur „Zufriedenheit" regeln. Die von den Unternehmern angedeutete zufriedene Regelung erfolgte dann so, daß sie ihren Leuten mitteilten, sie wollten 1 M. bis 1,50 M. pro Woche zulegen. Da die Unternehmer seit 10 Jahren die gleichen Löhne zahlten, so lehnten die Fuhrleute dies Anerbieten als ungenügend ab. Die Unternehmer legten dann den Fuhrleuten einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif vor, der sogar verschiedentlich Verschlechterungen gegenüber den jetzt bestehenden Arbeitsverhältnissen enthielt. Die Löhne, die bisher gezahlt werden, schwanken zwischen 18 und 25 M. in der Woche. Der Durchschnittslohn beträgt 20,88 M., die Arbeitszeit pro Tag 14, 15, 16 und 17 Stunden. Sonntags- und Nachtarbeit wird nicht bezahlt. Dagegen sind die Fuhrherren aber stets bereit, alle möglichen Abzüge zu machen. — Die Unternehmer versuchen jetzt, aus allen Gegenden Leute heranzuholen. Kein Arbeiter darf nach Duisburg als Fuhrmann in Arbeit gehen!

Der Streik der städtischen Arbeiter in Tilsit mußte abgebrochen werden. Die Organisationsleitung mußte den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen, da sich doch Streikbrecher in größerer Anzahl fanden. Die geforderten Lohnerhöhungen wurden aber durchgängig bewilligt.

Gutes Trinkwasser und 10 Proz. Lohnerhöhung. Die Schmiede der Linke-Hofmann-Werke in Breslau, die, wie wir kürzlich im „Vorwärts" berichteten, wegen Verweigerung guten Trinkwassers am Montag in den Streik traten, haben einen guten Erfolg erzielt. Sie erhalten von jetzt ab nicht nur gutes Trinkwasser, sondern auch noch eine 10prozentige Lohnerhöhung auf alle Arbeiten.

Ausland.

Der Streik der französischen Seeleute.

Der Dampfer „La Provence" hat am Sonnabend seine Ausreise nach New York angetreten. Er hatte außer der gewöhnlichen Anzahl Postsäcke tausend Passagiere an Bord. Eine große Menschenmenge, die der Abfahrt am Kai beiwohnte, enthielt sich jeder Kundgebung. Die Delegierten des Komitees des Nationalverbandes der eingeschriebenen Seeleute haben in einer Versammlung der Streikenden bekanntgegeben, daß das Komitee sich vollständig mit den Streikenden solidarisch erkläre, und daß die Bewegung, deren Beginn durch das Nationalkomitee festgesetzt worden sei, nach Rückkehr der Delegierten in ihre Häfen vorbereitet werden würde. Die Versammlung beschloß die Fortsetzung des Streiks.

* * *

Brest, 17. Juni. (W. T. B.) Der Ausstand der eingeschriebenen Seeleute ist beendet. Die Reeder haben den Ausständigen eine monatliche Erhöhung ihrer Bezüge um fünfzehn Frank gewährt.

Letzte Nachrichten.

Eine furchtbare Familientragödie

hat sich in der Neuen Friedrichstraße abgespielt. In einem der kleinsten Häuser des ältesten Teils der langgestreckten Straße, dem Hause Nr. 100, wohnte seit 1½ Jahren der 51 Jahre alte Fabrikarbeiter Andreas Müller mit seiner Ehefrau und seinem jetzt 11 Jahre alten Sohn Karl. Der Mann war schon seit Jahren lungenkrank, der Sohn litt an einem Leistenbruch, an dem er erst kürzlich operiert werden mußte. Gesund war nur die Frau, die durch Milchaustragen den Lebensunterhalt erwarb. Gestern morgen wunderte sich der Milchhändler, bei dem sie arbeitete, daß sie ausblieb, ohne etwas mitgeteilt zu haben. Er schickte seinen Hausdiener nach der Wohnung, um nachsehen zu lassen. Der Mann klopfte wiederholt an, erhielt aber keine Antwort. Er entfernte sich trotzdem wieder, ohne sich weiter etwas zu denken. Als die Frau auch den ganzen Tag über noch nichts von sich hören ließ, sandte der Milchhändler spät abends seinen Hausdiener noch einmal. Auch jetzt wurde ihm weder geöffnet noch geantwortet. Nun ahnte man doch Schlimmes, holte die Polizei und einen Schlosser, der aufschloß. Den Eintretenden bot sich ein grausiger Anblick. Alle drei Insassen der kleinen, nur aus Stube und Küche bestehenden Wohnung waren tot. Im Sonntagsstaat, die Frau in weißer Kleidung, waren sie augenscheinlich freiwillig gemeinsam aus dem Leben geschieden. Der Knabe lag erdrosselt mit einer Schnur um den Hals da. Die Frau hing am Bettpfosten, der Mann hinter der Tür. Revier- und Kriminalpolizei nahmen alsbald den Befund auf und beschlagnahmten die Leichen. In der Stube lag ein verschlossener Brief, den die Polizei an sich nahm.

Die englische Wahlrechtsreform.

London, 17. Juni. Unterhaus. Unterrichtsminister Pease brachte die Regierungsvorlage über die Wahlrechtsreform ein. Der Minister erklärte, die Vorlage schaffe das Pluralwahlsystem und die Vertretung der Universitäten ab und beseitige alle Anomalien, die im Wahlgesetz vorhanden wären. Die einzige Bedingung für Ausübung des Stimmrechts sei, daß der Wähler sechs Monate lang ununterbrochen seinen Wohnsitz im Wahlkreise gehabt oder dort seinen Beruf ausgeübt habe. Die Regierung beabsichtige später eine Vorlage über die Neueinteilung der Wahlkreise einzubringen. Es sei aber vorher notwendig, daß die Wahlvorlage Gesetz werde. Gegenwärtig besäßen etwa 4 Millionen Männer kein Stimmrecht. Es sei ausgerechnet worden, daß unter dem neuen Gesetz etwa **2 bis 2½ Millionen Stimmen zu der Wählerschaft hinzukommen** würden. Der Minister erwähnte, daß, wenn den Frauen das Stimmrecht gewährt werden würde, etwa 10½ Millionen Frauen stimmberechtigt werden würden. Vor dem 1. Juni 1914 werde das Gesetz nicht in Kraft treten. Nur im Falle einer allgemeinen Wahl könne es vorher zur Anwendung kommen, während Nachwahlen noch nach dem alten Wahlsystem vorgenommen werden müßten.

Spionitis.

Warschau, 17. Juni. (P.-C.) Hier wurde unter dem Verdachte der Spionage ein Mann verhaftet, der von Gymnasiasten beobachtet worden war, wie er photographische Aufnahmen der Festungswerke und der Forts machte. Er gab an, ein Reisender der Firma Zeiß in Jena zu sein. Der Verdächtige wurde vorläufig in Haft behalten. Sein Name konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Polizei strengstes Stillschweigen über die Angelegenheit beobachtet.

Russische Apachen.

Wien, 17. Juni. (P.-C.) Aus Czenstochau wird hierher gemeldet: Als der Kassierer der hiesigen Eisenhütten namens Jendrezejczak in Begleitung von drei Gendarmen sich mit einer großen Geldsumme auf dem Wege zu den Werken befand, wurde er von Banditen überfallen, die den Kassierer und die Gendarmen durch Schüsse aus Browningrevolvern töteten. Darauf raubten sie dem Kassierer 15 000 Rubel, die für die Lohnauszahlung bestimmt waren, und ergriffen die Flucht.

Absturz in den Bergen.

Salzburg, 17. Juni. (P.-C.) Der Engländer Fred Loongham stürzte bei einer Besteigung der Hochplatte von einem 40 Meter hohen Felsen ab und wurde mit zerschmetterten Gliedern tot aufgefunden. Loongham stammte aus Dublin.

Aus der Aviatik.

Angers, 17. Juni. (W. T. B.) Bei den heutigen Flugveranstaltungen legte Garros den 157 Kilometer betragenden Rundflug Angers—Cholet—Saumur—Angers viermal hintereinander zurück und gewann den Großen Preis des Aeroklubs von Frankreich.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zu der vorgeschlagenen Aenderung des Organisationsstatuts.

gh. Von den Aenderungen, die die Kommission und der Parteivorstand vorschlagen, haben zwei eine größere Bedeutung: die Schaffung des Parteiausschusses und die Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen. Deshalb möchte ich die Aufmerksamkeit der Parteigenossen auf diese beiden Punkte lenken.

Der Parteiausschuß soll drei Gruppen von Aufgaben haben; er soll gemeinsam mit dem Parteivorstand entscheiden über:

1. wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen;
2. über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten;
3. über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.

Um der zwei letzten Gruppen willen wäre der Parteiausschuß ganz gewiß nicht notwendig. Das gegenwärtige Organisationsstatut schreibt in § 19, Absatz 3, vor:

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen, hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.

Nach den Vorschlägen dieser Konferenzen kann der Vorstand die beiden letzten Gruppen der Aufgaben auf Grund der Parteitagsbeschlüsse ebenso zweckmäßig lösen wie in gemeinsamer Entscheidung mit dem Parteiausschuß. Daher bleibt als besondere Aufgabe, für die der Parteiausschuß geschaffen werden soll, nur die erste Gruppe übrig. Ist aber zur Lösung dieser Aufgaben der Parteiausschuß besser geeignet als die Konferenzen nach § 19, Absatz 3?

Der Parteiausschuß unterscheidet sich von den Konferenzen zunächst durch die Zahl der Mitglieder. Die kleinere Zahl des Parteiausschusses wird — so heißt es in den Bemerkungen — die Einrichtung weniger schwerfällig machen. Mag sein. Die Beratungen werden vielleicht kürzer sein. Ein besseres Ergebnis der Beratung aber ist jedoch aus diesem Grunde nicht zu erwarten. Und das muß doch hier entscheidend sein.

Ferner soll der Parteiausschuß zusammen mit dem Vorstande beschließende Stimme haben, während die Konferenzen nur gutachtlich zu hören sind. Auch hierin liegt tatsächlich nur eine äußerliche Aenderung. Nach dem bisherigen Zusammenarbeiten von Parteivorstand und Partei war es selbstverständlich, daß auch das „Gutachten“ der Konferenzen für den Parteivorstand ausschlaggebend sein mußte.

In den „Bemerkungen“ wird darauf hingewiesen, daß die großen bürgerlichen Parteien seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse wie der jetzt vorgeschlagene Parteiausschuß haben. Aber die Führung, die die großen bürgerlichen Parteien haben, kann für uns nicht vorbildlich sein. Sie ist in Wahrheit keine Führung, sondern eine Bevormundung der Parteimitglieder. Und gerade diesem Zwecke dienen die Parteiausschüsse in den großen bürgerlichen Parteien. In ihren Parteiausschüssen sitzen einige „maßgebende“ Herren, die daheim nur mit ganz engen Kreisen ihrer Parteimitglieder Fühlung haben. Ebenso erscheinen auf ihren Parteitagen meistens nur Leute aus diesen engen Kreisen, die den Parteitag zu einer Schaustellung machen, und die Versuche einer ernsthaften Aussprache werden mit dem Hinweis auf die staatsmännischen Geheimnisse in den Sitzungen des Parteiausschusses abgetan. Eine solche Leitung ist in der Sozialdemokratie selbstverständlich unmöglich und wird von keinem Parteigenossen beabsichtigt. Deshalb sollen wir aber auch auf das Beispiel der großen bürgerlichen Parteien in dieser Sache keinen Wert legen. Vielmehr haben wir die vorgeschlagene Einrichtung auf Grund unserer Parteiverhältnisse zu prüfen. Dann zeigt sich, daß mit der Schaffung des Parteiausschusses eine wesentliche Aenderung des bisherigen Zustandes nicht erreicht wird.

Dies Ergebnis der gemeinsamen Beratung der Kommission und des Parteivorstandes entspricht nicht dem Beschlusse des letzten Parteitags. Der Parteitag hat — und zwar einstimmig — eine Kommission zur Aenderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission gewählt, offenbar weil hier die bessernde Hand angelegt werden soll. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß der Parteivorstand nicht genug Fühlung mit den vorwärtstreibenden Kreisen der Partei hat. Diese Fühlung war bisher nach § 19, Absatz 3, unseres Organisationsstatuts nur bei „wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen“, also in besonderen Fällen vorhanden. Hieran ändert auch die Schaffung des Parteiausschusses nichts.

Für unsere Partei ist aber gerade die regelmäßige politische Arbeit des Vorstandes von großer Bedeutung. Diese Tätigkeit des Vorstandes soll die Aufklärung des arbeitenden Volkes fördern und unserer Partei die nötige Kraft verleihen, bei besonderer Gelegenheit wirksam einzugreifen. Namentlich während der Verhandlungen des Reichstags und der Landtage, während unsere Abgeordneten vor aller Welt die Forderungen der Arbeiter vertreten, sind unsere Parteigenossen im Lande bei der Arbeit, um an der Hand dieser Verhandlungen das arbeitende Volk über die wirtschaftliche und politische Entwickelung und den herrschenden Klassengegensatz aufzuklären. Hier hat der Parteivorstand die nötigen Anregungen zu geben, hat unsere Organisationen laufend auf die Vorgänge hinzuweisen, ihre Bedeutung darzulegen und zu unermüdlicher Aufklärungsarbeit anzufeuern. Er gibt denn auch die Parteikorrespondenz heraus, verschickt Flugblätter, wendet sich in Rundschreiben an die Organisationsleiter, besorgt Redner. Er ist aber hierbei nur auf seine eigene Kraft angewiesen. Weshalb soll er hier nicht durch die Mitarbeit einiger Genossen aus weiteren Kreisen unterstützt werden?

Diese Unterstützung ist nur dann möglich, wenn die zugezogenen Genossen jede Woche an den Vorstandssitzungen teilnehmen. Nur dadurch sind sie in der Lage, Vorschläge zu machen, wie die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge im richtigen Augenblicke für unsere Aufklärungsarbeit am besten ausgenutzt werden können.

Kann etwa der Parteiausschuß mit dieser Aufgabe betraut werden? Da er bei der für die regelmäßige Mitarbeit viel zu großen Zahl von Mitgliedern nicht gut jede Woche zusammenkommen und sich auch aus demselben Grunde nicht in alle Einzelheiten so einarbeiten kann, wie es notwendig wäre, so ist er für diesen Zweck nicht zu gebrauchen. Er kann höchstens nachträglich alle Vierteljahr einzelne Fehler rügen. Damit ist aber, wie die Erfahrung nur zu oft bewiesen hat, für die Zukunft nicht viel erreicht. Die wirtschaftliche und politische Entwickelung stellt uns immer wieder vor neue Fragen. Wie wir die zu beurteilen haben, wo mit unserer Aufklärungsarbeit eingesetzt werden muß, wann wir auf diesen oder jenen Streik die allgemeine Aufmerksamkeit zu lenken haben, das ergibt sich nicht aus allgemeinen Empfehlungen, sondern nur aus bestimmten Vorschlägen im richtigen Augenblick.

Hieraus ist der Antrag hervorgegangen, daß der Parteitag außer den ständigen Mitgliedern eine größere Zahl Beisitzer in den Parteivorstand wählt. Gegen diesen Vorschlag wurde in der Kommission eingewendet, daß es zu umständlich sei, die Beisitzer jede Woche aus allen Teilen des Reichs nach Berlin kommen zu lassen. Heutzutage kann man aber in wenigen Stunden aus einem ziemlich weiten Bezirk von Hamburg, Dresden, Erfurt, Hannover usw. nach Berlin kommen. Außerdem sind in der Zeit, die für unsere regelmäßige Aufklärungsarbeit besonders in Betracht kommt, nämlich während der Reichstag zusammen ist, auch Genossen aus Süddeutschland als Reichstagsabgeordnete in Berlin. Sie könnten in dieser Zeit ohne Schwierigkeit zu den Vorstandssitzungen erscheinen.

Freilich werden die außerhalb von Berlin wohnenden Beisitzer in die außergewöhnlichen Sitzungen nicht kommen können, die wider Erwarten notwendig werden und sofort stattfinden müssen. Dies sind jedoch so seltene Fälle, daß sie nicht maßgebend sein können, zumal auch die ständigen Mitglieder des Vorstandes, die oft genug auf Reisen sein müssen, in solchen Vorstandssitzungen fehlen werden.

Bei den Beisitzern wird sich, wie bei den anderen Mitgliedern des Vorstandes und wie bei der Kontrollkommission, die Gewohnheit herausbilden, daß sie jedes Jahr wiedergewählt werden, falls nicht ein besonderer Umstand dies unmöglich macht. Dringend erwünscht aber ist es, daß — abgesehen von den ständigen Mitgliedern — jedes Jahr ein Wechsel unter den Vorstandsmitgliedern stattfindet. Bei der Erörterung dieses Vorschlags in der Kommission wurde gefragt, weshalb dies nicht auch für die Reichstagsfraktion verlangt werde. Den Wechsel haben wir aber hier bereits; jede allgemeine Reichstagswahl bringt neues Blut in die Fraktion. Dies hat sich durchaus bewährt und läßt den Wunsch berechtigt erscheinen, daß auch dem Parteivorstand neue Kräfte zugeführt werden. Deshalb sollte ein Beisitzer, der zwei Jahre ununterbrochen dieses Amt geführt hat, für das nächste Jahr nicht wiedergewählt werden dürfen. Der Wechsel kann so durchgeführt werden, daß in jedem Jahre die Hälfte der Beisitzer ausscheidet. Deshalb muß im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmung die Hälfte der Beisitzer ausgelost werden, die ausnahmsweise bereits nach einem Jahre nicht wiedergewählt werden kann.

Endlich würde es zweckmäßig sein, wenn unter den Beisitzern zwei Redakteure sein müssen. Diese Genossen sind durch ihren Beruf gezwungen, den wirtschaftlichen und politischen Vorgängen aufmerksam zu folgen und sich über deren Bedeutung schnell ein Urteil zu bilden. Sie können sehr anregend im Vorstand wirken. Auf der anderen Seite werden sie durch ihre Mitarbeit im Vorstand die Schwierigkeiten mehr als bisher kennen lernen, mit denen der Vorstand zu rechnen hat. Dies wird sie befähigen, auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand in der Presse nützliche Anregungen zu geben.

Neunter Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Berlin, 17. Juni.

In dem festlich geschmückten, mit allen deutschen Landesfarben und am Eingang mit einem riesigen Genossenschaftsbanner, das die Hamburger Mauerkrone trägt, dekorierten Konkordiasaal begann heute abend unter der imposanten Beteiligung von vielen hunderten Delegierten und zahlreichen Gästen der Kongreß der proletarischen Konsumgenossenschaften.

Die im Laufe des Tages nach Berlin gekommenen Teilnehmer, deren Gesamtzahl über 1100 beträgt, hatten die interessante Ausstellung im „Clou“ besucht, auch die vormittägigen Beratungen über die Tätigkeit der Abwehr- und Vereinigungskommission hatten sich bereits starker Beteiligung zu erfreuen.

Um 6 Uhr begrüßte der vom Neuen Tonkünstlerorchester vorgetragene „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ aus Wagners „Tannhäuser“ die imposante Versammlung, in der auch Vertreter der befreundeten Gewerkschaften, für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihr zweiter Vorsitzender, Reichstagsabgeordneter Bauer, erschienen waren. Nach einem weiteren Orchestervortrag und einem vom Gesangverein „Weddinger Harmonie“ prächtig vorgetragenen Festgesang trug Frau Mirus einen von Wilh. Lamm gedichteten Prolog vor. Der Uthmannsche Chor „Empor zum Licht“ und Bizets „Carmenphantasie“ schlossen den musikalischen Teil des Festes ab, worauf in Vertretung des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden Radestock das Vorstandsmitglied Konrad Barth-München die Versammlung und die zahlreichen Delegierten der ausländischen Bundesgenossenschaften namens des Vorstandes und Aufsichtsrats herzlich begrüßte. Unter lebhaftem Beifall beantragte er, an Radestock ein Telegramm mit den besten Wünschen für baldige Genesung zu senden. Als Gäste sind erschienen: Herr Riel von der Handelskammer Berlin — die eingeladenen Reichs- und Staatsbehörden haben sich zum Teil entschuldigt, zum Teil haben sie gar nicht geantwortet (Aha!-Rufe) —, ferner aus dem Auslande folgende Delegierte:

Dänemark: Johannsen und Skrydstup; Frankreich (Sozialistischer Genossenschaftsbund): Lebon, Nölies und Dr. Alfred Rast; Großbritannien: Chilpurn, Henningway und Deans; Holland: Mitres; Oesterreich: Abg. Gen. Dr. Karl Renner; Rußland: Lentzky, Krylsin, Schnikkow; Schweden: Schmitt, Erikson; Schweiz: Rohr, Schneeberger; Finnland: Olli, Bremer, Linna. Italien: Buffoli, Biraghi. Ferner Prof. Dr. Staudinger-Darmstadt, Prof. Dr. Jastrow-Berlin, Dr. Ehrganz-Charlottenburg, Prof. Dr. Dade-Berlin (Bund der Landwirte) u. a. m.

Namens der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend sowie der Einkaufsvereinigung Brandenburg begrüßte Mirus den Kongreß.

Er betonte, daß nun auch die Berliner Genossenschaftsbewegung stark genug geworden ist, um endlich auch den Genossenschaftstag in Berlin willkommen heißen zu dürfen. Wir können über einen 10 Millionen-Umsatz berichten. Aus der früheren argen Zersplitterung sind wir zu diesem Ergebnis vereinigter Arbeit gelangt, nachdem 1908 endlich die Vereinheitlichung gelungen war. Zähe Ausdauer überwand den Mangel an Sympathie der Berliner Arbeiterschaft für die Genossenschaftsbewegung. Unsere Lichtenberger Betriebe geben Zeugnis davon, Sie werden sich am Donnerstag davon überzeugen. Von dieser Tagung erwarten wir neue Anregungen, neuen Agitationsstoff, neues, größeres Wachstum. (Beifall.)

Kleines Feuilleton

Vom Klima der Weltstädte machen sich die meisten Menschen oft recht seltsame Vorstellungen und die seltsamsten vom Klima Londons. Viele glauben nämlich, London sei ständig von düsteren Nebelschwaden verhüllt, und die Eigentümlichkeit der Themsestadt bestehe darin, daß es nie recht warm, im Winter auch nie recht kalt wird. Nichts ist unrichtiger als diese Annahme. In Wirklichkeit gibt es vielleicht keine Weltstadt, die der Frühling mit so leuchtenden, dabei fein getönten Farben übergießt, und ein Frühlingstag an der Themse erscheint wie das duftige Aquarell eines begnadeten Landschafters. Denn der starke Feuchtigkeitsgehalt der Luft mildert die grellen Effekte des Sonnenlichts, und berückend ist der Blick von einer der Themsebrücken über das unabsehbare Gewirr der Riesenstadt, wie er sich an einem strahlenden Morgen im Frühling und Sommer darbietet. Die Mitteltemperatur des Sommers beträgt 16,6 Grad, ist also niedriger wie in Paris und Berlin, aber die häufigen kalten Abende fehlen, so daß auch das Wärmebedürfnis des Kontinental-Europäers zu seinem Rechte kommt. Dauernder Winterfrost ist selten; die berüchtigten Nebel treten gewöhnlich in Perioden regnerischen Wetters auf; es ist dabei also nicht kalt. Das Klima ist gesund.

In New York lernt man die ganze Gegensätzlichkeit des nordamerikanischen Ostklimas kennen. Die Stadt liegt in derselben geographischen Breite wie Neapel; aber die New Yorker Winterkälte übersteigt nach europäischen Begriffen jedes Maß, und wenn Kältegrade von 20 und mehr Grad Celsius auch zu den Seltenheiten gehören, so wird der Frost durch die eisigen Nordwinde, die aus den arktischen Gebieten Britisch-Nordamerikas durch kein Gebirge behindert bis weit in den Süden der Union eindringen, zeitweilig doch fast unerträglich. Am gefürchtetsten sind die großen Blizzards, die tagelang ungeheure Schneemengen über die Stadt ausgießen und jeden Verkehr unterbinden. Kraß wie die Winterkälte ist auch die Hitze des Sommers. Bei glühendem Sonnenbrande und dampfgesättigten Südwestwinden lagert oft eine Woche und länger lähmende tropische Hitze über der Riesenstadt. Das Thermometer steigt auf 35, auf 36 bis 38 Grad Celsius im Schatten, und am unerträglichsten bei dieser Backofentemperatur wirkt die Sättigung der Atmosphäre mit Wasserdampf, hervorgerufen durch die maritime Luftströmung. Die geringste Bewegung verursacht Schweißausbrüche; die Bevölkerung übernachtet auf den Dächern, selbst auf der schwindelnden Höhe der Wolkenkratzer; die ärmere Bevölkerung sucht auf den Rasenflächen des Zentralparks und anderer öffentlicher Anlagen ein wenig Ruhe. Trotzdem arbeitet die Stadt, wenn auch nur in verhaltener Intensität. Man schützt sich gegen die Hitze durch die leichteste Kleidung. Außerordentlich gefährlich sind die jähen Temperaturveränderungen. Es kommt alljährlich mehrere Male vor, daß die Temperatur von einem Tage zum anderen um 30 Grad differiert, und es ist häufig beobachtet worden, daß lediglich durch Windwechsel große Hitze eisiger Kühle weicht, während umgekehrt im Frühling auf einen kalten Frosttag mit mehreren Grad unter Null Sommerwärme von 20 Grad Celsius und mehr folgt. Diese krassen Temperaturveränderungen drängen sich bisweilen auf wenige Stunden zusammen.

Ziemlich gleichartig ist das Klima von Paris, Berlin und Wien, den drei Weltstädten des zentraleuropäischen Kontinents. Berühmt besonders ist der Wiener Frühling mit seiner milden, leuchtenden Helligkeit der Luft und seiner prangenden Vegetation, die eher in Paris, weniger in Berlin, ihresgleichen finden. Der Wiener Sommer ist allerdings nicht unwesentlich heißer wie der in Paris. Die Temperaturverhältnisse wie auch die Regen- und Schneemengen der drei kontinentaleuropäischen Weltstädte halten sich meist in mäßigen erträglichen Grenzen.

Ein kleines Jubiläum der Flugmaschine hat der Aeroklub in Washington im Mai dieses Jahres veranstaltet. Es wurde das Gedächtnis an den ersten erfolgreichen Flug begangen, den 1896 das mit Dampf betriebene Aerodrom des Physikers Langley ausführte. Diese Maschine, die zwar nicht unmittelbar zu einer praktischen Verwendung führte, wird in der Geschichte des Kunstfluges ohne Zweifel für immer eine Ehrenstellung einnehmen, da sie einen mächtigen Antrieb zu weiteren Arbeiten ausübte. Das Aerodrom war ein Tandemdoppeldecker mit zwei Schrauben und hatte eine Tragfläche von 28 Quadratfuß ohne Schwanz. Das gesamte fliegende Gewicht betrug nur 26 Pfund und die Stärke der Dampfmaschine etwa eine Pferdekraft. Bei dem ersten Flug legte das Aerodrom in 1½ Minuten etwa einen Kilometer zurück und landete unbeschädigt auf dem Potomacfluß. Sein Schöpfer, der zu den wenigen amerikanischen Gelehrten von anerkanntem Weltruf gehört und mehr als eine epochemachende physikalische Entdeckung hervorgebracht hat, schrieb damals im Triumphgefühl: „Eine Flugmaschine, die solange als ein lächerlicher Versuch gegolten hatte, ist jetzt wirklich geflogen, und sie hat jetzt ihre praktische Verwendungsfähigkeit damit auf dem allein befriedigenden Wege bewiesen“. Dennoch dauerte es bis zum Jahre 1903, ehe weitere Experimente mit dem Aerodrom aufgeführt wurden, die einen weniger günstigen Verlauf nahmen. Langley bestritt, daß dieser Mißerfolg an einem Fehler in der Maschine gelegen hätte, und die modernen Aviatiker haben diese Ueberzeugung bestätigt. Damals aber wurden dem Gelehrten die Mittel zu weiteren Versuchen entzogen und seine Landsleute verhöhnten ihn. Leider hat er den Sieg seiner Idee nicht mehr erlebt.

Humor und Satire.

Sprungübungen.

Von dem Saarbrückener Kriegsgericht wurden zwei Leutnants zu kurzem Stubenarrest verurteilt, die während des Schwimmunterrichts die Rekruten ein merkwürdiges Manöver hatten ausführen lassen, bei dem einer der Rekruten ertrank; sie ließen nämlich noch ungeübte Schwimmschüler von einem sechs Meter hohen Turm in die Saar hinabspringen, und duldeten, daß sie dann durch Nachgeben der Leine längere Zeit unter Wasser gehalten wurden. In der Begründung des seltsam milden Urteils heißt es: „Es bestehe keine militärische Vorschrift, die das gekennzeichnete Herabspringen als unzulässig bezeichne. Der Einwand der Angeklagten, daß sie die Schwimmschüler durch die Uebungen zu Mut und Entschlossenheit hätten erziehen wollen, sei nicht zu beanstanden, sondern wirke entlastend.“ (!) —

Das Erziehen zum Mute ist eine so lobenswerte pädagogische Aufgabe, daß es verwunderlich ist, weshalb die beiden Leutnants nicht noch einen Schritt weitergingen und ihre Rekruten vom Kirchturm aufs Straßenpflaster springen ließen. Nirgends findet sich eine militärische Vorschrift, die diese Art des Herabspringens ausdrücklich als unzulässig bezeichnet. Ueberhaupt ist das Springen noch nicht militärgesetzlich in Paragraphen geregelt. So können z. B. in Kriegsgerichtsurteilen die gewagtesten Gedankensprünge vorkommen, ohne daß dies eine militärische Vorschrift als unzulässig bezeichnet. („Jugend“.)

Notizen.

— Otto Borngräbers exotisches Mysterium „Die ersten Menschen“, ist, nachdem es von der Münchener Zensurbehörde bisher beharrlich verboten war, nun endlich freigegeben worden.

— „Museum der Stimme“. In den Kellern der Pariser Nationalakademie für Musik werden jetzt Grammophonplatten aufbewahrt, die dazu bestimmt sind, späterer Zeit lebendige Kunde von den Leistungen der Gesangskunst und der Musik im 20. Jahrhundert zu geben.

— Freien Eintritt in Kunstausstellungen. Die Wiener „Sezession“ hält ihre Ausstellung jeden Sonntag nachmittag unentgeltlichem Besuch offen. Am ersten dieser Frei-Sonntage wurden 4000 Personen gezählt — woraus doch ersichtlich wird, ein wie gewaltiges Kunstinteresse im Volke vorhanden ist.

Es folgten die Ansprachen der ausländischen Delegierten. Skrydskup-Dänemark berichtete, daß der dänischen Großeinkaufsgesellschaft 1800 meist kleine Vereine angehören. Chilpurn-England begrüßte die Versammlung in seiner Muttersprache namens des größten Genossenschaftsbundes der Welt, der die so stark heranwachsenden deutschen Genossenschaften oft und gern bei sich gesehen habe — als ein Zeichen friedlicher Freundschaft der beiden verwandten Nationen. Ich bringe Euch unsere Glückwünsche, Grüße und Friedensversicherungen! (Stürmischer Beifall.) Unser Wachstum zeigt uns, daß die Kräfte wachsen, die den englischen Arbeiter befähigen, sich zu befreien von der Herrschaft des Kapitals. Diesem Ziel möge und muß auch die Arbeit der Arbeiterkonsumvereine der ganzen Welt gewidmet sein! (Lebhafter Beifall.) Der Redner überbrachte auch die Grüße der Internationalen Föderation, deren Ziel das Wohlergehen aller Völker und der Weltfriede ist.

Für die englische Großeinkaufsgesellschaft schließt sich Deaus diesen Begrüßungsworten an. Die Genossenschaftsbewegung sei ein Teil jener großen Bewegung, die den Weltfrieden auf eine neue feste Grundlage stellen wolle, und er wünscht allen Glück, die am edlen Werk der internationalen Eintracht mitarbeiten. Die Barriere des Hasses und Mißtrauens, die heute die durch eine übelgeleitete Parteipresse in den Fieberzustand des Chauvinismus hineingeheyten Volksmassen trenne, müsse endlich fallen und die großen Mittel, die heute im Dienste des selbstsüchtigen Kapitalismus für die Rüstungen ausgegeben würden, besseren Kulturzwecken zugeführt werden.

Dr. Alfred Nast-Paris begrüßt den Kongreß im Namen des Genossenschaftsverbandes französischer Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft. Sie seien nach dem Programm der redlichen Pioniere von Rochdale, gebildet, aber auch ihre Arbeit habe die Einheit und Freiheit der unterdrückten Klassen aller Völker zum Ziele.

Hélies-Paris vertritt zum ersten Male die französischen sozialistischen Genossenschaften, die offen den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Er spricht die Hoffnung aus, daß, wie die anderen Zweige der französischen Arbeiterbewegung, bald auch die französische Genossenschaftsbewegung einheitlich sein werde.

Linna-Finnland preist in deutscher Sprache namentlich die Eigenproduktion der deutschen Konsumvereine und berichtet über die noch in den Anfängen stehende, aber günstige Entwickelung der finnischen Genossenschaften.

Mirrer-Amsterdam überbringt die Grüße der Holländer, Biraghi-Rom die der Italiener.

Reichsratsabgeordneter Genosse Dr. Karl Renner-Wien, Obmann des österreichischen Zentralverbandes, rühmt das so inhaltsreiche Jahrbuch. (Heiterer Beifall.) Es zeigt, wie lächerlich die höhnische Frage der Gegner ist, was denn Gutes aus einem — Kramladen kommen könne! Sie, wie wir, haben nur in der Arbeiterklasse, allerdings in der ganzen Welt, Ihre Freunde; unsere Feinde sind die Bureaukraten und die Mittelständler. Immerhin ist es uns gelungen, das Parlament von der Notwendigkeit einer Steuerbegünstigung der Konsumvereine zu überzeugen. Die Teuerungsunruhen des 17. September mit dem Einschreiten der Staatsgewalt haben uns gelehrt, daß nur die Selbsthilfe des Volkes dem Volke Hilfe bringen kann. (Sehr wahr!) Leider hat auch in die österreichische Konsumvereinsbewegung die nationale Zersplitterung Einzug gehalten; aber sie hat unsere Internationale nicht schwächen können. Wir sind durch gemeinsamen Kampf besonders verbunden mit der deutschen Arbeiterklasse. Das gilt auch für die Genossenschaftsbewegung. Wir bleiben brüderlich verbunden mit Ihnen und mit der Arbeiterschaft ganz Mitteleuropas. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Lenzyk (Rußland): Der politische Befreiungskampf von 1905/6 wurde zum mächtigen Faktor der Selbstorganisierung der russischen Konsumenten Wir haben 10 000 ländliche Kreditgenossenschaften und 5000 Konsumvereine, zum Teil ebenfalls auf dem flachen Lande, mit 12 Millionen Mark Umsatz. Diese Organisationen haben eine um so größere Bedeutung für das Aufsteigen des russischen Volkes als seine anderen Organisationen verfolgt werden, wie das die Tragödie in den Lenagoldwäschereien wieder gezeigt hat. Darum ist unsere Hoffnung auf die Genossenschaften gerichtet. (Großer Beifall.)

Nach weiteren Ansprachen der Delegierten Schwedens und der Schweiz sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Bauer namens der Generalkommission, deren lebhaftestes Interesse an den Verhandlungen er betonte. Verfolgen wir doch auf verschiedenen Wegen das gleiche Ziel der Hebung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen. Unser Zusammenarbeiten spiegelt sich in dem Punkt 6 Ihrer Tagesordnung: Die gewerkschaftlich genossenschaftliche Aktiengesellschaft zur Volksversicherung. Auch dieser Genossenschaftstag wird gewiß neue Erfolge unseres gemeinsamen Wirkens zeitigen. Wir wünschen Ihnen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Unter den Drahtgrüßen sind solche aus Serbien und vom holländischen Staatssekretär a. D. Elias.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Barth-, Lorenz-Hamburg und Mirus-Berlin.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Generalsekretär Kaufmann-Hamburg referiert nun über: „Der Internationale Genossenschaftsbund". Deutschland hat vorgeschlagen, auf dem nächsten Internationalen Kongreß (1913) den direkten Güteraustausch mit landwirtschaftlichen Genossenschaften, internationale Beziehungen, genossenschaftliche Erziehung, Bestehen mehrerer Vereine an einem Ort und genossenschaftliche Ausbildung zu beraten. Auf der Beratung der Rentabilität genossenschaftlicher Bäckereien und Schlächtereien bestehen wir nicht; wir können das unter uns Deutschen beraten. Der Redner fordert zu stärkerem Bezug des internationalen Jahrbuches auf. Ein geeigneter internationaler Sekretär ist noch nicht gefunden. Ist einer da, möge er sich melden. (Heiterkeit.) Der leitende Ausschuß soll in Zukunft, das streben wir an, nicht nur aus Engländern bestehen und sein Sitz in eine der kontinentalen Großstädte um die Rheinmündung verlegt werden. Trachten Sie, den internationalen Kongreß in Glasgow (1913) stark zu beschicken, um die englischen Einrichtungen zu studieren. (Beifall.)

Der Genossenschaftstag vertagt sich hierauf auf morgen, Dienstag 9 Uhr früh.

Aus der Partei.

Die Sanierung des Göppinger Parteiblattes.

Das Pressebureau versendet an die Parteipresse folgende Meldung: Die Generalversammlung des Wahlkreises Göppingen-Gmünd tagte am Sonntag, 16. Juni, auf dem Hohenstaufen. Es waren 189 Delegierte anwesend. Das Mandat des Genossen Radek, der am Tage vorher in Gmünd nach einem Vortrage über die Göppinger Presseangelegenheit zum Delegierten gewählt worden war, wurde beanstandet, da Radek nicht Mitglied der Parteiorganisation des Kreises ist. Ein Gmünder Genosse glaubte die Zugehörigkeit Radels zur Partei überhaupt aus seiner Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit" herleiten zu können. Die Anwesenheit Radels sei notwendig, da er am ehesten in der Lage sei, die Angelegenheit des Göppinger Geschäfts der Generalversammlung klarzulegen. Darauf gab Genosse Ebert vom Parteivorstand im Einverständnis mit dem Genossen Braun folgende Erklärung ab:

Wir sind bereit, mit den Genossen des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises uns über die Sanierung des Göppinger Parteiunternehmens eingehend zu beraten. Wir haben zu diesem Zweck bereits mit allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen darüber verhandelt und sind einmütig zu einem Vorschlag gekommen, den wir der Kreisgeneralversammlung unterbreiten wollen. Ablehnen müssen wir es jedoch nach wie vor, über diese schwierige, vorwiegend geschäftliche Angelegenheit mit dem Genossen Radek zu verhandeln, der weder im Wahlkreise organisiert ist, noch mit den geschäftlichen Angelegenheiten vertraut ist und der zudem durch die parteischädigende Art, wie er diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit behandelte, einen solchen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag gelegt hat, daß die Verhandlungen mit ihm zu keinem gedeihlichen Ergebnis führen können. Glaubt der Genosse Radek über den Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder Beschwerde führen zu müssen, so kann er sich an die Kontrollkommission der Partei wenden, die seine Beschwerden sofort zu prüfen hat. Dieser für alle Parteigenossen vorgezeichnete Weg muß auch für den Genossen Radek maßgebend sein. Braun. Ebert."

Mit großer Mehrheit wurde dann das Mandat Radeks für ungültig erklärt. Darauf zogen sich die Gmünder Delegierten zu einer Besprechung zurück. Nach ihrer Rückkehr ersuchten sie um erneute Abstimmung über die Gültigkeit des angefochtenen Mandats und gaben, nachdem dieses Ersuchen abgelehnt war, folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichneten Delegierten sehen in der Nichtzulassung des Genossen Radek als Delegierten Gmünds eine Beeinträchtigung der Rechte der Gmünder Mitgliedschaft. Sie konstatieren, daß der Genosse Ebert gegen Radek schwere Beschuldigungen erhoben, daß ihm aber das Recht der Gegenwehr durch den Beschluß der Generalversammlung abgeschnitten wurde. Sie sind der Ueberzeugung, daß Genosse Radek nach bestem Wissen den Interessen des 10. Wahlkreises dienen wollte und daß das Verhalten des Parteivorstandes den Eindruck erwecken muß, es seien Dinge zu verbergen, die den Parteigenossen nicht bekannt werden sollen. Sie sind gezwungen, die Verantwortung für die heutige Verhandlung abzulehnen und an ihr nicht mehr teilzunehmen."

Sodann verließen die 15 Delegierten von Gmünd, sechs weibliche und ein männlicher Delegierter von Göppingen mit Radek und Talheimer die Generalversammlung.

Ebert berichtete nunmehr eingehend über die Entwickelung der Göppinger Zeitungsangelegenheit, seine Feststellungen durch Verlesung der in der Sache gewechselten Briefe belegend. Die Versammlung stimmte ihm mit großem Beifall einmütig zu. In der kurzen Debatte wurden die Angaben Eberts von sämtlichen Rednern bestätigt; insbesondere hob Kinkel hervor, daß während der Verhandlungen ihm das vom Parteivorstand angewiesene Geld stets anstandslos ausgezahlt worden ist. Nachdem der Schluß der Debatte angenommen war, erklärte der Vorsitzende Schepperle: daß er nicht habe ausführen können, daß er mit dem Vorschlage Eberts einverstanden sei, er wolle der Sanierung nicht im Wege stehen, sei aber nach wie vor der Ansicht, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen war. Nunmehr ersuchte Ebert die Versammlung dringend, die Debatte wieder zu eröffnen, um Schepperle Gelegenheit zur Begründung seiner Ansicht zu geben. Dem wurde zugestimmt. Schepperle legte in Kürze die Vorgänge dar, aus denen er den Schluß gezogen hat, daß der Rücktritt Thalheimers kein freiwilliger gewesen sei. Nachdem Ebert vom Parteivorstand und Hildenbrand vom Landesvorstand nachgewiesen hatten, daß Schepperle von irrigen Voraussetzungen ausgeht, wurde erneut die Debatte durch einstimmigen Beschluß geschlossen und folgender Resolution einmütig zugestimmt:

„Die „Freie Volkszeitung" in Göppingen bleibt ein selbständiges Blatt mit eigener selbständiger Redaktion. Zur Verbilligung ihrer Herstellung wird der allgemeine politische Teil in Matrizen von der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart bezogen. Der Druck der „Donauwacht" wird von Stuttgart nach Göppingen verlegt. Die von Stuttgart bezogenen Matrizen werden auch für die „Donauwacht" verwandt, deren Redaktion wie bisher selbständig in Ulm geführt wird. Die Sanierung wird vom Parteivorstand und Landesvorstand durchgeführt. Diesen Körperschaften wird in allen wichtigen geschäftlichen Angelegenheiten des Göppinger Unternehmens entscheidender Einfluß eingeräumt. Die Entscheidung über die redaktionelle Haltung der beiden Blätter bleibt wie bisher den Genossen der Verbreitungsgebiete überlassen."

Spaltung der Partei!

Unter dieser und ähnlichen Ueberschriften haben einige liberale Blätter eine in der „Chemnitzer Volksstimme" und in anderen Parteiblättern gebrachte Notiz kommentiert. Die Mitteilung der „Vossischen Zeitung" ging dahin:

„Für den Zwiespalt innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist eine Mitteilung der heutigen „Chemnitzer Volksstimme", deren leitender Redakteur Heilmann den Revisionisten nahesteht, bezeichnend.

Danach hat der Abgeordnete Ledebour, Marxist strengster Observanz, die Mitglieder des linken Flügels der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu morgen (Sonntag) nach Eisenach zu einer Besprechung eingeladen. Man will Stellung zum bevorstehenden Parteitag nehmen und sich darüber aussprechen, wie man die Lösung einiger schwebender Parteifragen im radikalen Sinne beeinflussen kann."

Von einem Teilnehmer der Konferenz wird uns hierzu mitgeteilt:

„Selbstverständlich ist die Behauptung einer Spaltung und dergleichen aus der Luft gegriffen. Es ist in Eisenach am Sonntag der Entwurf eines neuen Organisationsstatuts von mehreren Mitgliedern unserer Reichstagsfraktion in Anknüpfung an die zur Diskussion gestellten Vorschläge der Reorganisationskommission erörtert worden, wobei selbstverständlich bindende Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Die Spaltungsnotizen wurden von den Anwesenden mit gebührender Heiterkeit aufgenommen."

Das Mandat Silberers.

Unsere Wiener Genossen haben für das durch den Tod Silberers erledigte Reichsratsmandat des 3. Wiener Gemeindebezirks (Landstraße) den Genossen Rudolf Müller vom Eisenbahnerverband aufgestellt, der im vorigen Parlament den von ihm bei einer Nachwahl eroberten schlesischen Wahlkreis Freiwaldau vertreten hat. — Silberer war im Sommer 1911 in der Stichwahl mit 8346 Stimmen gegen den Christlichsozialen gewählt worden. In der Hauptwahl war das Verhältnis: Silberer (Soz.) 6602 (1907 5127), christlichsozial 5784 (7334), deutschnational 1726, deutschfortschrittlich 783, tschechisch 326. Die Ersatzwahl findet am 24. September statt.

Ein Bezirksbildungsausschuß für Niederschlesien

wurde am Sonntag auf einer Konferenz in Görlitz, die von 37 Vertretern der Gewerkschaftskartelle, der sozialdemokratischen Vereine, der Sänger- und Turnervereine besucht war, eingesetzt. Genosse Pieck, der als Vertreter des Zentralbildungsausschusses an der Konferenz teilnahm, erstattete ein eingehendes Referat über die proletarischen Bildungsbestrebungen. Die lebhafte Aussprache über das Referat drehte sich wesentlich um die Schwierigkeiten, die sich in Niederschlesien einer intensiven Bildungsarbeit entgegenstellen. Es wurde deshalb die von der Agitationskommission vorgeschlagene Einsetzung eines Bezirksbildungsausschusses, der den Orten bei der Bildungsarbeit behilflich sein soll, freudig begrüßt und angenommen. Der Bezirksbildungsausschuß hat seinen Sitz in Görlitz und setzt sich zusammen aus sieben Mitgliedern. Drei wählt das Gewerkschaftskartell, drei der sozialdemokratische Verein und eins die Agitationskommission.

Die Konferenz beschäftigte sich noch mit der proletarischen Jugendbewegung, über die der Vorsitzende des Bezirksjugendausschusses, Genosse Oswald aus Görlitz, referierte, der den Genossen empfahl, sich mit größerem Interesse der Jugend anzunehmen. Die Diskussion förderte ein trübes Bild der behördlichen Schikanierung unserer Jugendbewegung in Niederschlesien zutage. Allen Schwierigkeiten zum Trotz versprachen die Genossen für die Förderung der Jugendbewegung tätig zu sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preußische Ausweisungspraxis.

Genosse Borys, Redakteur der polnischen Ausgabe der „Bergarbeiterzeitung", der in einem Artikel die preußische Ausweisungspraxis gekennzeichnet hatte, erhielt von der Bochumer Strafkammer wegen Beleidigung des Amtmanns Dr. Eickhoff von Balve 400 M. Geldstrafe. Die Verhandlung ergab, daß ein galizischer Arbeiter zu Unrecht des Diebstahls bezichtigt und ausgewiesen worden war. Das Gericht sprach dem Angeklagten Wahrung berechtigter Interessen zu.

Jugendbewegung.

Zwangsturnen in patriotischen Vereinen.

Die Macher der staatlichen Jugendpflege brüsten sich in der Oeffentlichkeit mit angeblich großartigen Erfolgen, die die neue Bewegung aufzuweisen habe. In Wirklichkeit hat sie ihren eigentlichen Zweck, die schulentlassene Jugend der Arbeiterschaft der proletarischen Jugendbewegung zu entziehen und sie für die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung einzufangen, trotz aller Anstrengungen und Lockmittel nicht zu erreichen vermocht. Und die eifrigsten Förderer der staatlichen Jugendpflege sind es selber, die den Beweis erbringen, daß sie am Ende ihres Lateins angelangt sind. Die Rufe nach Gesetzen zum Schutze der „staatlich gepflegten" Zöglinge und zur zwangsweisen Mitgliedschaft der arbeitenden Jugend in nationalen Vereinen beweisen aufs deutlichste den Bankrott der staatlichen Jugendpflege.

Einige Stadtverwaltungen gehen indessen mutig voran, ohne viel Lärm die Zwangsjugendpflege einzuführen. Der Schulausschuß der Stadt Borna hat im Einvernehmen mit der Bezirksschulinspektion eine Verfügung erlassen, die jeden Fortbildungs- und Gewerbeschüler verpflichtet, einem der drei bestehenden, selbstverständlich „nationalen" Turnvereine als Mitglied anzugehören. Der Lagerhalter H. und der Bergarbeiter G. weigerten sich, ihre Söhne zum Turnunterricht in einem der Turnvereine zu schicken. Sie erhielten darum eine Strafverfügung, wogegen die Betroffenen richterliche Entscheidung beantragten. Das Schöffengericht in Borna verurteilte sie zu je 10 Mark Strafe wegen Uebertretung des Volksschulgesetzes (!) Die dagegen eingelegte Berufung wurde vom Landgericht in Leipzig verworfen. Es trat den Gründen bei, die das Bornaer Schöffengericht für sein Urteil angeführt hatte. Diese Gründe sind im wesentlichen folgende:

„Der Schulausschuß nimmt in den Städten mit revidierter Städteordnung, zu denen Borna gehört, die Stelle des Schulvorstandes ein. (§ 25 B des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873.) Sein Wirkungskreis umfaßt nach § 24 die Ausführung des Schulgesetzes; er hat im Sinne dieses Gesetzes Anordnungen zu treffen. Wenn nun in § 2 des Gesetzes das Turnen als wesentlicher Gegenstand des Unterrichts der Volksschule bezeichnet wird, und in § 3 festgesetzt wird, daß zur Volksschule auch die Foribildungsschule gehöre, so decken nach Ansicht des Gerichtes diese Bestimmungen die Anordnung des Schulausschusses, soweit sie für die Fortbildungsschule das Turnen als Unterrichtsgegenstand einführt. Durchschlagende Bedeutung kann das Gericht der Auffassung des Verteidigers, wonach das Turnen nur für die Volksschule im engeren Sinne, nicht auch für die Fortbildungsschule, wesentlicher Unterrichtsgegenstand sei und deshalb auch verbindlich für die Fortbildungsschule nicht eingeführt werden könne, nicht beilegen. Denn wenn auch § 14 des Volksschulgesetzes das Turnen als Aufgabe der Fortbildungsschule nicht ausdrücklich erwähnt, auch nicht im Absatz 4, so kann doch nicht geleugnet werden, daß das Turnen als vernünftige Körperpflege zu denjenigen Kenntnissen und Fertigkeiten gerechnet werden muß, die für das bürgerliche Leben vorzugsweise von Nutzen sind, wie § 14, Absatz 1 des Volksschulgesetzes die Aufgaben der Volksschule bestimmt.

Weiter nimmt der Verteidiger Anstoß daran, daß das Turnen einem Vereine, nicht einem bestimmten einzelnen Lehrer übertragen worden ist.

Daß gewisse Unterrichtsgegenstände auch Nichtlehrern übertragen werden können, setzt § 32 der Ausführungsverordnung vom 25. August 1874 ausdrücklich fest. Hierunter auch das Turnen mitzurechnen, erscheint unbedenklich. Hiernach würde auch vom Standpunkt des Verteidigers nichts dagegen einzuwenden sein, wenn einem bestimmten Vorturner des Vereins die Turnstunde übertragen worden wäre. Auf etwas wesentlich anderes kommt aber im Grunde auch die Uebertragung an den Verein nicht hinaus. Es versteht sich von selbst, daß bei dem Uebereinkommen des Schulausschusses mit dem Turnverein vorausgesetzt ist, daß das Turnen sachgemäß und in derselben Weise betrieben werde, wie wenn ein Lehrer der Volksschule den Turnunterricht erteilte. Dafür zu sorgen, ist Sache des Vereinsvorstandes, und dazu ist er vermöge der Vorturner des Vereins auch imstande. Immer aber sind Aufsichtsorgane die Bezirksschulinspektion und der Schulausschuß, die etwa hervortretende Mängel abzustellen in der Lage sind, gegebenenfalls auf sofortige Aufhebung des Uebereinkommens mit dem Verein zukommen können.

Unbeachtlich erscheint das weitere Bedenken des Verteidigers, das betreffs der Haftpflicht und der Verfolgung etwaiger Schädenansprüche erhoben wird. Denn die Stellung der Stadt kann dem den Turnunterricht erteilenden Vereinsmitgliede gegenüber keine andere sein, wie dem Volksschullehrer gegenüber, der Turnstunde gibt."

Sollte das sächsische Oberlandesgericht den gleichen irrigen Standpunkt einnehmen, so wird dafür zu sorgen sein, daß diese Vereine an ihren Zwangsmitgliedern ihre helle Freude erleben.

Soziales.

Alkoholgenuß und Brauereiarbeiter.

Der Aufruf des Parteivorstandes gegen den Genuß von Schnaps wird durch das tatkräftige Vorgehen der Brauereiarbeiter in der Alkoholfrage wesentlich unterstützt. Vor Jahren hätten wohl die meisten Arbeiter es für unmöglich gehalten, daß ausgerechnet die Brauereiarbeiter ihr so „liebgewordenes Bier" meiden und sich das vertraglich zugesicherte Freibier, den Haustrunk in Bargeld herauszahlen lassen würden. Als diese Forderung von der Organisation der Brauereiarbeiter zuerst erhoben wurde, gab es unter den Unternehmern auch sehr viele Zweifler, die zu bestreiten suchten, daß sich die Brauereiarbeiter überhaupt dazu aufraffen könnten, den Genuß des Bieres während der Arbeitszeit zu unterlassen. Bei manchen der Herren mag auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß sie ihr Bier lieber an die Arbeiter im Betriebe verschenkten, als bares Geld dafür zu zahlen.

Und wie haben sich die Zeiten geändert? Von Jahr zu Jahr werden neue Tarife mit den Brauherrn geschlossen und neue Scharen Brauereiarbeiter lassen sich ihr „Biergeld" herauszahlen. Sehr interessant ist daher eine Bemerkung des Berichtes der technischen Aufsichtsbeamten der Brauerei- und Mälzerei-Berufs-

genossenschaft im diesjährigen Bericht über diese Frage. Der Beamte schrieb: „Auf übermäßigen Alkoholgenuß dürften so viel wie gar keine Unfälle zurückzuführen sein, denn der Freibiergenuß hat in den letzten Jahren eine auffallend in die Erscheinung tretende Regelung erfahren. Infolge der Teuerung, welche in allen Gauen Deutschlands zu verzeichnen ist, **drängen die Arbeiter immer mehr — sogar in Kleinbetrieben — auf Ablösung des Freibieres.** Ist diese aber einmal eingeführt, dann wird auch von den Arbeitgebern auf präzise Durchführung gesehen, da letztere aus gleichen Gründen wie die Arbeiter zu größter Sparsamkeit veranlaßt sind. Zu diesem Urteil komme ich auf Grund von gelegentlich der Revisionen, bei welchen auch stets die in den Betrieben vorhandenen Unfallstellen besichtigt werden, gemachten Beobachtungen und Feststellungen."

Der Beamte stellt also fest, daß die Unfälle durch Alkoholgenuß fast verschwunden sind. Das ist der **Haupterfolg der Brauereiarbeiterorganisation.**

Die seither gewährten 7 Liter Freibier pro Tag wurden früher vertrunken und bei der Gefährlichkeit des Berufes mußten Unfälle dann vorkommen. Durch die Ablösung des Freibieres ist aber den Arbeitern ein weiterer Vorteil entstanden, weil sie doch gewöhnlich 4 bis 5 Liter pro Tag mit je 15 Pf. entschädigt erhalten. Die Steuerbehörden rechneten ja auch den einzelnen Brauereiarbeitern pro Jahr 2 bis 300 M. Einkommen durch das Freibier an. Man sieht also wieder hieraus, welchen Einfluß die Organisation auf das Leben des Einzelnen haben kann. Wenn auch der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft die Teuerung dafür verantwortlich machen will, daß sich jetzt die Brauereiarbeiter sogar in den Kleinbetrieben zur Ablösung des schädlichen Freibieres drängen, so ist dies Nebensache, denn ohne die tarifliche Vereinbarung der Organisation der Arbeiterschaft wäre doch das Drängen gar nicht möglich. Während sich nun der eine Beamte für diese Ablösung ausspricht, scheint ein weiterer Aufsichtsbeamter kein großer Freund der Alkoholbekämpfung zu sein. Denn er lamentiert über die große Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft in Punkto Unfallschutz und brummt: „Ueber alles mögliche werden Versammlungen gehalten, Flugblätter verteilt, kurz alles zur „Aufklärung" unternommen, mir ist aber noch nichts davon zu Ohren gekommen, daß man auf die Mitwirkung des arbeitenden Standes „en masse" mit allen Mitteln hingewirkt hätte, die Unfallverhütung zu unterstützen. Die ganze Welt hat man zum Kampfe gegen zu weitgehenden Alkoholgenuß aufgerufen und dabei gar nicht selten in zu großem Eifer über die Stränge geschlagen." Der gute Mann kennt offenbar die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen nicht, die seit Jahren das betreiben, was er verlangt.

Die Herren Fleischermeister.

Man muß es den Fleischermeistern lassen, sie verstehen ihr Handwerk und „kennen sich aus im Wurstkessel". Auf der einen Seite bittere Klagen über die Notlage ihres Handwerks und dann brutale Gewalt gegen ihre Gesellen, die es wagen, sich einer modernen Organisation anzuschließen. Und in der Berufsgenossenschaft für das Fleischergewerbe haben sie die beste Verbindung unter sich. Der Vorsitzende der Berufsgenossenschaft erhält für seine Mühewaltung 8500 M. pro Jahr ausgezahlt und würde natürlich sehr erstaunt sein, wenn es z. B. auch die Ortskrankenkassen wagen wollten, ihren Vorsitzenden eine solche Summe zu zahlen, obschon deren Tätigkeit mehr als doppelt so groß ist. Der uns vorliegende **Bericht der Fleischerei-Berufsgenossenschaft pro 1911** ist auch mit der Reichsversicherungsordnung sehr zufrieden, die „keine Schmälerung des Selbstverwaltungsrechtes" der Berufsgenossenschaften vorsieht und die Genossenschaft auch künftig „für die Feststellung der Entschädigungen in jeder Beziehung allein zuständig seien". Kein Wunder, daß die Herren vom Hackklotze ihre Jahresversammlung, wie sie extra im Bericht hervorheben, in Dresden mit einem donnernden Hoch auf „Seine Majestät dem deutschen Kaiser", und da man in Sachsen tagte, auch noch auf den König von Sachsen, eröffneten. Dann wurde auch noch der „Deutschen Fleischerzeitung", dem Organ der Meister, herzlich für ihre Unterstützung gedankt. Diese kann den Dank zurückgeben. Wer aber den Bericht aufmerksam durchliest, wird finden, daß die Meister herzlich wenig für ihre Berufsgenossenschaft übrig haben, die sich zur Aufgabe gestellt haben soll, „den Entschädigungsberechtigten so rasch wie möglich zu ihren Rechten zu verhelfen", dieselben aber monatelang warten läßt und „mit allem Nachdruck" aber die Genossenschaft „vor ungerechtfertigten Ansprüchen zu schützen" sucht. Mit ihren Vertrauensleuten ist die Genossenschaft nicht sehr zufrieden, deren „Gesamtleistungen doch wesentlich hinter dem zurückblieben, was man billig erwarten durfte". Es wird bedauert, daß verschiedene Herren sogar versagten, der Genossenschaft zur Hilfe zu kommen. Man drückt sich nicht allein von den Ehrenpflichten, auch nach Möglichkeit von der Zahlung, wenn man auch mit Hochrufen die Versammlungen eröffnet. Durch Vermittelung der Behörden wurden wieder eine große Anzahl von Betrieben versichert, die seit Jahren ihren Betrieb führten. Alle Belehrung sei da zwecklos gewesen und müsse vielfach „die Absicht angenommen werden, sich der Beitragspflicht solange wie möglich zu entziehen". Auch Gemeinden versagten in diesem Punkte. Der Bericht weist noch darauf hin, daß im Laufe des Jahres mannigfach die Erfahrung gemacht worden, „daß die Bezüge der gerade im Fleischergewerbe so zahlreich beschäftigten Familienangehörigen sehr niedrig für die Beitragsumlage angegeben, aber beim Eintritt von Unfällen bedeutend höhere Beträge als Grundlage für die Rentenberechnung behauptet und auch meist erstritten werden." Bei der Steuerveranlagung wird man jedenfalls ähnlich verfahren und Meistersöhne werden „keinen Lohn" verdienen. . . .

Die Aufsichtsbeamten der Genossenschaft berichten auch, daß sie bei 7036 vorgenommenen Betriebsrevisionen nur in 1587 Fällen die Lohnbücher in Ordnung gefunden haben, in 2858 Fällen fehlte sogar jede Lohnbuchführung. Sehr groß wird daher auch die Zahl der nicht versicherten Betriebe und Gesellen in Deutschland noch sein. Versichert waren im Jahre 1911 nun insgesamt 64 066 Betriebe mit 151 026 Vollarbeitern. Die Zahl hat gegen das Jahr 1910 nur um 2650 Betriebe mit 4448 Arbeitern zugenommen, worunter sich rund 300 Kraftbetriebe wieder befanden, die auf eine „Extraeinladung" gewartet haben, bis sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachkamen. Sehr groß sehen sich natürlich die Zahlen über die gezahlten Arbeitslöhne an, wenn man liest, daß 114 909 218 M. an Löhnen nachgewiesen worden sind, die für die Umlageberechnung als Grundlage dienten. Rechnet man aber die Zahl der versicherten 151 026 Vollarbeiter in diese Zahl hinein, so ergibt sich, daß ein Metzgergeselle durchschnittlich nur einen Jahresverdienst von 760 M. erhielt.

Und da wagen es die Herren von „hohen Löhnen" ihrer Gesellen zu reden, die vor „Verhetzung" geschützt werden sollen. Großspurig spricht man auch im Bericht von der „höchsten Aufgabe der Berufsgenossenschaft, den Verletzten die verlorene Leistungsfähigkeit und die Arbeitsfreudigkeit möglichst bald und möglichst vollkommen zurückzugeben" und spricht von den Richtlinien der Leitsätze des Reichsversicherungsamtes über Gewährung von Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls. Und dabei hat die Berufsgenossenschaft laut Bericht ganze 480 M. für diesen Zweck verausgabt, bei 4837 im Berichtsjahre gemeldeten Unfällen!!

Wie sieht es in den versicherten Betrieben aus, obschon seit Jahren mehrere technische Aufsichtsbeamte ihres Amtes walten? Laut Bericht wurden in den 7084 besichtigten Betrieben insgesamt 27 352 Verstöße gegen die Unfallvorschriften entdeckt.

Die Verhütungsvorschriften fehlten z. B. in 4736 Betrieben gänzlich, in 1228 Betrieben fehlten die Handleisten an Treppen, in 743 Fällen der betriebssichere Zustand der Maschinen, in 2470 Fällen war gar kein Verbandsmaterial vorhanden, in 825 Betrieben wurden ungeschützte Schwungräder vorgefunden, in 1184 Fällen waren die Zahngetriebe gar nicht geschützt, das Fehlen von Ausrückvorrichtungen an Maschinen wurde in 1109 Betrieben bemängelt, der Riemenschutz fehlte in 2195 Fällen. Unvorschriftsmäßige Aufzugswinden wurden noch in 1606 Betrieben vorgefunden und in 3260 Betrieben fehlte sogar der Einlaufschutz an den Fleischzerkleinerungsmaschinen, die bekanntlich die meisten Opfer fordern. Braucht man sich da zu wundern, daß auch die Versicherten „gleichgültig" gegen den Unfallschutz werden, wie der Bericht beklagt.

Und dann die **Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern** an gefährlichen Maschinen. Der Bericht bemerkt in einzelnen Fällen hierzu:

„Die qualifizierte Fahrlässigkeit der Betriebsunternehmer ergab sich daraus, daß sie die verletzten Personen an ungeschützten oder nicht hinreichend geschützten Fleischzerkleinerungsmaschinen, wie Fleischwölfe, Kutter, beschäftigten, womit sie allein schon gegen die Unfallverhütungsvorschriften und die bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung fehlten. In 22 Fällen war diese Verfehlung deshalb eine besonders schwere, weil dem Verbote zuwider jugendliche Personen unter 16 Jahren an den Maschinen beschäftigt wurden.

Von den 32 verletzten Hilfspersonen standen im Lebensalter: unter 12 Jahren 1, von 12 bis 14 Jahren 4, von 14 bis 16 Jahren 17 und über 16 Jahren 10."

„Namentlich sind es die gefährlicheren Arbeitsmaschinen im Fleischergewerbe, die zu manchen beklagenswerten Unfällen führen, wenn die Vorschriften unbeachtet bleiben. Unter den betreffenden Verletzten befanden sich viele Hilfspersonen in dem jugendlichen Alter von weniger als 16 Jahren, ja sogar Schulkinder, die, zwar verbotswidrig, aber doch mit ernster Arbeit beschäftigt wurden und deshalb entschädigt werden mußten."

„An ungeschützten Fleischzerkleinerungsmaschinen sind folgende schwere Verletzungen Jugendlicher zu verzeichnen gewesen:

4 Personen, darunter ein Knabe von 12 Jahren, verloren die rechte Hand; 2, darunter ein Knabe von 10 Jahren, die linke Hand; 4 Verletzte, unter ihnen ein 15jähriges Dienstmädchen, hatten den Verlust von vier Fingern der linken Hand, einer den von drei Fingern der linken Hand und zwei den Verlust sämtlicher Finger der rechten Hand zu beklagen. Ein 13¾ Jahre alter Schulknabe verlor drei Finger der rechten Hand, einer vier Finger und den halben Daumen der rechten Hand, ein anderer den Zeige- und Mittelfinger und ¾ des rechten Daumens. In weiteren 14 Fällen handelte es sich ebenfalls um jugendliche Verletzte mit weniger schweren Fingerverletzungen an diesen Maschinen."

„In einigen Orten sind Unternehmer polizeilich angehalten worden, ihre Betriebsstätten aus Kellern in oberirdisch befindliche, gesundheitlich einwandfreie Räume zu verlegen."

Wann liegt bei Theateraufführungen höheres Kunstinteresse vor?

Wie die meisten anderen Lustbarkeits-Steuerordnungen, enthält auch die für Bocholt die Bestimmung, daß von der Steuer frei seien solche Veranstaltungen, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder ein höheres Kunstinteresse obwalte. Mit Rücksicht auf diese Bestimmung wollte der Theaterdirektor Redlich, der im Sommer in Bocholt Vorstellungen gibt, von der Lustbarkeitssteuer freigestellt werden, zu der ihn der Magistrat herangezogen hatte. Er berief sich auf die günstigen Rezensionen der Presse.

Der Bezirksausschuß holte eine Aeußerung des Magistrats von Emden ein, wo Kläger auch Vorstellungen gegeben hatte. Dieser Magistrat erklärte, daß die Vorstellungen zweifellos von künstlerischem Interesse seien. Es werde nicht nur das Lustspiel, sondern auch das ernste Schauspiel gepflegt.

Der **Bezirksausschuß gab der Klage statt** und stellte den Kläger von der Lustbarkeitssteuer frei. Er nahm ein höheres Kunstinteresse an und betonte u. a., daß auch das gewählte Lokal („Rothenburg") nach der Art der Beschaffenheit seiner Räume nicht dagegen spreche. Und was die Bühnenausstattung angehe, so könnten nicht die Anforderungen in der kleinen Stadt gestellt werden, wie in der großen Stadt. Ferner berücksichtigte der Bezirksausschuß die günstigen Zeitungsberichte über die Aufführungen.

Das **Oberverwaltungsgericht verwarf dieser Tage die Revision des Magistrats** aus folgenden Erwägungen: Ob im einzelnen Falle ein höheres Kunstinteresse obwalte, hänge sehr wesentlich von der Würdigung der verschiedenen tatsächlichen Verhältnisse ab. Es sei nicht bloß allein entscheidend, was dargestellt werde. Beim Theater sei es also nicht bloß der Gegenstand der Vorstellung, sondern es komme ganz besonders auf die Art der Darstellung an. Erst wenn diese den Anforderungen der Kunst entspreche, könne ein höheres Kunstinteresse angenommen werden. Aehnlich habe auch das Kammergericht entschieden. Und auf demselben Gedanken beruhe auch ein Ministerialerlaß vom 8. Juni 1895. Ferner komme noch in Betracht, wie das Milieu sei, in dem die Vorstellung vor sich gehe. So könnte z. B. das Obwalten eines höheren Kunstinteresses verneint werden, wenn ein fortwährendes Kommen und Gehen des Publikums stattfinde. Oder dergleichen. Im vorliegenden Falle habe nun der Bezirksausschuß ohne Rechtsirrtum unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse bejaht, daß ein höheres Kunstinteresse obwaltete. Die Freistellung von der Lustbarkeitssteuer sei darum gerechtfertigt.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück in Schweden.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Sonntagmorgen bei der Station Malmslätt in der Provinz Ostgotland zugetragen. Der Expreßzug Malmö—Stockholm stieß morgens um 5½ Uhr in falscher Weichenstellung mit einem Güterzuge zusammen. Der erste Wagen des Expreßzuges, ein Schlafwagen, wurde vollkommen zertrümmert, zwei andere Wagen wurden schwer beschädigt. Bei dem Unglück sind 18 Personen getötet und 16 schwer verletzt worden.

Ueber das furchtbare Unglück werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Durch den Zusammenstoß wurden die zwei Schlafwagen, die der Lokomotive und dem Gepäckwagen folgten, der erste völlig zertrümmert, während sich der zweite, der mit Reisenden dicht besetzt war, förmlich in den ersten hineinschob. Dabei wurden die Gasbehälter zertrümmert, das Gas explodierte und im Nu standen beide Waggons in Flammen. Herzzerreißende Schreie ertönten aus dem Innern des brennenden Trümmerhaufens. Bald jedoch verstummten auch diese. Das kleine Personal der Station war dem Unglück gegenüber völlig machtlos, es wurde jedoch sofort militärische Hilfe aus dem Malmslätter Truppenlager requiriert. Innerhalb einer knappen Viertelstunde erschienen mehrere hundert Soldaten an der Unglücksstelle und machten sich sofort daran, die brennenden Wagentrümmer mit Aexten auseinanderzuschlagen. Diese Arbeit war mühsam und erforderte soviel Zeit, daß die Mehrzahl der in den Trümmern eingeschlossenen Passagiere elend verbrennen mußten, bevor die Soldaten Hilfe bringen konnten.

Nachdem die Soldaten in mühsamer, angestrengter Arbeit das Dach des ersten Wagens entfernt hatten, um zu den Toten und Verwundeten zu gelangen, bot sich den Rettern ein entsetzlicher Anblick. Uebereinandergetürmt lagen die Leichen. Zwischen ihnen jammerten die Verwundeten. Die ersten Personen, die aus den Trümmern hervorgezogen wurden, waren Frau Dr. Philp, eine Tochter Strindbergs, Direktor Lund aus Malmö und Kapitän Berg aus Stockholm. Die drei Leichen waren zu einer fast unkenntlichen Masse zusammengeballt. Die meisten Verletzten und Toten sind Schweden, einige Dänen, ferner sind tot: ein Engländer und ein Russe. Wunderbarerweise kamen der Lokomotivführer und der Heizer des Unglückszuges mit nur leichten Verletzungen davon.

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks hat ergeben, daß es auf falsche Weichenstellung in Verbindung mit zu spät gegebenem Haltesignal zurückzuführen ist. Außerdem scheint das Stationsbureau unklare und widersprechende Befehle für die Signalstellung ausgegeben zu haben.

Ein Kulturwerk.

Für die bayerische Pfalz wird in Homburg, in der Nähe der pfälzischen Kohlengruben, eine elektrische Ueberlandzentrale errichtet, die etwa 80 Stadt- und Landgemeinden mit Elektrizität versorgen soll. Das Elektrizitätswerk ist als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 8½ Millionen Mark gedacht. Von diesem Kapital soll der Kreis 3,9 Millionen, die Städte 2,6 Millionen und die Schuckert-Gesellschaft 2 Millionen Mark übernehmen. Den Landgemeinden muß der Kreis 900 000 M. zur Beteiligung überlassen. Auf je 500 000 M. kommt ein Aufsichtsrat, so daß das Privatkapital (Schuckert) mit vier Aufsichtsräten stets dem Kreise und den Gemeinden gegenüber in der Minderheit ist. Strompreisänderungen können nur mit Dreiviertelmajorität des Aufsichtsrates vorgenommen werden, so daß eine Ausbeutung der Konsumenten durch die betriebsführende Firma so gut wie ausgeschlossen ist. Die Aktien sind unveräußerlich. Nach 25 Jahren muß die Privatfirma ihren Besitz auf Wunsch der Allgemeinheit käuflich abtreten. Auch sonst sind die Bedingungen des Vertrages für Kreis und Gemeinden sehr günstig. Es erfolgt die Abgabe des Stromes an Private und industrielle Unternehmen nicht durch die Zentrale, sondern durch die Gemeinden, jedoch sind auch hier Ausnahmen auf Wunsch zulässig.

Erst durch den lebhaften Protest unserer Parteigenossen im Lande wurde die bayerische Regierung davon abgehalten, die geplante Zentrale der Rheinischen Schuckertgesellschaft auszuliefern, die bereits einen Kohlenlieferungsvertrag mit den pfälzischen Staatsgruben abgeschlossen hatte. Die Regierung weigerte sich aber entschieden, das Elektrizitätswerk in eigene Regie zu nehmen.

Der Stadtrat von Ludwigshafen a. Rh. beschloß in seiner letzten Sitzung den Anschluß der Stadt an die Zentrale und die Abtretung des eigenen Elektrizitätswerkes an die Aktiengesellschaft Ueberlandzentrale gegen einen Kaufpreis von 1½ Millionen Mark. Unter den fadenscheinigsten Gründen stimmten alle bürgerlichen Stadträte gegen die Beteiligung an der Ueberlandzentrale. Durch die Abgabe seines Werkes und die Beteiligung an der Zentrale hat Ludwigshafen einer großzügigen Ausführung des Projektes die Wege geebnet, denn nunmehr ist der Anschluß der übrigen größeren Städte wie Kaiserslautern, Pirmasens, Speyer so gut wie gesichert. Daß die bürgerlichen Parteien gegen den Anschluß stimmten, liegt in ihrer Gegnerschaft zur Kommunalisierung der Betriebe; sie hätten lieber das Ganze dem Privatkapital überlassen. Für unsere Genossen aber lag um so weniger Veranlassung vor, dagegen zu stimmen, als auch in bezug auf die Arbeitsverhältnisse vertragliche Regelung zugesichert worden ist.

Unwetterkatastrophen in Amerika.

Ein Gewittersturm hat am Sonnabend in Mittel- und West-Missouri großen Schaden angerichtet. Sechsundzwanzig Personen sind umgekommen, der Materialschaden ist bedeutend. Die Städte Merwin, Adrian, Leaton, Sedalia sind stark beschädigt. In Jonesville (Ohio) ist der Glockenturm der katholischen Kirche durch einen Tornado während des Gottesdienstes eingestürzt worden. Drei Personen wurden getötet, darunter der Priester, der nach dem ersten Schreck den Gläubigen befahl, zu flüchten, während er selbst blieb, um die letzten Sakramente zu spenden. Der materielle Verlust in Ohio wird auf eine Million Dollar geschätzt. Auch in Mexiko hat ein Wolkenbruch schwere Verheerungen angerichtet. Zahlreiche Menschen sind bei dem Unwetter umgekommen. In den Flüssen werden viele Leichen talwärts getrieben.

Im Interesse der guten Sache.

Verhaftet wurde in Breslau der christliche Bezirkssekretär Eduard Pfeffer wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern und Urkundenfälschung. Pfeffer kandidierte vor zwei Jahren noch für die vereinigten Klerikalen und Konservativen zu den Stadtverordnetenwahlen. Da die Unterschlagungen bis über die Zeit hinausreichen und die bürgerlichen Kandidaten die Wahlunkosten selbst bezahlen müssen, so liegt die Vermutung nahe, daß Pfeffer auch die unterschlagenen Gelder „im Interesse der guten Sache" verwandt hat.

Ein Zivilprozeß gegen ein Königreich.

Das glorreiche Königreich Böhmen liefert nicht nur Soldaten, Steuern, nationale Raufereien und bonifizierten Junkerschnaps, sondern vor allem auch immer neuen Lustspielstoff. Dieses reiche Land ist bekanntlich vollständig bankrott, es bleibt seinen Beamten den Lohn schuldig und da die aus Haß gegen jede Wahlreform betriebene Obstruktion der Deutschen im Landtag alle Sanierungsaktionen hindert, werden von den Gläubigern des Landes nun schon die Gerichte angerufen. Das „Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns" — Niederösterreich — klagt gegen das „Königreich Böhmen" beim Verwaltungsgerichtshof auf Zahlung einer halben Million Kronen für Verpflegungskosten nach Böhmen zuständiger (heimatsberechtigter) Findelkinder in niederösterreichischen Anstalten. Selbst wenn das Land Böhmen verurteilt wird — woran kaum zu zweifeln ist — kann es nicht zahlen, denn die Landeskasse muß mit 600 000 Kronen bis zum Herbst auskommen und sie hat keine neuen Einnahmen zu gewärtigen. Man wird also das Königreich pfänden müssen und da eröffnet sich vielleicht eine Möglichkeit, wie das Land seine nationalen Krakeelpolitiker loswerden könnte . . .

Kleine Notizen.

Hochwasser des Rheins. In den letzten 24 Stunden ist der Rhein bei Kehl um rund einen Meter auf 430 Zentimeter und in der Nähe von Maxau um einen halben Meter auf 540 Zentimeter gestiegen.

Unfall des Zeppelin-Luftschiffes. Als Montag nachmittag in Friedrichshafen die letzte Gaszelle des Z. III entleert werden sollte, entzündete sich das Gas auf bisher unaufgeklärte Weise. Ein kleiner Teil der Außenhülle des Luftschiffes ist verbrannt; die Spitze und ein Teil der Träger sind zerstört. Zwei Angestellte wurden leicht verletzt.

Bootsunglück auf dem Thuner See. Ein schweres Bootsunglück hat sich am Sonntag auf dem Thuner See zugetragen. Zwei junge Kaufleute, Paul Guton und Albert Herren hatten eine Segelpartie auf dem See unternommen. Die jungen Leute sind aber nicht wieder an Land zurückgekehrt. Das Segelboot wurde kieloben treibend auf dem See gefunden. Die Leichen konnten bisher nicht geborgen werden.

Einsturzkatastrophe in Rußland. Aus Saratow wird telegraphiert, daß in dem nahe gelegenen Prokrowsk die Mauer einer Knochenmühle eingestürzt ist. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Siebzig von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden, zahlreiche andere sind schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. 20. 1. Nein. 2., 4., 5. u. 6. Eingabe an die Schuldeputation. 3. Ja. — **F. T. 77.** 1. Nein. 2. Die Frau kann intervenieren. 3. An das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. — **P. M. 24.** Der Abzug für die Beschädigung der Uhr ist nur zulässig, wenn nicht zwischen dem Zeitpunkt der Beschädigung und dem Tage, an dem der Abzug erfolgte, eine Lohnzahlung stattgefunden hat. Der übrige Abzug war ungerechtfertigt.

Marktbericht von Berlin am 15. Juni 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,60. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 0,80—2,00. Schleie 1,40—3,20. Viele 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Drei billige Pelerinen-Tage

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag

Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert". Vorzüglich im Tragen.
Mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen — Längen 120 u. 125 cm
Qual. I **12.90** Qual. II **7.30**

Für Knaben und Mädchen — Längen 70, 80, 90 cm **7.30** u. **4.35** — Längen 100 u. 110 cm **9.80** u. **5.85**

Gummi-Mäntel für Herren und Damen
echt englisch — Neueste hochgeschlossene Form — Moderne Farben . . . . . M. **11.90**

Bozener Loden-Mäntel
grauer od grünlich. Strichloden. „Imprägniert"
Unentbehrlich für Touristen und Reisende M. **16.75**

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke,
der größten ihrer Art in Deutschland, wird unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet.

Sonntags von 8–10 Uhr geöffnet

Loden-Hüte 1.90 u. 3.40
Sporthemden, Rucksäcke
Sommer-Gürtel . . 95 Pf.

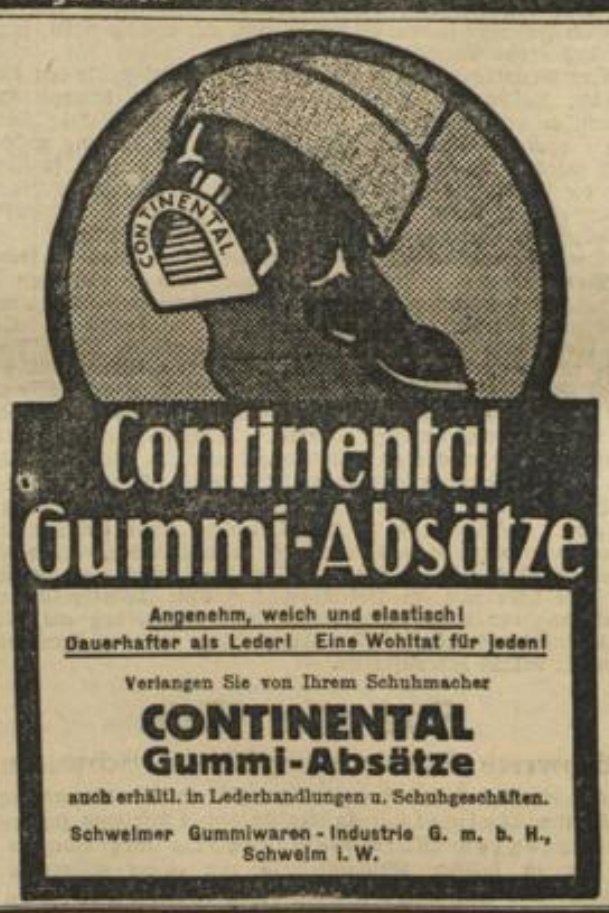
Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Ueberall zu haben in grossen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Kios Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „

Kios-BZ Cigarette
Stück 4 Pfennig.



Vornehme

Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.

Rosenthaler Strasse 46
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
ReinickendorferStr. 4
Weddingplatz.

Elysium Landsberger Allee 40.
Heute sowie täglich:
Großes Radrennen
Spezialitäten
mit **Franz Sobanski.**
Konzert — Ball.
Anfang 3½ Uhr. Entree 10 Pf.

Paul Obiglos Festsäle
Schwedter Straße 23/24.
Im herrlichen schattigen Naturgarten:
Jeden Donnerstag:
Paul Manthey-Sänger.
Jeden Sonnabend:
Wilbergs „Fidele Sänger".
Anfang 8½ Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Der große und kleine Saal ist noch einige Sonnabende im Herbst, wie in der Maskenballsaison, zu vergeben.
Hochachtend
34362 **Paul Obiglo.**

Engelhardt
Special Hell

Flasche 10 Pf.
Erstklassiges Spezial-Bräu
nach Pilsner Art
Überall Käuflich

G.-E.-G. Hamburg
vormals **Tabakarbeiter-Genossenschaft**
Zigarren in vorzüglicher Güte u. in verschiedenen Preislagen empfehlen folgende Verkaufsstellen:

Norden.
Chorinerstr. 53, Ad. Bordasch.
Fehmarnstr. 8.
Korsörer Str. 8, Wilh. Bredow.
Kuglerstr. 45, G. Rademacher.
Kopenhagener Str. 2.
Lychener Str. 123, Herm. Holzhütter
Malplaquetstr. 14, Franz Buhk.
Swinemünder Str. 86.
Veteranenstr. 6, Herm. Fischer.
Neue Hochstr. 34, Rich. Schmidt.

Nordosten.
Lippehner Str. 15, Max Herforth.
Naugarder Str. 39, Chmilewski.
Wörther Str. 22, Reinh. Schirmer.

Nordwesten.
Beusselstr. 37, Th. Piau.
Rostocker Str. 40, Fritz Berner.
Waldstr. 56, Otto Schinkel.

Süden.
Gräfestr. 35, C. Bielefeldt.

Südosten.
Engelufer 13, Gustav Giebel, neben dem Gewerkschaftshaus.
Franzstr. 7, O. Speck.

Osten.
Posener Str. 23, Herm. Schäfer.
Kopernikusstr. 11.
Petersburger Str. 5.
Rominter Str. 18, Gust. Liebecke.
Thaerstr. 19.

Charlottenburg.
Cauerstr. 29, Bruno Leupold.

Lichtenberg.
Möllendorffstr. 73, Alb. Dopichai

Neukölln.
Bergstr. 57, J. Brager.
Biebrichstr. 14, J. Hirsch.
Hermannstr. 50, Wilh. Conrad.
Pannierstr. 8, H. Krause.

Nieder-Schöneweide.
Fennstr. 16, am Kaisersteg, Georg Wegener.

Ober-Schöneweide.
Edisonstr. 61, Karl Ohlerich.

Boxhagen.
Lenbachstr. 3, G. Hielscher.

Spandau.
Bahnhofstr. 7, R. Lorenz.

Generaldepot: Udo Stangenberg, SO. 33, Köpenicker Str. 20a, Amt Moritzplatz 9460.

Grüne Plakate hängen aus

Vorwärts-Bibliothek
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

Soeben neu erschienen:
Band II
Der Ausweg
Erzählung von Ernst Preczang
Preis: gebunden 1 M.

Band I
Erweckt
Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
Preis: gebunden 1,25 M.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Land u. Wald
am gr. Storkower See
mit eigenen Bootsstellen
OR von 7 M. an.
Terraingesellsch. am Storkow- und Scharmützelsee m. b. H., Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Ziehung am 26. u. 27. Juni unwiderruflich
Grosse
Frankfurter Lotterie
zu Gunsten des Frankfurter Vereins für Luftschiffahrt
4482 Gewinne im Werte von Mark
Hauptgew. Mark **100000** **50000** **10000** u. s. w.
Frankfurter Lose à 3 Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch
Lud. Müller & Co.
in Berlin C., Breitestr. 5

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von **1** Mark
wöchentliche Teilzahlung
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse
Kein Waren-Kreditbaus — Kein Waren-Kreditbaus

Von der Reise zurück
Dr. Paul Christeller.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 16. Juni.

Am 17. Juni tritt im hiesigen Gewerkschaftshause der Deutsche Textilarbeiterverband zu seiner 11. Generalversammlung zusammen, um Rückblick und Ausschau über sein verflossenes und sein zukünftiges Wirken zu halten. Ueber das Verbandswesen und -leben während der verflossenen Berichtsperiode 1910/11 unterrichtet der Zentralvorstand in zwei ausführlichen Jahrbüchern. Danach war der Verband am 31. Dezember 1911 in 316 Verwaltungsstellen mit insgesamt 131 426 Mitgliedern verbreitet. 48 445 der Mitglieder waren weibliche. Am 1. Januar 1910 stand die Mitgliederzahl auf 104 301; der Verband ist also in der Berichtsperiode um 27 125 Mitglieder in die Höhe gegangen, eine Steigerung, die in richtiger Weise erst unter Würdigung der Ungunst der Verhältnisse in der Textilindustrie gewertet werden kann. Die Textilindustrie hat nämlich — worauf der Bericht des Vorstandes ausführlich eingeht — an dem Aufschwung des Wirtschaftslebens während der letzten Jahre allgemein nicht teilgenommen. Beide Berichtsjahre gehörten der Depression, und obwohl der Beschäftigungsgrad im Jahre 1911 etwas besser war als in 1910, wiesen noch in den ersten sieben Monaten des Jahres 1911 die Betriebe fast durchgehends einen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten auf. Erst um die Jahreswende machten sich Ansätze zur Besserung geltend. Die Löhne der Arbeiter waren denn auch in manchen Hauptzweigen des Berufes direkt reduziert. Gleichwie die Löhne z. B. in den Bergwerksbezirken Rheinland-Westfalens im Jahre 1907, dem Jahre des Beginnes der Krise, höher standen als 1911, so läßt sich dies auch für manche Zweige der Textilindustrie sagen. Bei der herrschenden Teuerung mußte sich das für die Arbeiterschaft außerordentlich empfindlich bemerkbar machen. Wie unauskömmlich trotz der angestrengtesten Verbesserungsarbeit des Verbandes der allgemeine Lohndurchschnitt der Textilarbeiter noch ist, geht hervor sowohl aus den Zahlen der Lohnstatistik des Deutschen Textilarbeiterverbandes, wie auch aus den Zahlen der Textilberufsgenossenschaften. Im Jahre 1911 hatten nach einer vom Verbande aufgenommenen Lohnstatistik, woran sich zirka 23 000 Personen beteiligten, 16 172 Personen ein Einkommen unter 20 M. pro Woche und nur 6566 ein solches über 20 M. Nach den Nachweisen der Textilberufsgenossenschaften betrugen die Jahresdurchschnittslöhne für 1910 in Rheinland-Westfalen 919,56 M., in der Leinenberufsgenossenschaft 822,15 Mark, in der Seidenberufsgenossenschaft in Sektion I 982,74 M., in Sektion II 789,70 M., in der Sächsischen Textilberufsgenossenschaft 780,63 M., in der Elsaß-Lothringischen Berufsgenossenschaft 772,73 M., in der Süddeutschen Berufsgenossenschaft 707,92 M., in der Schlesischen Berufsgenossenschaft 618 M. Zu solchen Löhnen bemerkt der Vorstandsbericht: „Wenn große Arbeitermassen so niedrige Löhne haben und andere Arbeitermassen im Verdienst zurückgehen, so muß das auf den Absatz der Produkte einer Industrie wie die Textilindustrie, die auf den Massenkonsum in erster Linie angewiesen ist, ungünstig einwirken."

Es klagen übrigens nicht nur die Arbeiter über mangelnden Verdienst, auch die Unternehmer klagen über mangelnde Gewinne und niedrige Rente, wobei aber zu bedenken ist, daß dieses Unternehmertum in der Regel an recht anständige Gewinne gewöhnt ist. Erzielten doch nach den Berechnungen des Verbandes die Unternehmer in der Textilindustrie in den Jahren 1905 bis 1909 eine Verzinsung des Kapitals von 12,4 Proz. pro Jahr.

Der Ursachen der ungünstigen Konjunktur für die Industrie sind verschiedenartig. Jahrelang haben hohe Preise für Baumwolle angehalten und den Konsum und damit die Fabrikation der Produkte beeinträchtigt. Aber mindestens ebensosehr hat die Textilindustrie unter der herrschenden enormen Teuerung und der momentanen Ungunst der Mode gelitten. Die deutsche Textilindustrie ist beim Absatz ihrer Produkte zum großen Teil auf den Inlandsmarkt angewiesen. Nach Schätzungen des Professors Dr. Oppel-Bremen wird die größere Hälfte der gesamten textilen Produktion im Inlande verbraucht. Der Inlandsverbrauch wird aber stark beeinträchtigt durch die ganz enorme Verteuerung aller Lebensmittel. Mit Recht bemerkt die Berliner Handelskammer, daß die Verteuerung der Lebenshaltung, die für die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung sich ergibt, im Gesamtergebnis auf eine Mehrausgabe von vielen hundert Millionen Mark hinausläuft und daß diese gewaltigen Summen an Mehrausgaben für Lebensmittel denjenigen Gewerben entzogen werden, die die mehr entbehrlichen Gegenstände des Massenkonsums herstellen und vertreiben. Zu diesen Gewerben gehört, wie jedermann weiß, die Textilindustrie. Es ist übrigens bekannt, daß neben der Berliner noch eine ganze Anzahl anderer Handelskammern ganz offen die Schäden anerkannt haben, die der Textilindustrie durch die Teuerung, das heißt im Grunde durch die herrschende Zoll- und Wirtschaftspolitik zugefügt sind. Die hohen Schutzzollmauern, die z. B. Amerika auf Wirkwaren legte als Repressivmaßregel gegen die deutschen Wollzölle, begünstigen in den Vereinigten Staaten die Entstehung einer kräftigen Industrie der Wirkerei. Der Vorstandsbericht beweist zahlenmäßig, wie immer neue Fabriken im Laufe der Jahre gebaut und immer neue Maschinen importiert wurden. So leidet die Wirkerei und Strickerei Sachsens ganz außerordentlich unter dem drohenden Verlust des Marktes der Vereinigten Staaten. Aehnliches scheint der sächsischen Stickereiindustrie bevorzustehen. Auf den Export nach England, das der beste Kunde der deutschen Fertigwaren-Industrie ist, haben die Marokkowirren und das Geschrei gewissenloser Kriegshetzer ungünstig eingewirkt. Auch die sonstigen Störungen im internationalen Völkerleben, wie der italienisch-türkische Krieg, die Revolution in China, haben zu der Ungunst des letzten Jahres beigetragen.

Des weiteren ist die momentan herrschende Mode in Frauenkleidern der Textilindustrie sehr ungünstig. Die heute in der ganzen Welt vorherrschenden engen Röcke bedürfen zwei Drittel weniger Stoff als der frühere Faltenrock; ein Teil der Unterröcke kommt in Wegfall; in der Fabrikation von Damenkleiderstoffen in Baumwolle, Kammgarn und Seide macht sich das bemerkbar. In Herrenstoffen ist es die große Ulstermode, die der Industrie ungünstig ist. Die aus starken Fäden bestehenden Ulsterstoffe brauchen selbstverständlich viel weniger Arbeit, als die dichten und schweren Damen- und Herrenmantelstoffe. So haben als Ursache der Depression Teuerung, Ungunst der Mode und hohe Baumwollpreise zusammengewirkt. Erst gegen Schluß des vorigen Jahres haben sich, wie schon bemerkt, Zeichen der Besserung bemerkbar gemacht. Gegenwärtig steht die Industrie in den meisten Branchen im Zeichen einer guten Konjunktur in den verschiedensten Gebieten. Da regen sich die Arbeiter, den Unternehmern ihre Forderungen zu unterbreiten.

In der Geschäftsperiode 1910/11 fanden insgesamt 469 Lohnbewegungen statt, die sich auf 128 Orte mit 3197 Betrieben und 196926 Beschäftigten erstreckten. In 367 Fällen handelte es sich dabei um Angriffs-, in 102 Fällen um Abwehrbewegungen. Zum Streik bezw. zur Aussperrung ist es bei diesen Bewegungen in 110 Fällen in 47 Orten und 1802 Betrieben mit 65 901 Beschäftigten gekommen. Insgesamt wurde bei allen Bewegungen erreicht für 33 568 Personen 74 126 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche oder für jeden einzelnen zirka 2¼ Stunden pro Woche, ferner für 57 243 Personen 62 079 M. Lohnerhöhung pro Woche. Sonstige Verbesserungen oder abgewehrte Verschlechterungen wurden für 40 260 Personen erzielt. In 172 Fällen wurden für insgesamt 8653 Personen Tarife abgeschlossen.

Für die statistisch erfaßten Bewegungen wurden insgesamt 600 986 M. an Unterstützung gezahlt. Damit ist allerdings die volle Summe, die für Streiks ausgegeben wurde, nicht getroffen. In einer großen Anzahl von Fällen waren Mitglieder vorübergehend in anderen Berufen beschäftigt, und dort an Streiks mitbeteiligt. Für Unterstützung an Streikende in genannten Fällen wurden allein bei der Bauarbeiteraussperrung 1910 rund 15 000 M. gezahlt, bei der Metallarbeiteraussperrung 1911 in Sachsen-Thüringen wiederum rund 10 000 M.

Zu den „sonstigen Verbesserungen", an denen 40 260 Personen beteiligt sind, sagt der Vorstandsbericht, daß bei allen Bewegungen die in der Textilindustrie geführt werden, oft eine ganze Reihe Verbesserungen zu konstatieren sind, die in ihrem finanziellen Effekt nicht erfaßt werden können, da sie für den einzelnen sich nicht ziffernmäßig nachweisen lassen, aber trotzdem Erhöhungen der Wochenverdienste darstellen. Es kommt da in Betracht die bessere Bezahlung der Warte- und Putzzeit oder Vorarbeiten, für die Spinner die genaue Gewichtsfeststellung des tatsächlich abgelieferten Garnes, ferner die Abschaffung von Strafen, Ueberzeitarbeit, Anerkennung der Organisation, periodische kollektive Lohnregelung, Lieferung von Arbeitskleidern, Freigabe des 1. Mai, Ferien usw.

Die Reineinnahmen und Ausgaben der Ortsverwaltungen und der Hauptkasse in der Berichtszeit betrugen 4 451 609,59 bezw. 3 784 236,61 M. Der Bestand in den Ortsverwaltungen betrug am Anfang der Berichtsperiode 197 345,21 M., der Bestand in der Hauptkasse 599 544,65 M. Diese Bestände erhöhten sich bis zum Ende der Berichtsperiode auf 234 768,55 bezw. 1 229 494,29 M. eigene Mittel, wie sie der Textilarbeiterverband noch nie vorher zu verzeichnen hatte. Die Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungszwecke stellen sich für Krankenunterstützung auf 628 739,35 M., für Arbeitslosenunterstützung auf 254 850,05 M., für Sterbeunterstützung auf 27 934,70 M., für Reiseunterstützung auf 61 378,12 M., für Streikunterstützung auf 709 353,27 M., darunter an andere Berufe 35 000 M., an das Ausland 8000 M., für Gemaßregeltenunterstützung 117 174,10 M., für Rechtsschutz 21 588,46 M., für Umzugsunterstützung 14 599,62 M., für Notunterstützung 19 962,70 M.

Dem Verbandstage liegen zahlreiche Anträge vor.

18. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Mannheim, 15. Juni.

Fünfter Verhandlungstag.

Der Bericht der Beschwerdekommission über die Anstellung von Beamten löste eine Debatte aus, in der die Redner fast allgemein den Vorschlägen der Kommission zustimmten. Der Ausschußvorsitzende Wittich-Frankfurt a. M. wandte sich gegen die Anträge der Kommission, die sehr einseitig gearbeitet hätte. Der Verbandstag nahm aber die Anträge der Kommission fast einstimmig an. Die Anstellung von Lokalbeamten erfolgt also durch den Hauptvorstand in Verbindung mit den Zahlstellen; der Ausschuß hat dabei nicht mitzuwirken.

Der Verbandstag setzte nun die

Statutenberatung

fort. Durch die gestrige Annahme des Antrages Hodapp sind eine sehr große Anzahl Anträge erledigt, viele andere finden auch nicht die genügende Unterstützung. Zu den Bestimmungen über die Beiträge fand ein Antrag des Vorstandes Annahme, daß, wenn zur Unterstützung größerer Streiks und Aussperrungen seitens der Generalkommission nach Zustimmung der Zentralvorstände die Erhebung einer Umlage (an Stelle der bisherigen Sammellisten) angeordnet wird, diese durch Extrabeiträge zu erheben ist. Jedes Mitglied ist zur Leistung solcher Beiträge verpflichtet.

Die Rechtsschutzbestimmungen wurden neu geregelt. Bisher bekamen alle Mitglieder ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft bei Streitfällen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergaben, Rechtsschutz. Nun bestimmte der Verbandstag, daß für die Gewährung von Rechtsschutz im allgemeinen eine 26wöchige Mitgliedschaft Vorbedingung sein muß. Ueber die Ausnahmen bei kürzerer Mitgliedsdauer entscheidet der Vorstand. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft wird Rechtsschutz gewährt in allen Streitfällen, welche infolge Eintretens der Mitglieder für ihre Verbandsrechte sowie bei Streiks und Aussperrungen entstehen.

Den zwei Sekretären des Verbandes, die bisher im Vorstand nur beratende Stimme hatten, wurde Stimmrecht übertragen. — Die Zahl der Mitglieder, auf die ein Delegierter zum Verbandstag entfällt, fand eine Erhöhung von 700 auf 800. — Zu den Bestimmungen über das **Verbandsorgan** wurde ein Antrag angenommen, wonach in der „Verbandszeitung" aufklärende Artikelserien über moderne Abhandlungen auf dem Gebiete der Brauerei- und Mühlenindustrie und Beschreibungen der immer weiteren Fortentwickelung der Technik aufzunehmen sind.

Als neuer Schlußparagraph des Statuts wurde festgesetzt, daß, wenn durch Gesetzes- oder Gerichtspraxis Statutenänderungen notwendig werden oder im Interesse des Verbandes ratsam sind, ohne daß die Einberufung eines Verbandstages geboten erscheint, Hauptvorstand und Ausschuß gemeinsam die entsprechenden Paragraphen zu formulieren und in Kraft treten zu lassen haben.

Bei Beratung der verschiedenen Anträge wurde einem Antrag zugestimmt, daß die Arbeitsnachweisfrage in Zukunft mehr wie bisher zu fördern ist. In allen Orten ist bei Abschluß eines Tarifes die Forderung auf Anerkennung der Arbeitsvermittelung, paritätisch oder durch die Organisation, zu erheben.

Annahme fanden ferner u. a. diese Anträge:

1. Bei Lohnbewegungen für die Beseitigung der Lohnstaffelung einzutreten.
2. Für das oberschlesische Industriegebiet einen Agitationsbeamten anzustellen.
3. Gleichstellung sämtlicher Angestellten bezüglich Urlaub und Anstellungsbedingungen, ausschließlich der Gehälter.
4. Der Vorstand wird beauftragt, eine Geschichte des Verbandes herauszugeben.

Eine Debatte über die **Errichtung von Ferienheimen** für die Kollegen riefen die Anträge hervor, die verlangten, daß der Verbandstag hierzu Stellung nehme. Verbandsvorsitzender Etzel trat für diese Idee ein. Er bat, diesen Plan dem Vorstand als Anregung zu überweisen. Von anderen Rednern wurde auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Gedankens hingewiesen. Sie glauben, daß durch die Schaffung eines Ferienheimes dem Verbande größere Kosten erwachsen und stehen darum der Idee sehr pessimistisch gegenüber. Ein Antrag: „Der Verbandstag stimmt der Errichtung von Ferienheimen zu und beauftragt den Vorstand, dem nächsten Verbandstage diesbezügliches Material zu unterbreiten", wurde abgelehnt.

Ohne jede Debatte wurde ein Antrag, „von weiteren Verschmelzungen vorläufig abzusehen", abgelehnt. Die übrigen Anträge zur Verschmelzungsfrage waren nicht unterstützt, kamen daher nicht zur Beratung und weitere Beschlüsse zu dieser Frage wurden nicht gefaßt.

Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1912 in Kraft.

Die angestellten Vorstandsmitglieder und der Ausschußvorsitzende Wittich-Frankfurt a. M. wurden einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Der nächste Verbandstag findet 1914 in Hamburg statt.

Internationale Konferenz der Verbände der Brauereiarbeiter.

Mannheim, 15. Juni.

Im Anschluß an den Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter tagte hier eine internationale Konferenz der Brauereiarbeiter. Dem internationalen Sekretariat, das seinen Sitz in Deutschland hat, sind folgende Länder angeschlossen: Deutschland, Amerika, Oesterreich, Schweiz, Niederlande, Schweden, Norwegen, Frankreich und Dänemark. Auf der Konferenz waren vertreten: Deutschland, Amerika, Oesterreich, Schweiz und Niederlande. Die Konferenz nahm zunächst den Bericht des internationalen Sekretärs Ehel-Berlin entgegen, an den sich dann die Berichte der Vertreter der einzelnen Organisationen schlossen. Der Sekretär gab ein Bild der Biererzeugung und der Stärkeverhältnisse der Organisationen in den einzelnen Ländern. Die Zahlen über die Biererzeugung sind ganz interessant. Bier wurde gebraut:

Länder	im Jahre	Hektoliter
Vereinigte Staaten von Nordamerika	1910	70 530 000
Deutschland	1909	64 776 000
Großbritannien	1910	54 745 000
Oesterreich	1909	22 010 000
Belgien	1910	16 000 000
Frankreich	1910	15 297 000
Rußland	1907	9 300 000
Schweden	1909	2 734 000
Dänemark	1909	2 336 000
Schweiz	1909	2 200 000
Niederlande	1909	1 471 000
Italien	1910	567 000
Norwegen	1909	870 000
Rumänien	1908	210 000
Bulgarien	1909	140 000
Serbien	1909	94 000

Bezüglich der Stärke der Organisationen der in den Brauereien beschäftigten Arbeiter steht ebenfalls Amerika an erster Stelle. Der amerikanische Brauereiarbeiterverband zählt 53 501 Mitglieder. Soweit von den übrigen Ländern bekannt, betrug die Mitgliederzahl Ende 1911: in Deutschland 47 699, Oesterreich 10 329, Schweden 1711 (?), Dänemark 3618, Schweiz 400 und der Niederlande 1028 Mitglieder. Das Vermögen der Verbände betrug am 1. Januar 1912: Amerika 2 682 700 M., Deutschland 1 168 600 M., Oesterreich 438 852 M., Schweden 17 576 M., Dänemark 225 120 M., Schweiz 16 627 M., Niederlande 4 581 M. Ueber Lohnbewegungen berichteten nur wenige Länder. Der Sekretär sprach den Wunsch aus, daß über diese allgemein und insbesondere über die Errungenschaften für die Arbeiter regelmäßig berichtet wird.

Nach Besprechung dieser allgemeinen Punkte setzte die Konferenz internationale Vereinbarungen fest. Ueber die gegenseitige Unterstützung und Uebernahme der Mitglieder wurde bestimmt, daß zugereiste Mitglieder der angeschlossenen Verbände, die sich mit einem gültigen Mitgliedsbuch legitimieren können, bei ihrer Arbeitslosigkeit nach dem Statut desjenigen Verbandes unterstützt werden, in dessen Bereich sie sich zurzeit befinden. Nach Eintritt in ein festes Arbeitsverhältnis ist das betreffende Mitglied gehalten, zu diesem Verbande überzutreten und wird dort mit allen Rechten, die es im früheren Verbande erworben, übernommen. Rechte, die ursprünglich in dem Verband, zu dem das Mitglied übergetreten ist, nicht existieren, erlöschen beim Uebertritt. Die Unterstützung der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände angehörenden Mitglieder erfolgt ohne gegenseitige Verrechnung.

In den weiteren Vereinbarungen wurde die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen festgesetzt. Bezüglich des internationalen Sekretariats wurde bestimmt, daß dieses nur aus je einem Mitgliede der angeschlossenen Verbände besteht. Als internationaler Sekretär wurde wiederum Etzel-Berlin gewählt. Zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben zahlen die angeschlossenen Verbände einen Beitrag in der Höhe von 1 Pf. pro Mitglied und Jahr an das Sekretariat.

Zu diesem Punkte fanden noch Anträge Annahme, die besagen, daß die übertretenden Mitglieder nicht länger mit ihren Beiträgen rückständig sein dürfen, wie es das Statut der betreffenden Organisation zuläßt. In die Mitgliederrechte der neuen Organisation treten die aus der französischen Organisation übergetretenen Mitglieder erst nach 13wöchiger Beitragsleistung in der neuen Organisation. Ein Antrag des schweizerischen Verbandes auf Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag dieser Organisation, jedem in das Gebiet einer anderen Organisation abreisenden Mitglied ein Merkblatt mit den wichtigsten Bestimmungen der internationalen Vereinbarungen auszuhändigen, wurde dem Sekretariat zur Erledigung überwiesen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Gerichts-Zeitung.

Entweichen von Winden als Entlassungsgrund!

Wenn ein „wichtiger Grund" vorliegt, kann nach § 606 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Dienstverhältnis einseitig vom Landarbeiter und vom Dienstherrn gelöst werden. Agrarische Amtsgerichte waren in der Feststellung „wichtiger Gründe" zugunsten des Arbeitgebers von jeher äußerst findig. Den Vogel abgeschossen haben auf diesem Gebiet jetzt zwei mecklenburgische Gerichte. Sie fanden übereinstimmend, daß ein wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung vorliegt, wenn der Arbeiter „einen lauten Wind abläßt".

Bei dem Gutspächter v. Oertzen in einem mecklenburgischen Nest war ein Arbeiter für die Erntezeit gegen 3 M. Tagelohn und einen „Nachschuß" von 25 M. angenommen. Eines Tages war er mit anderen zusammen beim Aufstecken einer Strohmiete beschäftigt. Dabei passierte ihm der „wichtige Grund". Das Unglück wollte, daß der Herr Inspektor etwa 6 Meter entfernt stand und Ohrenzeuge dieses seltsamen Abblasens war. Der Arbeiter wurde deshalb sofort entlassen. Seine Entschädigungsklage wurde vom Amtsgericht Gubien abgewiesen, mit der Begründung, „es sei kein Zweifel, daß Kläger es sehr wohl vermochte, seine Winde geräuschlos entweichen zu lassen; er habe dies aber absichtlich laut getan, um dem Inspektor seine Nichtachtung zu bezeigen, der ihn einige Zeit vorher zu rascherer Arbeit angetrieben hatte. Sein Verhalten sei eine schwere Beleidigung des Inspektors, die zur Entlassung berechtige.

Zum gleichen Standpunkt und damit zur Zurückweisung der gegen das Urteil eingelegten Berufung kam das Landgericht Rostock, das in seiner Urteilsbegründung weiter ausführte: „Würde ein Gutsherr ein Benehmen wie das des Klägers ungerügt hingehen lassen, würde er hiergegen nicht sofort auf das schärfste eingreifen, so würde er das Ansehen des Inspektors und damit sich selbst auf das schwerste schädigen". Als erschwerend käme aber noch hinzu, daß der Arbeiter auf die Entlassung durch den Inspektor erwiderte, er habe mit ihm nichts abzumachen und könne seine Winde auch dann nicht anhalten, wenn selbst der Herr v. Oertzen dabeistehe.

Diese mecklenburgischen Entscheidungen gehen in ihrem Verstoß gegen Recht und Gesetz noch weit über das hinaus, was vor einigen Jahren in der Mark Brandenburg

Polizei entdeckte. Sie wollte in der Windentweichung „groben Unfug“ erblicken. Das Amtsgericht sprach natürlich frei. Hier nehmen aber vier grundgelehrte Richter in Mecklenburg in seltsamer Weltfremdheit an, der Arbeiter habe die Möglichkeit, Winde zu unterdrücken.

Würde das Gericht auch einen Arbeitgeber für ein solches Naturwunder halten?

Ein „wichtiger Grund“ liegt im Gegensatz zu der Anschauung der beiden Mecklenburger Gerichte auch nach Ansicht des Reichsgerichts dann vor, wenn Umstände vorliegen, unter deren Vorhandensein dem vom Vertrage Zurücktretenden die Fortsetzung des Verhältnisses nicht zugemutet werden kann.

Der räuberische Ueberfall,

den der **Damenschneider Paul Fischer** am 18. April d. J. auf die 45 Jahre alte Frau Alwine Koerper ausgeführt hat, beschäftigte gestern das **Schwurgericht am Landgericht I.**

Der aus Breslau stammende Angeklagte ist schon mehrfach vorbestraft, u. a. mit drei Jahren Gefängnis und zuletzt mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus. Nach Verbüßung der Zuchthausstrafe kam er nach Berlin, fand hier aber keine Beschäftigung und will sich als Agent durchgeschlagen haben. — Das Ehepaar Koerper betrieb in der Tilsiter Straße 69 ein Seifen- und Lichtgeschäft und hatte mittels Inserats angekündigt, daß das Geschäft verkauft werden sollte. Auf das Inserat meldete sich am 18. April der Angeklagte unter dem Vorgeben, daß er das Geschäft für eine Tante kaufen wolle. Er sah sich das Geschäft an, ließ sich verschiedene Auskünfte geben und entfernte sich dann, als die Frau nicht mehr allein blieb, sondern ihr Mann auch auf der Bildfläche erschien. Am nächsten Tage kam er wieder und schaffte zunächst den anwesenden Sohn der Frau Koerper weg. Er hörte, daß der Sohn stellungslos war und erklärte sich sofort bereit, Abhilfe zu schaffen. An Ort und Stelle schrieb er einen Brief an eine Firma in der Potsdamer Straße, wo er angeblich eine Stelle finden würde. Als der Sohn weggegangen war, genierten ihn noch mehrere Personen, welche in dem Geschäftslokal an der Drehrolle beschäftigt waren. Er wartete, bis diese Leute sich entfernt hatten und ließ sich dann von Frau Koerper den unter dem Laden befindlichen Keller zeigen. Als beide die Kellertreppe wieder hinaufgingen, erhielt sie plötzlich von dem Angeklagten, der voranging, einen Fußtritt auf den Kopf, so daß sie die Treppe herunterstürzte, und da der Angeklagte alsdann die Falltür vom Laden aus zuschlug, **so war Frau Koerper unten im Keller gefangen.** Sie schleppte sich aber ans Kellerfenster, machte sich Passanten durch Hilferufe und Zeichen bemerkbar und mehrere Personen suchten den Räuber zu ermitteln. Dieser hatte, nachdem er aus der Ladenkasse 36 M. gestohlen hatte, beim Herannahen seiner Verfolger den Weg durchs Fenster genommen und war in den Hauskeller geflohen. Dort wurde er schließlich in einer dunklen Ecke vorgefunden und verhaftet. Bei seiner Festnahme nannte er sich „Dr. E. Steiger“; unter diesem Namen hatte er sich auch in einem Hotel Unter den Linden, wo er Quartier genommen hatte, angemeldet. — Daß der Angeklagte ein sehr gefährlicher Mensch ist, ergab sich aus der Beweisaufnahme. Es wurde festgestellt, daß er kurz vor der Tat zweimal Geschäftsleute, die ihr Geschäft zum Verkauf inseriert hatten, aufgesucht und sich als Selbstkäufer geriert hatte. Die Umstände sprechen dafür, daß er auch dort die Gelegenheit abzupassen suchte, die Geschäfte zu einer Zeit zu besichtigen, wenn außer dem Verkäufer niemand anwesend war. Auch den Versuch eines Kautionsschwindels hat der Angeklagte unternommen, indem er einen jungen Mann als Diener engagieren und ihm 500 M. als Kaution abnehmen wollte. — Der aus Breslau herübergekommene Vater des Angeklagten bekundete, daß der Angeklagte sich in vielen Fällen obstinat und unberechenbar gezeigt habe, so daß er manchmal für „nicht ganz richtig im Kopf“ gehalten wurde. Da der Verteidiger R.-A. **Dr. Walter Fränkel** seinerseits darauf verwies, daß der Angeklagte in dem aus der Strafanstalt stammenden Zeugnis als „degenerierter Mensch“ bezeichnet worden, so beantragte Staatsanw.-Assessor **Heyer** die Ueberweisung des Angeklagten zur Beobachtung an eine Irrenanstalt. — Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen und den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis durch den Medizinalrat Dr. **Hoffmann** auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Gesinderecht in Theorie und Praxis.

Die altpreußische Gesindeordnung bestimmt in den §§ 160 und 161, daß Gesinde, welches zu Unrecht entlassen wurde, „die Herrschaft durch die Obrigkeit zur Fortsetzung des Dienstvertrages anhalten muß“. Weigert sich die Herrschaft beharrlich, dem nachzukommen, dann muß sie den Dienstboten den rückständigen Lohn zahlen. Mit anderen Worten: Ohne vorherige Anrufung der Behörde (auf dem Lande des Amtsvorstehers), ist in Gesindesachen eine Klage beim Amtsgericht ausgeschlossen.

Wie sich in der Praxis ein solcher Fall abspielen kann, lehrt der Ausgang einer **Klage auf Zahlung von Restlohn vor dem Amtsgericht Seehausen (Altmark).** Ein **Schweizer** (Melker) hatte gegen seinen Arbeitgeber, einen Gutsbesitzer, Strafanzeige erstattet, weil dieser die Frau des Arbeiters mißhandelt hatte. Deshalb entließ ihn der Besitzer. Der Schweizer rief die Vermittelung des Amtsvorstehers an. **Dieser lehnte es ab, sich mit der Sache zu befassen.** Dies war in der Verhandlung vor dem Amtsgericht, vor dem der Schweizer nunmehr seine Klage auf Bezahlung des verdienten Lohnes vorbrachte, festgestellt und auch vom Beklagten bestätigt worden. Gleichwohl wies das Amtsgericht die **Klage kostenpflichtig ab.** In den Entscheidungsgründen führte das Urteil aus:

„Soweit der Kläger Rechte aus der von ihm behaupteten ungerechtfertigten Entlassung herleitet, greifen die Bestimmungen der §§ 160 und 161 der Gesindeordnung Platz, wonach der Kläger sich zunächst durch Vermittelung der Ortspolizei zur Fortsetzung des Dienstes erbieten mußte, und erst nach einer beharrlichen Weigerung des Beklagten, ihn wieder anzunehmen, dieser auf die ihm durch die vorzeitige Kündigung entgehenden Beträge klageweise in Anspruch nehmen durfte. Klagevoraussetzung ist demnach die **beharrliche Weigerung** des Dienstherrn zur Wiederannahme des Dienstverpflichteten trotz obrigkeitlichen Sühneversuchs. **Eine erfolglose Inanspruchnahme der Vermittelung der Ortspolizei genügt also nicht.** Diese Folgerung ist für den Kläger recht bitter, aber nach den Vorschriften der Gesindeordnung unabweisbar.“

So der Richter! Danach hätte es jeder agrarische Amtsvorsteher in der Hand, seinen agrarischen Klassengenossen dadurch beizuspringen, daß er die Aufforderung eines entlassenen Landarbeiters zur Vornahme eines Sühneversuchs unbeachtet läßt. Die Entscheidung ist aber irrig. Allerdings muß das Gesinde zunächst die Polizei um Wiederannahme und Fortsetzung des Dienstverhältnisses angehen; lehnt die Polizeibehörde ein Einschreiten oder die Ausstellung eines Attestes ab, so kann das Gesinde den Beschwerdeweg einschreiten. Es kann aber auch dann ohne solches Attest sofort klagen. So hat auch das Obertribunal (Entsch. Bd. 14 S. 84, Bd. 41 S. 260) und das Reichsgericht (Gerichtsbeiträge Bd. 35 S. 1076) entschieden. Der Schweizer wird nun das Landgericht angehen müssen.

Von der Streikjustiz.

Wer seinen Arbeitern den Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund! so heißt es bekanntlich in einem besonders den Christen heiligen Buche. Vor der Streikkammer des **Dortmunder Landgerichts** stand der **Bergmann Heinr. Wenderoth** unter der Anklage der Beleidigung und versuchten Nötigung. Wenderoth war von dem Oberaufseher Kunert unter der bestimmten Zusicherung eines Schichtlohnes von 6 M. von Zeche Schleswig weg nach Zeche Freier Vogel gelockt worden. Dort wurden dem Manne nicht einmal 5,50 M. Lohn ausgezahlt. Einem Dutzend Kameraden ging es übrigens gerade so. Wenderoth klagte den vorenthaltenen Betrag ein und Kunert wurde verurteilt. Während der Streikzeit stellte Wenderoth einmal den Kunert wegen des fehlenden Lohnbetrages zur Rede und er sagte: „Wenn ich das Geld nicht kriege, dann passiert was!“ wobei mit der Hand „drohend“ ausgeholt wurde. Der Angeklagte sollte auch „Seelenverkäufer“ gesagt haben, was nicht erwiesen wurde. Der **Staatsanwalt** war für **Freisprechung**, das **Gericht** erkannte aber wegen versuchter Nötigung auf **drei Wochen Gefängnis!** — So ist es recht im Zeichen der Streikjustiz: Der betrogene Arbeiter wandert ins Gefängnis, Kunert aber bleibt ein ehrenwerter Mann“!

Weil er einen Arbeitswilligen mißhandelt und zu nötigen versucht haben sollte, bekam der **Bergmann Ernst Neuhaus fünf Monate Gefängnis.**

Als ein Arbeitswilliger und eine Frau wegen gegenseitiger Beleidigung vor der Streikkammer standen, hielten es Staatsanwalt und Richter wieder für weit schwerwiegender, daß der Arbeitswillige beleidigt worden war als umgekehrt! **Die Frau** erhielt **60 M.**, der **Streikbrecher 15 M.** Geldstrafe!

Witterungsübersicht vom 17. Juni 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	756	W	6	wolkig	11	Haparanda	745	NO	2	Regen	11
Hamburg	759	WSW	6	wolkig	10	Petersburg	755	S	2	halb bd.	15
Berlin	760	SW	4	wolkig	10	Scilly	764	SW	4	bedeckt	13
Frankf.a.M.	764	NW	2	halb bd.	12	Aberdeen	761	WNW	3	halb bd.	8
München	766	W	5	bedeckt	11	Paris	766	SW	2	bedeckt	12
Wien	763	WNW	3	bedeckt	13						

Wetterprognose für Dienstag, den 18. Juni 1912.

Zunächst zeitweise heiter, etwas wärmer bei ziemlich frischen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 6. cm	seit 15. 6. cm¹)	Wasserstand	am 16. 6. cm	seit 15. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	130	0	Saale, Grochlitz	68	0
Pregel, Insterburg	—27	0	Havel, Spandau²)	82	0
Weichsel, Thorn	88	0	„ Rathenow²)	10	0
Oder, Ratibor	204	+2	Spree, Spremberg²)	142	+20
„ Krossen	145	+14	„ Beeskow	86	+1
„ Frankfurt	153	+2	Weser, Münden	120	—2
Warthe, Schrimm	44	+8	„ Minden	220	+16
„ Landsberg	10	+8	Rhein, Maximiliansau	604	+52
Netze, Vordamm	28	+8	„ Kaub	269	+9
Elbe, Leitmeritz	15	+8	„ Köln	238	—4
„ Dresden	—118	—4	Neckar, Heilbronn	75	—18
„ Barby	92	+20	Main, Hanau	122	0
„ Magdeburg	74	+5	Mosel, Trier	15	+17

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Diese Woche: Preiswerte Batist-Damenwäsche

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat:

5 Waggon Glas, Porzellan, Wirtschafts-Artikel

Glaswaren

6000 Wein-Römer moderne Form Stück 20 Pf., 25 Pf.

Butterkühler gepresst, ohne Drahtbügel Stück 45 Pf.
Milchsatten gepresst .... Stück 8 Pf
Zitronenpressen gepresst ...... Stück 8 Pf
Kompotteller gepresst .... Stück 5 Pf

Blumen-Vasen Stangen-form: glatt, 50 cm hoch Stück 85 Pf. geschliffen, 40 cm hoch... Stück 85 Pf.

Steingut

Suppenteller blau Zwiebelmuster . Stück 12 Pf.
Kompotteller blau Zwiebelmuster . Stück 9 Pf.
Speiseteller blau Zwiebelmuster . . Stück 12 Pf.
Waschgarnituren „Augsburg“ 5-teilig, modernes Schablonenmust. 3.45
Waschgarnituren „Komet“ 5-teilig, Mattgold-Band 10.50
Blumenkübel moderne Ausführung, Stück 75 Pf.
Ton-Blumenvasen Schliemann-Imitation grosse Form . . Stück 85 Pf.

Nur einmalige Gelegenheit!

Einzelne Waschbecken Stück 58, 75 Pf.
Einzelne Wasserkannen Stück 38, 65 Pf.

Porzellan

Kaffee- oder Teetassen mit Untertasse mit Goldstempel, dünnes Porzellan 25 Pf.

Goldrandteller glatte Form, Speiseteller. .... Stück 25 Pf.
Goldrandteller glatte Form, Abendbrotteller. .... Stück 18 Pf.
Goldrandteller glatte Form, Suppenteller .... Stück 25 Pf.
Goldrandteller glatte Form, Kompotteller .... Stück 15 Pf.

Für Restaurateure! Obertassen, massiv } Speiseteller, massiv } für Gartenlokale geeignet ... Stück 10 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Spiritus-Plätteisen 3.75 5.50 6.50
Spirituskocher .... 20, 30, 45, 65 Pf.
Spiritus-Gaskocher 1 Kochstelle 5.00 2 Kochstellen 11.00
Petroleumkocher 1 Kochstelle 2.25 2 Kochstellen 3.25
Gaskocher 1 Flamme, 1 Wärmstelle 3.75
Messerputzmaschinen 2.75 4.00 5.25
Messerputzmaschinen mit Schwungrad f. Hotels 10.50

Wandkaffeemühlen 90 Pf., 2.50 4.75
Eismaschinen 5.50 7.00 8.50 10.50
Reisebestecke ..... 40, 80, 90 Pf., 1.25
Holz-Gazespinde 4.75 5.75 6.75
Metall-Gazespinde...... 6.50 9.50 12.50
Gaze-Speiseglocken 22, 30, 35, 40 Pf.
Gurkenhobel....... 45, 65, 80, 95 Pf.

Aermelbretter 38 für die Reise, zusammenlegb. 70 Pf.
Gartenschläuche ...... 95 Pf., 1.35 1.90
Schlauchrollen 8.50 mit Rädern 10.50 13.00
Rasenmähmaschinen 16.00 17.50
Blumengiesskannen grün lack. 30, 40, 65 Pf.
Gartengiesskannen lackiert . 1.35 2.00 2.25
Blumenspritzen... 30, 45, 85 Pf., 1.00

Zink-Waschwann. u. Zober 7.25 9.25 11.00
Sitz-Badewannen 7.50 9.00
Wäschemangeln 16.50 19.50
Schaukel-Badewanne 25.00 27.50 30.00
Waschtöpfe m. Sieb und Deckel 2.45 2.75 3.00
Wind- od. Balkonleuchter 85 Pf., 1.25
Reisekleiderbügel zusammenschlabb. f. Herr. u. Dam.-Kleid. 18 Pf.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 18. Juni cr., abends 8½ Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142:

Oeffentliche politische Versammlung

Tagesordnung:

1. **Verfassungsfragen.**
   Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**
2. Diskussion.

229/11* Der Einberufer: **Gustav Laukant,** Norduser 11.

Deutscher Buchbinder-Verband Zahlstelle Berlin.
Verband der Sattler u. Portefeuiller Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 5½ Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstraße 27:

Versammlung

aller in der

Album-, Mappen- u. Galanteriewaren-Industrie

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. **Wie begegnen wir der fortgesetzten Mißachtung der tariflichen Bestimmungen durch die Fabrikanten?** Referent: Kollege **Richard Würzberger.** 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in dieser Versammlung in Massen! 24/14

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter
und -Arbeiterinnen Deutschlands. — Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! **Mitglieder!** Achtung!

Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 8½ Uhr, bei Wilke, Sebastianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **A. Ritter** über: **„Tarifverträge".** 2. Diskussion. 3. Antrag des Vorstandes betreffs Vorstandssitzung.

Da die Tagesordnung äußerst wichtig ist, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. 76/10

Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

1. **Bezirk:** Mittwoch, den 19. Juni, beim Kollegen **Abraham,** Norduser 9.
2. **Bezirk:** Donnerstag, den 20. Juni, beim Kollegen **Wernicke,** Ackerstraße 123.
3. **Bezirk:** Mittwoch, den 19. Juni, beim Kollegen **Schmidt,** Lichtenberger Str. 16.
4. **Bezirk:** Mittwoch, den 19. Juni, beim Kollegen **Preuß,** Holzmarktstraße 65.
5. **Bezirk:** Mittwoch, den 19. Juni, beim Kollegen **Borgfeld,** Rostizstraße 29.
6. **Bezirk:** Mittwoch, den 19. Juni, beim Kollegen **Loewe,** Holzgartenstraße 6.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.

73/10 **Die Ortsverwaltung.**

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin Süd, Oranienstr. 158.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Paletots, Ulster etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. Damen-Kostümstoffe, Damentuche „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M., Loden f. Pelerinen Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.
Abonnenten erhalt. 10% Rabatt.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. — Greif-Apotheke, Barminstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg.

Pollmanns **Bandagen-**Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 18. Juni 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Rose. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Der Großglockner, Gastein, Salzburg.
Deutsches. Geschlossen.
Komische Oper. Heiligenwald.
Westen. Geschlossen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Der Kompagnon.
Schiller Charlottenburg. Gefährtin Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Sanatorium Sonnenstich.

Anfang 8½ Uhr.

Lessing. Vergnügungsreise.
Neues Schauspielhaus. Parkettsitz Nr. 10.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Folies Caprice. Parisiana-Ensemble.
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8½ Uhr.

Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Neues Volkstheater. Der Königsleutnant.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Schiller-Theater O. Gallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nachruhm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hohe Politik.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn.
Hierauf: **Die Medaille.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Konzert.

Theater des Westens
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Abends 7½ Uhr:
Auf der Gartenbühne: **Juhu! Es ist erreicht.**

Metropol-Theater, Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Das Tagesgespräch Berlins!!!
10 große Attraktionen.
Raffayettes Wunderhunde.
Paul Beckers.
u. s. w.

Heute, Dienstag, den 18. Juni,
nachmittags von 4 Uhr ab:

Treffpunkt der Delegierten

zum IX. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

sowie aller Freunde und Gönner der Genossenschaftsbewegung

im

LUNAPARK

Kurfürstendamm (Halensee).

105/3

Großes Brillant-Feuerwerk. ❀ Doppel-Konzert.

Eintrittskarte im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 1 M. — Kinder unter 10 Jahren frei. Karten sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft zu haben.

N.B. Wir bemerken ausdrücklich, daß Differenzen irgend welcher Art nicht mehr bestehen. Siehe auch die Notiz der Lokalkommission in der heutigen Nummer.

Hagenbecks Indien-Berlin
Tempelhofer-Feld

Täglich: Große Vorstellungen

von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends geöffnet.
Entree 50 Pf. Res. Sitzplätze: Loge 2 M., 1. Tribüne 1.50 M. 2. Tribüne 1 M.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: **Theater und Varieté.**
Anfang wochentags 8, Sonntags 5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli: Erklass. Spezialitäten u. „Rosen a. d. Süden", gr. Operettenburleske

---

Berliner Ulk-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß neu:
Sanatorium Sonnenstich.
Burleske von Meysel.
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Residenz-Lichtspiele.
Blumenstr. 10.
Das neue Programm enthält u. a.:
Die Rosen von Theben.
Drama aus d. Zeit d. Pharaonen.
Moritz und sein Bild.
Humoreske, gespielt v. Exc. Prince.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Anfang 4½ Uhr.
O, diese Berliner!
Ausstatt.-Posse von Freund.
Musik von Einödshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. × BALL.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

IKLA
Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Sold. 25 Pf. 50 Pf.

LUNA PARK
Heute Dienstag:
Pracht-Feuerwerk ohne Preiserhöhung!
Dieselben Darbietungen wie an Elftetagen.
Entree 50 Pf.
Kinder bis 6 Uhr frei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Die Freundschaft mit dem „Kornfranck" trägt jeder Frau nur Nutzen ein.

Schmackhaftes Gemüse erzielen Sie mit einigen Tropfen **MAGGI's Würze.** Erst beim Anrichten beifügen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1569R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalleren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.

Salonplüsch-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,65, 7,50, 8,50 usw.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,33, 12,85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1642R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Sozialistische Bilder, Büsten, Fahnen, Stocklaternen usw. Max Richter, Berlin O., Friedrichsfelderstraße 20. 1966b*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67. *

Teppiche! Riesenauswahl! darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 36,00. Teppich-Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis! *

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580R*

Klappsportwagen, herrschaftlich, nagelneu, billig. Exerzierstraße 21 b, II links. †48

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Papageien, prima Sprecher. Restaurant, Kommandantenstraße 52.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten, Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl, Plüschtischdecken, Steppdecken, Goldsachen, Taschenuhren, Wanduhren, Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Geschäftsverkäufe.

Gemüse-, Kolonialwaren, Rolle verkäuflich Templinerstraße 15. †16*

Zigarrengeschäfte, An- und Verkauf vermittelt provisionsfrei Georg Rokahr, Klosterstraße 63, Tabakgroßhandlung. 1514R*

Seifengeschäft, besseres, wegen Auslandsreise, Charlottenburg, Waldstraße 14. †75

Kohlengeschäft mit Wohnung, billige Miete, für Inventarpreis zu verkaufen. Zu erfragen bei Wilk, Tegeler Weg 101, Charlottenburg.

Reell! Obst-, Gemüsegeschäft billig, schöne Zweizimmerwohnung. Korsörerstraße 7. †20

Kantine verkäuflich, 32 Halbe, viel Weißbier, große Brauereibüfette, wegen Verzuges nach außerhalb. Seeger, Sebastianstraße 15. 2122b

Möbel.

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden gegen moderne Möbel eingetauscht. Zuzahlung in Raten. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Gossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße.

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1559R*

Ausnahme-Angebot bis 1. Juli cr. Prima Plüschsofa 54,00. Sofaumbau mit Seitenschränke 63,00. Chaiselongue 25,00. Seidengarnitur 190,00. Altmahagoni Salon, enorm preiswert. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1637R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 139,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Gelegenheitskauf. 200 komplette Zimmer, welche 50 Prozent ermäßigt sind, passend für Brautleute, darunter wunderbare Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, herrliche Küchen, Sofas 25—50, Ankleideschränke, Umbaue, mahagoni Büfetts, Schreibtische, Piano. Andreasstr. 30, geradeüber Markthalle, sowie Grünerweg 85, Dwinatzki. 1650R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Die in unseren Speicherräumen in Massen lagernden Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen gelangen in beiden Geschäften zum spottbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit versäumen. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg und Brückenstraße 6 (Yannowitzbrücke), Laden. 2113b*

Nach Schluß der Saison finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen reiche Auswahl in Musterzimmern jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Sehenswert für Brautleute und Pensionsinhaber. Herrenzimmer, Eiche, schwer, Chaiselongue, Lederstühle 231,—, Schlafzimmer 246,—, moderne Wohnzimmer, echt Nußbaum furniert 192,—, moderne Küchen, achtteilig 55,—, Bettstelle mit Patentboden 27,—, Kleiderschrank 24,—. Keine sogenannten Gelegenheitskäufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung. Langjährige Garantie. Möbelhaus Ostrowski, Schöneberg, Hauptstraße 50, Moabit, Turmstraße 73, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1508R

Sofa, fast neu, mit Wandgobelin, 8 Stühle billig zu verkaufen Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1 Treppe. 1564R*

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1626R*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Schleunigster Verkauf einer neuen Nußbaumwirtschaft mit hochmodernen Küchenmöbeln, sämtliche Wirtschaftsartikel, Teppich, 195,00. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. *

Verkäuflich: (Händler unerwünscht) Moderne Wirtschaft. Prachtvolles Büfett, Herrenschreibtisch, elegantes Plüschsofa, Umbau, Ankleideschrank, Englischbetten, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Gaskrone, mehreres. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. (Anzutreffen 9—1.) 98/8

Stube, Jugendstil, Prachtküche mit Zubehör verkauft schnellstens Brautleuten, auch Teppich, Bilder, Krone, sämtliche Kleinigkeiten, passend Brautleute, spottbillig Weinmeisterstraße 2 I. 98/6

Kleiderspind, Kommode, Waschtoilette, alt, kauft Frau Kluck, Gartenstraße 39, Preisangabe.

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Bedingungen. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31.

Bilder.

Die künstlerisch ausgeführten Singer—Liebknecht—Bebel-Bilder bekommen Sie nur Kunstverlag „Veritas", Stralauer Brücke 3, 1 Treppe. 1993b*

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Fahrradindustrie, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter-Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1520R

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Reste.

Fränkels Resterhandlung, Kottbuserstraße 2, unter Fabrikpreis: Herrenstoffe, Damenstoffe, Seide, Besatzartikel, Futterstoffe. 1484R*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Platina, alte Goldsachen, Silbergebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 1659R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,80, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Platigold, Goldwatten, Gummiabfälle höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte, Zahle höchste Preise. Kaska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hallmannstraße 30. *

Metallabfälle kauft Kottbuserstraße 8, Hof parterre. 2058b*

Kaufe Kupfer, Kilogramm 1,10, Messing 0,76, Zink 0,34, Blei 0,22. Schermer, Rüdersdorferstraße 21.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 224/17*

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platinaabfälle, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend, Edelschmelze, Dresdenerstraße 132, nahe Oranienplatz. 98/4*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Lewandowsky-Sänger, Quitzowstraße 105. †7*

Jeschek-Ensemble, brillante Neuheiten. Gethsemanestraße 3. †100*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 93/19*

Nähmaschinenreparaturen sachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2056R*

Schäferhund, junger, deutscher, 12 Wochen alt, entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung bei Thum, Salzwedelerstraße 4. 265/17

Stiefelputzmaschine, die beste der Gegenwart, gesetzlich geschützt, fertigt für Hotels, Gastwirtschaft und Hausgebrauch. Auch Reisende, Hausierer oder Leute, die es werden wollen, werden verlangt bei Römmelarth, Fruchtstraße 65. Meldungen 5 bis 9 abends. 2101b

Aufpolsterung, Matratzen 4,00. Sofa 5,00, im — außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 98/7

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstag. Hermann Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 2125b

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, auch anständige Damen. Manteuffelstraße 72, vorn II rechts.

Schlafstellen.

Schlafstelle, möbliert, für Fräulein, Neue Schönhauserstraße 16, Lipke. 2106R*

Möblierte Schlafstelle Moritzstraße 15, vorn I rechts. 2119R

Möblierte Schlafstelle an 1 bis 2 Herren vermietet Witwe Schmöfer, Hasenheide 55. 2120b

Schlafstelle, allein, Wattstraße 5, rechter Seitenflügel II, Frau Scheffler.

Mietsgesuche.

Zimmer bei Musikliebenden gesucht, Klavier, Geige vorhanden, Zusammenspielen. „Für 2 Freunde", Postamt 14. 2111b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Herren zum Vertrieb der künstlerisch ausgeführten Singer-Liebknecht-Bebel-Bilder gesucht. Auch als Nebenverdienst. Persönlich 9—12, 3—6. Kunstverlag Veritas, Stralauer Brücke 3 I. 1670R*

Zwei tüchtige Bauschreiner sucht für sofort Sim. Sommer, Werdohl i. W. 1678R

Phantasiefedern. Geübte Arbeiterinnen werden in und außer dem Hause bei den höchsten Löhnen beschäftigt. Louis Fünkenstein u. Co., Dresdenerstraße 50/51. 95/18*

Lehrmädchen gegen sofortige Vergütung für Phantasiefedernfabrikation und Lager gesucht. Louis Fünkenstein u. Co., Dresdenerstraße 50/51.

Parteigenosse,

früh. Lehrer, Dissid., vielseit. begabt, schriftstell., journal. u. redakt. erfahr., anerkannt gut. Redner, Stenotypist, sucht für 1. Juli od. später geeignete Existenz. Offerten unter **M. 1** an die **Hauptexpedition des „Vorwärts".** 2081b*

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik der Lohndifferenzen sind gesperrt:

Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.

Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthney, Schlesische Straße 32.

Erzgebirgische Holzindustrie in Brand, Filiale Dessauer Str. 36

Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

An die Parteidruckereien!

Der **Faktor** einer **Parteidruckerei** ist infolge geschäftlicher Dezentralisation gezwungen, sich anderweit eine passende Position zu suchen. Beste Zeugnisse und Referenzen zu Diensten. Gefl. Angebote erbeten unter **R. 1** an die Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstr. 69.

(Bitte ausschneiden und aufbewahren!) 2118b*

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Halensee T. B. steht uns der Luna-Park zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

6. Wahlkreis!

Bei der am Sonntag erfolgten Urabstimmung zur Wahl des dritten Angestellten wurden 5969 Stimmen abgegeben.

Es erhielten: Bittorf 778 Stimmen, Frank 1801 Stimmen, Joseph 1755 Stimmen, Luckow 369 Stimmen, Wolgast 1171 St., ungültig waren 100 Stimmen.

Da keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhielt, findet am Sonntag, den 23. Juni, Stichwahl zwischen Frank und Joseph in der Zeit von 10—1 Uhr in denselben Lokalen statt.

Teltow. Am Mittwoch, den 19. Juni, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von W. Bonow, Berliner Str. 16. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Wuschitzki über: Die Entwicklung des Kapitalismus. Genossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Außenspielplätze für Ferienspiele.

Den Eltern, die ihre Kinder während der Ferien nach den Außenspielplätzen senden wollen, werden die folgenden Mitteilungen schon heute willkommen sein: Die städtischen Ferienspielplätze werden den Kindern der Berliner Volksschulen auch in diesem Sommer eröffnet werden und zwar für die Zeit vom 8. Juli bis 10. August. Es sind dies die folgenden sechs Außenspielplätze: 1. Grunewald, unweit dem Bahnhofe Eichkamp; 2. Plänterwald in Treptow und zwar der große Platz in der Nähe des Restaurants „Altes Eierhäuschen"; 3. Buch, mitten im Walde bei der Försterei; 4. Wartenberg; 5. Blankenfelde I und 6. Blankenfelde II, eine gute halbe Stunde hinter Nordend, links von der Blankenfelder Chaussee, hinter den städtischen Schulgärten. Diese Terrains sind ohne Zweifel sowohl an Größe, als auch nach Bodenbeschaffenheit die vorzüglichsten Spielplätze der Stadt Berlin. Sie sind während der Ferien für das Publikum gesperrt, haben große Unterkunftshallen, die bei plötzlich eintretendem Unwetter genügenden Schutz gewähren, und bieten den Kindern jede nur erdenkliche Sicherheit gegen die Gefahren der Straße. Die Ausflüge finden täglich, außer Sonntags, bei gutem Wetter, auch bei bedecktem Himmel statt. Das Recht der Beteiligung haben sämtliche „schulpflichtige" Knaben und Mädchen; will ein Kind „jüngere" Geschwister mitbringen, so soll es am Tage vorher auf dem Spielplatze dies dem Oberleiter sagen, muß aber selbst auf die Kleinen hübsch aufpassen, daß ihnen nichts passiert. Sämtliche Kinder finden sich des Morgens gegen ½8 Uhr auf den „Sammelstellen" ein; für jeden Außenspielplatz gibt es 7 und zwar:

Für Grunewald: 1. Derfflingerstr. 18a, 2. Quitzowstr. 115, 3. Levetzowstr. 26, 4. Rostocker Str. 35, 5. Bremer Str. 13/17, 6. Culmstr. 15 und 7. Gneisenaustr. 7.

Für Plänterwald: 1. Schlesische Str. 4, 2. Wrangelstr. 128, 3. Reichenberger Str. 131/132, 4. Britzer Str. 17/18, 5. Naglerstr. 6, 6. Schmidstr. 38 und 7. Alte Jakobstr. 127.

Für Buch: 1. Ravenéstr. 12, 2. Kesselstr. 3, 3. Müllerstr. 158/159, 4. Schulstr. 99/100, 5. Putbuser Str. 23, 6. Ackerstr. 67 und 7. Albrechtstr. 20.

Für Wartenberg: 1. Markusstr. 49, 2. Rigaer Str. 81/82, 3. Strausberger Str. 8/9, 4. Rüdersdorfer Str. 4/5, 5. Litauer Straße 18, 6. Straßmannstr. 6 und 7. Olivaer Str. 19.

Für Blankenfelde I: Briesener Str. 22, 2. Greifenhagener Straße 26, 3. Sonnenburger Str. 21, 4. Senefelder Str. 6/7, 5. Christburger Str. 14, 6. Prenzlauer Allee 227/228 und 7. Keibelstraße 31/32.

Für Blankenfelde II: 1. Prinzenallee 8, 2. Christianiastr. 36/39, 3. Kastanienallee 82, 4. Stralsunder Str. 54, 5. Gartenstr. 107a, 6. Zehdenicker Str. 17/18 und 7. Gipsstr. 23a.

Es steht den Eltern vollständig frei, zu bestimmen, welchen Außenspielplatz ihre Kinder besuchen sollen; doch wird es sich empfehlen, die der Wohnung am nächsten liegende Sammelstelle zu wählen. Gegen 8 Uhr beginnt der Abmarsch; in geschlossenem Zuge begeben sich alle Kinder unter Leitung eines Lehrers und einer Lehrerin nach der Abfahrtstelle der elektrischen Straßenbahn.

Nach Buch fahren die Kinder mit der Eisenbahn. Die Beförderung geschieht ausnahmslos mit Sonderwagen. Von der Endstation marschieren sie, jeder Zug mit besonderer Fahne, unter fröhlichem Gesang bis zum nahen Spielplatze, machen es sich daselbst im duftenden Grase bequem, bauen ihre Zelte auf, lagern sich und frühstücken. Unterdessen ist frische Milch eingetroffen, von der jedes Kind einen halben Liter erhält. Dann beginnt das gemeinsame und vor allem „geordnete" Spiel unter Anleitung besonders dazu ausgebildeter Lehrer und Lehrerinnen; und es ist für unsere Jugend von nicht zu unterschätzendem Werte, daß sie spielen lernen, was sie als Großstadtkinder aus naheliegenden Gründen leider nicht können. Für Abwechselung sorgen die Spielgeräte, die in allen nur möglichen Arten vorhanden sind, ganz besonders die so beliebten Faustbälle. Von 12 bis 2 Uhr ist Mittagpause; zu ihren mitgebrachten Mundvorräten erhalten die Kinder Maggisuppe „nach Belieben"; auch hier ist für tägliche Abwechselung gesorgt. Auf jedem Platze ist eine große Küche, und die Kochfrauen bereiten in riesigen Kesseln das Mittagbrot, das Lehrer und Lehrerinnen mit den Kindern gemeinschaftlich verzehren. Es ist dringend zu empfehlen, daß sich jedes Kind Napf und Becher aus Emaille (nicht aus Porzellan oder Glas!) und einen Eßlöffel mitbringt.

Nachmittags wird wieder anderthalb Stunden fleißig gespielt und um 4 Uhr wird Kaffee getrunken, zu dem jedes Kind zwei Stück Backware erhält. Bis gegen ½6 Uhr können sich alle nach eigenem Ermessen beschäftigen, ohne jedoch den Platz verlassen zu dürfen. Dann beginnt der Aufbruch. In geschlossenen Zügen gehts zu den bereitstehenden Wagen. Nach der Ankunft werden „sämtliche" Kinder wieder bis zur Sammelstelle zurückgeführt und können spätestens um 8 Uhr in der elterlichen Wohnung sein.

Die Kinder haben für alles, Fahrt eingerechnet, einen täglichen Beitrag von 20 Pf. zu leisten. (Die nach Buch mitfahrenden Kinder müssen 30 Pf. bezahlen; das zweite Kind ein und derselben Familie zahlt nur 20 Pf., das dritte Kind 10 Pf., das vierte Kind und die folgenden sind gänzlich frei.) Einige Gruppen von Kindern können um „Freikarten" einkommen; diese werden für sämtliche Plätze ausgegeben und befreien für die gesamte Ferienzeit gänzlich von jedem Beitrag. Diese Vergünstigung erhalten als Waisen, Halbwaisen und Pflegekinder, ferner alle die Kinder, welche in der Schule Speisemarken bekommen, und schließlich die vierten und folgenden Kinder ein und derselben Familie, wenn — wie gesagt — auch mehr als drei mitkommen. Wer eine Freikarte haben möchte, soll sich rechtzeitig bei dem Rektor seiner Schule melden, der das weitere dann veranlaßt. Wer das versäumt hat, kann auch noch während der Ferien auf dem Außenspielplatze bei dem Oberleiter um eine Freikarte bitten.

Es sei noch erwähnt, daß für eventuell vorkommende Unglücksfälle alle notwendigen Vorkehrungsmaßregeln auf den Plätzen getroffen sind.

Die Kinder, welche den Plänterwald besuchen, können auch an dem täglichen unentgeltlichen Baden im „Kaiserbad" teilnehmen.

Eine Sondereinrichtung sind die „Innenspielplätze", das sind besonders geeignete Schulhöfe, die täglich von 9—12 und 3—7 Uhr für „schulpflichtige" Kinder geöffnet sind, und zwar folgende: 1. Krautstr. 43, 2. Christburger Str. 14, 3. Danziger Str. 23, 4. Ruppiner Str. 47/48, 5. Zehdenicker Str. 17/18, 6. Auguststr. 67/68, 7. Turmstr. 75, 8. Köpenicker Str. 125, 9. Gubener Str. 53, 10. Reichenberger Str. 131/132, 11. Skalitzer Str. 55/56, 12. Samariterstr. 19/20, 13. Petersburger Str. 4 und die großen Plätze Am Urban und in der Bremer Straße. Auf diesen Innenplätzen können die Kinder (unter Beaufsichtigung eines Lehrers) nach Belieben spielen.

Der Ausschuß des Zweckverbandes Groß-Berlin trat gestern mittag im Berliner Rathause zu einer längeren Beratung zusammen, in der der Verbandsdirektor Dr. Steiniger kurz über seine Audienzen beim Kaiser und die dort angeregten Waldbesichtigungsfahrten berichtete. Den Hauptpunkt der sich an diesen Vortrag anschließenden Erörterungen bildete die Frage der Besetzung der höheren Verbands-Beamtenposten, vor allem den eines Städtebauers, eines Verkehrstechnikers und eines Juristen. Die Wahl dieser Beamten soll am nächsten Montag in der Verbandsversammlung stattfinden. Es wurden dazu in der gestrigen Sitzung eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Es wurde nach längerer Debatte unter den Mitgliedern über die vorzuschlagenden Kandidaten eine Einigung erzielt. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, die Besichtigung der Wälder im Osten Berlins am Mittwoch vorzunehmen. Des weiteren beschäftigte sich der Verbandsausschuß mit einem Vertrage der Gemeinde Treptow mit den Berliner Elektrizitätswerken und stimmte den von der Gemeinde beantragten Aenderungen zu. Weiter äußerte sich der Verbandsausschuß gutachtlich und zustimmend über die Anwendung neuer baupolizeilicher Anordnungen der Gemeinde Friedrichsfelde.

Der Postbahnhof in der Luckenwalder Straße, an dessen innerem Ausbau noch fleißig gearbeitet wird, bietet mit seinen stattlichen Gebäuden und langgestreckten Hallen schon heute einen interessanten Anblick dar. Zwischen den schmucken Vordergebäuden, deren eines das Bahnpostamt 1 beherbergt, führt eine breite Einfahrt unter den Hochbahnviadukten hindurch nach dem geräumigen Posthof. Die beiden Längsseiten desselben nehmen links die Ankunfts-, rechts die Abgangspacklammer ein; die letztere hat sich der großen S-Kurve der Hochbahn Warschauer Brücke—Zoologischer Garten anbequemen müssen. Den langgestreckten Hof schließt ein Querflügel der Abgangspacklammer ab. Hinter diesem münden 12 Gleispaare ein, von denen die an der linken Außenseite gelegenen in die obere Etage der Ankunftspacklammer hineinführen. Hier war ein Viadukt anzuordnen, unter welchem Privatanschlußgleise nach den benachbarten Fabrikanlagen führen. Zwischen den übrigen Gleisen, die sich bis zur Hochbahn erstrecken, befinden sich zwölf Postbahnsteige. Hier werden die Gepäckwagen der Eisenbahn Aufstellung nehmen, um mit den herangerollten Paketen beladen zu werden. Die Abgangsbahnsteige werden gegenwärtig planiert und die Gleise gelegt. Schwierigkeiten macht die Einführung der Gleise vom Anhalter Bahnhof her. Hier muß von dem Grundstücke Trebbiner Str. 7a ein dreieckiges Trennstück erworben werden. Da dies im Wege der Enteignung geschieht, erscheint es fraglich, ob der Postladebahnhof bei seiner Betriebseröffnung im nächsten Frühjahr schon Anschluß an die Gleisanlagen des Anhalter Bahnhofs wird erhalten können.

Gattenmord.

Sonntag vormittag gegen 8¾ Uhr wurde die von ihrem Ehemann getrennt lebende 25 Jahre alte Zimmervermieterin Rosa Zinke, geb. Doebel, im Schlafzimmer ihrer im Hause Flottwellstraße 13 im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung, nur mit einem Hemde bekleidet und am Fußboden liegend, erdrosselt aufgefunden. Der Täter ist der 36 Jahre alte Ehemann, der Buchhalter Julius Zinke, der zurzeit in Kosten (Provinz Posen) in einer Zuckerfabrik beschäftigt war. Er war Freitag nach Berlin gekommen und wollte seine Frau überreden, wieder zu ihm zu kommen. Nachdem sie das abgelehnt hatte, hatte er sie nachts mit einer zugeknoteten Gardinenschnur erwürgt und ist dann geflüchtet. Der flüchtige Mörder ist der Sohn eines vor etwa sechs Jahren verstorbenen Mühlenbesitzers aus Graetz in der Provinz Posen. Nach dem Tode seines Vaters kam Z. nach Berlin. Hier bemühte er sich vergeblich, irgendeine dauernde Stellung zu erlangen. Auch nachdem er sich verheiratet hatte, konnte er in keinem Beruf festen Fuß fassen. Er war deshalb sehr häufig auf den Verdienst und die Ersparnisse seiner Frau und die Unterstützungen seiner Verwandten angewiesen. Unter diesen Umständen war eine unglückliche Ehe die unausbleibliche Folge. Z. ergab sich auch schließlich noch dem Trunk und mißhandelte die Frau häufig. Einmal bedrohte er sie so schwer, daß Nachbarn die Polizei herbeiriefen, die dann den Wüterich festnahm und ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen ließ. Die Aerzte erklärten ihn aber für geistig gesund. Einige Zeit nach jenem Vorkommnis blieb Z. dann ruhig, bald aber fing das alte Leben von neuem an, bis schließlich die Frau die Geduld verlor und es vorzog, sich von ihrem Manne nach kaum dreijähriger kinderloser Ehe zu trennen und zu ihrer Mutter zu ziehen. Allen Versuchen seitens des Ehemannes, sich mit ihr wieder zu vertragen, setzte sie Widerstand entgegen. Verwandte nahmen sich vor einigen Monaten des Mannes an und verschafften ihm in Kosten eine Stellung als Buchhalter. Von dort aus schrieb er häufig an seine hier in der Flottwellstraße 13 wohnende Frau und suchte sie unter allen möglichen Versprechungen zu bestimmen, wieder zu ihm zu ziehen. Als seine Briefe unbeantwortet blieben, reiste er vor einigen Tagen nach Berlin. Hier fand er auch merkwürdigerweise bei seiner Frau vorläufig Aufnahme, die sich schließlich anscheinend geneigt zeigte, mit ihm nach Kosten überzusiedeln, wie verschiedene Anzeichen von Reisevorbereitungen vermuten lassen. Was nun am Sonnabend zwischen dem Ehepaar vorgekommen ist und was sich in der Mordnacht in der Wohnung zugetragen hat, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Es scheint zwischen dem Paar, nachdem es sich zu Bett begeben hatte, noch eine scharfe Auseinandersetzung stattgefunden zu haben. Wahrscheinlich hat sich eine Eifersuchtsszene abgespielt, und in seiner Raserei hat der Mann die Frau gewürgt, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Die Schnur hat er ihr um den Hals geschlungen, um vielleicht einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Frau muß sich sehr heftig zur Wehr gesetzt haben, denn man fand in dem Bett ein vollständig zerfetztes mit Blut beflecktes Hemd, das dem Mann gehörte und das er zurückgelassen hat. Wie die Polizei ermittelte, hat Z. das seiner Frau gehörige Portemonnaie mit Inhalt an sich genommen. Die Leiche der Frau wurde nach dem Schauhause gebracht und die Verfolgung des Täters sofort aufgenommen. Die kriminalpolizeilichen Ermittelungen nach dem Täter erstreckten sich auf ganz Berlin und die Vororte, hatten aber bis in die späte Nachtstunde noch keinen Erfolg. Zinke ist etwa 1,65 bis 1,70 Meter groß, hatte volles rundes Gesicht, kleinen dunkelblonden Schnurrbart und am Kinn eine ziemlich auffällige Narbe. Er hat eine große Glatze, die von einem blonden Haarkranz umgeben ist und dunkelblaue Augen; er ist von kräftiger Figur, mit einem dunkelgrünen Rockanzug bekleidet, trug einen imitierten Panamahut und schwarze Schnürschuhe. Die Kriminalpolizei hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Mörder bereits Selbstmord begangen hat. Die betagte Mutter der Ermordeten, Frau Doebel, ist infolge der furchtbaren Aufregung, in die das Verbrechen sie versetzte, gefährlich erkrankt.

Gegen das Vorschulwesen

hat sich in seiner letzten Sitzung auch der Lehrerverein in Britz ausgesprochen. Nach einem Vortrage über „Die allgemeine Volksschule" kam zur Sprache, daß die Gemeindevertretung beabsichtigt, zum 1. April 1913 eine Vorschule und die X. und IX. Klasse einer höheren Töchterschule zu eröffnen. Einstimmig beschloß der Verein folgende Resolution:

1. Der Lehrerverein Berlin-Britz hat von der beabsichtigten Gründung höherer Schulen im Interesse des Ortes mit Befriedigung Kenntnis genommen.

2. Er bedauert aber, daß dieselben nicht auf den unteren Klassen der allgemeinen Volksschule aufgebaut, sondern daß mit diesen Anstalten besondere Vorschulklassen verbunden werden sollen.

3. Gegen die Einrichtung von Vorschulen sprechen folgende soziale und pädagogische Gründe:

a) Abgesonderte Vorschulklassen für Knaben und Mädchen sind Nährwurzeln des Kastengeistes, während Staat und Gemeinde doch sozial erziehlich wirken sollen.

b) Durch die Einrichtung von Vorschulen wird die Volksschule zur Armenschule.

c) Der Einwand, daß die Kinder bessergestellter Eltern durch das Zusammensein mit ärmeren Schülern in sittlicher Hinsicht gefährdet würden, entspricht nicht den Tatsachen, da keineswegs nachgewiesen ist, daß Wohlhabenheit und Gesittung immer gleichbedeutend sind. Es findet vielmehr eine wohltuende gegenseitige Beeinflussung in erziehlicher Hinsicht statt.

4. Aus diesen Erwägungen heraus bittet der Lehrerverein, die höheren Schulen auf dem gemeinsamen Unterbau der allgemeinen Volksschule, wie dies in Süd- und Westdeutschland bereits der Fall ist, dergestalt aufbauen zu wollen, daß die Schüler nach dem 3. oder 4. Schuljahr in die Sexta des Gymnasiums resp. in die 7. Klasse der höheren Töchterschule übertreten können.

Bekanntlich stehen auch die Berliner Lehrer auf dem gleichen Boden; aber die Berliner Kommunalfreisinnigen errichten auch ferner noch Vorschulen, obwohl sie nach ihrem Programm Gegner der Vorschulen sind.

Eine neue Gemeindedoppelschule, die 221. und 281. Schule in der Goßlerstraße, wurde gestern mit einer schlichten Feier eingeweiht.

Ueber ein eigenartiges Entmündigungsverfahren wird uns berichtet: Im März vorigen Jahres berichtete der „Vorwärts" über die Flucht eines Fräulein A. K. aus dem Irrenhause. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Dame schrieb an die Bourgeoisie des Westens Briefe mit dem Titel „An die Plutokraten". In diesen Briefen geißelte sie in humoristisch-satirischer Weise die Rolle dieser Plutokraten im Gesellschaftsleben. Nun war der Inhalt der Briefe so, daß die Empfänger wegen Beleidigung nicht klagen konnten, aber die Polizei wurde gegen die Dame scharf gemacht. Verwandte des Fräulein K. wurden dazu bewogen, den Antrag auf Entmündigung zu stellen. Der Kreisarzt Dr. Leppmann, welcher mit der Untersuchung der Dame betraut war, erklärte sie nach einem kurzen Verhör fürs Irrenhaus reif und fuhr im Auto mit ihr in eine solche Anstalt. Fräulein K. gelang es, aus dem Irrenhause zu entfliehen, und in der darauf folgenden Verhandlung wurde die Entmündigung aufgehoben. Nachher hörte Fräulein K., daß ihre Verwandten den Antrag zurückgezogen hätten, und glaubte nun, die Sache sei erledigt. Damit war sie aber im Irrtum. Am 1. Juni bekam sie eine Zuschrift, nach der der Staatsanwalt sich der Sache bemächtigt habe (in öffentlichem Interesse?) und daß durch Gerichtsbeschluß die Entmündigung ausgesprochen wäre. Hiergegen ist Widerspruch erhoben worden. Wenn alle Leute, die viel Briefe schreiben, als gemeingefährlich angesehen und ins Irrenhaus gesperrt werden, müssen noch viel mehr Irrenhäuser gebaut werden.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gesten nachmittag auf dem Abrißgrundstück Friedrich- Ecke Taubenstraße, wo erst am vergangenen Dienstag ein Bauarbeiter schwer verunglückte, indem ihm durch ein herabfallendes Rohr ein Fuß abgeschlagen wurde. Von dem gestrigen Unfall wurde der Zimmermann Gustav Schröder aus der Barnimstr. 9 betroffen. Dem 45 Jahre alten Mann fiel ein Eisenträger auf den Leib, so daß er schwere innere und äußere Verletzungen erlitt. Nachdem er auf der Unfallstation in der Kronenstraße die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Schröder ist verheiratet und Familienvater.

Zu den Fleischvergiftungen in Ober-Schöneweide wird berichtet, daß der Ober-Schöneweider Kriminalpolizei wiederum mehrere Fälle gemeldet worden sind, in denen Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt sind. Lebensgefahr besteht aber auch bei den schwerer Erkrankten zurzeit nicht. Die Untersuchung durch das königl. Medizinalamt hat ergeben, daß es sich um Paratyphus handelt, der zweifellos durch den Genuß des Schabefleisches hervorgerufen worden ist.

Unter dem Verdachte des Kindesmordes verhaftet wurde von der Schöneberger Kriminalpolizei am Sonnabend die 24jährige unverehelichte Anna Sch. aus der Ebersstraße. Das Mädchen hatte eine in der Hauptstraße wohnende Hebamme aufgesucht und wurde in deren Wohnung von einem Kinde entbunden. Mutter und Tochter verblieben vorläufig bei der Hebamme. Diese mußte bald darauf fortgehen, weil ihre Hilfe anderweitig gebraucht wurde. Als die Hebamme nach kurzer Zeit zurückkehrte, fand sie zu ihrem Erstaunen das neugeborene Kind, ein Mädchen, tot neben der Mutter im Bett liegend vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Säugling, der am Halse Würgemale und an Hals und Nase Blutspuren aufwies, nicht eines natürlichen Todes gestorben ist. Der Arzt erstattete deshalb bei der Polizei Anzeige. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle in der Maxstraße geschafft. Die Mutter wurde, da sie transportfähig war, mittels Krankenwagens als Polizeigefangene dem Schöneberger Krankenhause zugeführt.

Unangenehme Verwechselung. Vor der Beerdigung der beiden in der vergangenen Woche bei einem Bootsunfall verunglückten Füsiliere des 1. Garderegiments in Potsdam, hat sich eine unangenehme Verwechselung der beiden Leichen zugetragen. Während nämlich der Rekrut Dröge in seiner Heimat in Westfalen beerdigt werden sollte, hatte man die Leiche des mitverunglückten Schmidt eingesargt und weggeschickt. Dieser Irrtum wurde erst am anderen Tage festgestellt, als Schmidt eingesargt werden sollte. Die falsche

Leiche, die mittlerweile bereits in Westfalen angelangt war, wurde sofort zurückgeholt um mit der richtigen vertauscht zu werden.

Eine Mietstalerschwindlerin treibt seit kurzem in Berlin wieder ihr Unwesen. Sie meldet sich stets auf Zeitungsanzeigen, durch die Hausfrauen Dienstmädchen suchen. Die Schwindlerin, die etwa 18 bis 22 Jahre alt ist, legt sich die verschiedensten Namen bei. In einem Falle nannte sie sich Vogel, dann Hinze, später Fischer, Wenzel, Schulz usw. Jedesmal läßt sie ein Dienstbuch zurück, dessen Inhalt gefälscht ist und das eine plumpe Nachahmung des Berliner Polizeistempels trägt. Erst in den letzten Tagen haben sich sechs Hausfrauen gemeldet, die um den Mietstaler geprellt wurden. Die mittelgroße, schlanke Gaunerin hat mittelblondes Haar und ein sonnenverbranntes Gesicht. Mit der Kleidung wechselt sie, stets aber kam sie bisher mit Schürze und ohne Kopfbedeckung.

Ein Taschendieb, der mit dem künstlichen Gedränge „arbeitet", macht neuerdings wieder die Bahnhöfe unsicher. Zuletzt erbeutete er von einem Berliner Herrn auf der Durchreise in Hannover nicht nur das Portemonnaie und die Brieftasche mit Inhalt, sondern auch noch eine Krawattennadel, die allein 500 M. wert ist. Es ist eine goldene hufeisenförmige Nadel, die mit Brillanten besetzt ist und in der Mitte eine in Gold gefaßte runde Perle trägt. Der Dieb, der zwei Frauenspersonen als Helfershelferinnen zu haben scheint, ist etwa 25—28 Jahre alt und schlank und hat einen dunklen Schnurr- und Spitzbart. Wahrscheinlich ist er auch der Langfinger, der am vergangenen Sonnabend auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof einem russischen Offizier, der hier nach dem Süden durchreiste, beim Einsteigen die Brieftasche mit mehreren Fahrkarten und Auslandspässen stahl. Der Paß des Offiziers, mit dem der Dieb wahrscheinlich Mißbrauch zu treiben versuchen wird, ist vom russischen Ministerium ausgestellt worden und lautet auf einen Gardeulanenleutnant Alexander v. L. Ein zweiter Paß trägt den Namen des Dienstmädchens der Familie Steponida T.

Eine längere Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr ereignete sich am Sonntagabend im Westen Berlins. In der Weiche an der Ecke der Joachimsthaler Straße und des Kurfürstendamms hatte sich ein Stück Eisen von einem Bremsschuh festgeklemmt, so daß die Weiche nicht gestellt werden konnte. Infolgedessen mußten die Wagen der Linie D in der Richtung nach Schöneberg durch die Kantstraße über Kurfürstendamm verkehren. Durch Mannschaften der Bauabteilung der Straßenbahn wurde das Verkehrshindernis beseitigt. Die Störung dauerte von 7 bis 1/4 9 Uhr abends.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den 39 Jahre alten Steindrucker Max Michel aus der Thaerstr. 6 in den Tod getrieben. M. erhängte sich auf dem Hausboden. — Stellungslosigkeit und gekränktes Ehrgefühl haben den 20 Jahre alten Akrobaten Ernst Miesner aus der Christburger Str. 11 zum Selbstmord veranlaßt.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Arbeiterforderungen im Konklave. Vor 3/4 Jahren unterbreiteten die städtischen Arbeiter eine Reihe von Forderungen, deren Berechtigung im Petitionsausschuß und auch fast einmütig von der Stadtverordnetenversammlung anerkannt werden mußte. Dem Drängen der Arbeiter und den Attacken unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung setzte die Mehrheit trotzdem immer, allerdings mehr passiven Widerstand entgegen. Man verschanzte sich hinter allerhand Ausflüchten, operierte mit formalen Einwänden und Opportunitätsgründen. An sachlichen Argumenten war im Arsenal der Schachtelgruppe öde Leere. Endlich, als man anders nicht mehr ausweichen konnte, verpflichtete man sich, sofort nach der Eingemeindung die Materie zu erledigen. Nun aber wollten die Verschleppungsstrategen sie durch Ueberweisung an den Magistrat für dieses Jahr begraben. Zu dem Eingeständnis getrieben, daß sachlich gegen die Forderungen nichts zu sagen sei, mußten die Herren den neuen Verschleppungsversuch aufgeben. Es wurde beschlossen, den Magistrat aufzufordern, der nächsten Versammlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Unsere Genossen hatten mit Hinweis auf die allseitige Anerkennung der Berechtigung der Forderungen sofortige Zustimmung verlangt. Die Rechte des Hauses hoffte jedoch, durch die Ueberweisung an den Magistrat wenigstens noch etwas Zeit und wohl noch mehr zu gewinnen. Sie erleben dann auch in dieser Beziehung keine Enttäuschung. In der nächsten Sitzung haben die Stadtverordneten allerdings über eine Vorlage des Magistrats betr. Regelung der Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben zu beschließen — aber in der geheimen Sitzung! Daß die Vorlage das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hat, wird durch die Verweisung in die Geheimkammer genügend beleuchtet. Zur weiteren Illustration der Art, wie Arbeiterinteressen — nicht berücksichtigt werden, sei aber auch noch konstatiert, daß diese Vorlage unter den 33 Punkten der Tagesordnung den 30. Platz einnimmt! Diese Tatsachen geben der Vermutung Raum, man wolle durch geschäftlich-technische Manöver die Erledigung der Angelegenheit durch den Beginn der Ferien verhindern. Da eine Reihe Punkte der Tagesordnung Hausbesitzerinteressen stark berühren, und bei solchen Gelegenheiten manche sonst sehr wenig beratungswütige Herren eine unheimliche Beredsamkeit entwickeln, so ist an eine Beratung und Verabschiedung aller Vorlagen kaum zu denken. Wenn man glaubt, die Arbeiter würden sich jede Mißhandlung und Mißachtung schweigend gefallen lassen, dann täuschen sich die Herrschaften aber doch gründlich.

Neukölln.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde am Sonntagabend die gesamte Neuköllner Feuerwehr nach der Richardstr. 1 gerufen. Der Brand hatte eine starke Verqualmung herbeigeführt, so daß das Treppenhaus schließlich unpassierbar wurde. Die Feuerwehr mußte daher von der Straße aus über eine mechanische Leiter vordringen und erst durch Einschlagen des Daches Luft schaffen. Dann drangen mit Rauchschutzapparaten ausgerüstete Mannschaften gegen den Brandherd vor. Es wurde mit zwei Schlauchleitungen Wasser gegeben, doch zogen sich die Löscharbeiten fast 1 1/2 Stunden hin. Während des Brandes mußte der Straßenbahnverkehr in der Richardstraße (Linien 22, 27, 30 und 46) über eine halbe Stunde lang durch Nebenstraßen abgeleitet werden. Der Dachstuhl des Hauses ist zu einem erheblichen Teil zerstört. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen.

Tempelhof.

Die Wahlen der Beisitzer zum hiesigen Kaufmannsgericht finden am Freitag, den 21. Juni, in der Zeit von 6—9 Uhr abends im Gemeindesitzungszimmer, Dorfstr. 42 statt. Die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen trägt die Nummer 4.

Wahlberechtigt sind solche Handlungsgehilfen, die zur Zeit der Vornahme der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet und in Tempelhof beschäftigt sind. Ohne Legitimation kein Wahlrecht. Formulare sind bei der Polizeiwache, Dorfstr. 17, und in der Gerichtsschreiberei Dorfstraße 42, Zimmer 12, unentgeltlich zu haben. Weitere Auskunft erteilt das Verbandsbureau, Berlin, Münzstr. 25, Amt Königstadt 1622.

Nieder-Schönhausen.

Einen erfreulichen Sieg errangen unsere Genossen bei der am Sonntag und Montag stattgefundenen Gemeindewahl in der dritten Klasse. Bekanntlich hatte die Gemeindevertretung das Mandat unseres Genossen Hiege für ungültig erklärt, weil er nicht die Qualifikation eines Hausbesitzers haben sollte. Unsere Genossen stellten Hiege wieder auf und glaubten nun, daß derselbe die nach der Landgemeindeordnung vorgeschriebene Hausbesitzereigenschaft habe. Hiege vereinigte bei der gestern und vorgestern stattgefundenen Wahl 800 Stimmen auf sich, während es sein bürgerlicher Gegenkandidat nur auf 649 Stimmen brachte. Somit ist die Spekulation der Bürgerlichen, unseren Genossen das Mandat zu entreißen, erfreulicherweise zunichte gemacht worden.

Herzfelde.

Ein größeres Schadenfeuer kam in der Nacht zum Sonntag auf der Steuerschen Ziegelei in der Möllenstraße hierselbst zum Ausbruch. Es brannten dort drei Ziegelschuppen vollständig nieder. Eine weitere Ausdehnung des Brandes wurde durch das Eingreifen der Feuerwehr verhütet. Das ist bereits der dritte Schuppenbrand auf der genannten Ziegelei innerhalb kurzer Zeit. Uebrigens ruht der Betrieb auf dieser Ziegelei schon seit mehreren Wochen; die dort beschäftigten Arbeiter hatten die Arbeit niedergelegt, weil ihnen für ihre Tätigkeit kein Lohn ausbezahlt worden war.

Ober-Schöneweide.

Eine Illustration des Dreiklassenwahlrechts. Gegen die Ersatzwahl der 1. Klasse, in welcher der Fabrikdirektor Baron von der Ropp an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Schweitzer gewählt wurde, ist von unseren Parteigenossen Einspruch erhoben worden. Der Einspruch stützt sich auf die Tatsache, daß bei Vornahme der Wahl das nach der Landgemeindeordnung von der Wählerversammlung zu wählende Wahlbureau nicht vorhanden war. Es mag sehr schwierig gewesen sein, die geforderten zwei Beisitzer aus den Wählern zu stellen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 1. Klasse nur zwei Wähler, nämlich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Berliner Elektrizitätswerke zählt; waren nun nicht beide Vertreter bei Beginn der Wahl zur Stelle, so war man in Verlegenheiten. Lange Zeit hatte die 1. Klasse überhaupt nur einen Wähler; eine Ersatzwahl konnte unter diesen Umständen überhaupt nur im Anschluß an die Wahl einer anderen Klasse stattfinden, von der das Wahlbureau gebildet war. Treffender kann wohl die Unsinnigkeit des Dreiklassenwahlsystems nicht illustriert werden.

Bohnsdorf.

Ueber die Bildungsbestrebungen des Proletariats referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Schulz-Neukölln. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag entspann sich eine Diskussion, in welcher der Vorsitzende Genosse Kreckich die Schaffung eines Bildungsausschusses befürwortete. Dem stimmte die Versammlung zu und wählte die Genossen Mohr, Salzmann und Thomas als Mitglieder desselben. In den Wahlverein wurden drei neue Mitglieder aufgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Daß es durchaus nicht richtig ist, wenn die Unternehmer gegen eine kurze Arbeitszeit immer das Argument vorbringen, sie könne nicht eingeführt werden, weil dadurch die Leistung der Arbeiter zurückgehe, zeigen uns interessante Zusammenstellungen, die die Gewerkschaft der österreichischen Tabakarbeiterinnen veröffentlicht. In den letzten Jahren wurde die Arbeitszeit in den Tabakfabriken heruntergesetzt und sie hat mit dem 1. Januar 1910 die 51 stündige Woche erreicht. In den Tabakfabriken bestehen nur Akkordlöhne; nur einige Arbeiterinnen, die allgemeine Manipulationen verfehen, erhalten Wochenlöhne. So sehen wir aus diesen Zusammenstellungen, daß weder der Arbeiter einen Verdienstentgang, noch der Unternehmer ein Defizit erreicht, wenn die Arbeitszeit kürzer wird.

1901 waren in den sämtlichen Fabriken 41 364 Beschäftigte. Die Einnahmen der Tabakregie betrugen 220 076 106 Kronen und auf jeden Beschäftigten entfielen zu den Einnahmen 5320,47 Kronen. 1906 wurde die Arbeitszeit um 5 Viertelstunden herabgesetzt. Trotzdem erzeugten in diesem Jahre 41 445 Beschäftigte eine Einnahme von 245 743 947 Kronen, wozu jeder Einzelne 5920,91 Kronen verdiente. Als 1910 die Arbeitszeit neuerlich verkürzt wurde, erzielten 40 839 Beschäftigte eine Einnahme von 287 384 930 Kronen, von der jeder Einzelne durchschnittlich 7124,24 Kronen verdient hatte. Wollen wir noch weitere Beweise, so müssen wir den Reingewinn und die Fabrikationsunkosten in Rechnung stellen. 1901 betrugen die Fabrikationskosten 67 317 997 Kronen, der Reingewinn 132 758 109 Kronen. Der Jahresdurchschnittsverdienst der Arbeiter betrug 480,73 Kronen. 1906 hatten die Fabrikationskosten eine Höhe von 87 801 182 Kronen erreicht, der Reingewinn eine solche von 157 972 765 Kronen und die Arbeiter verdienten durchschnittlich 777,64 Kronen. 1910 aber waren die Fabrikationskosten nur auf 110 528 098 Kronen gestiegen, der Reingewinn aber auf 176 856 832 Kronen. Die Arbeiter verdienten 708,13 Kronen.

Wir sehen aus dieser Zusammenstellung, daß die Tabakfabriken trotz der verkürzten Arbeitszeit ihren Reingewinn beständig mehren konnten, daß ihre Fabrikationen durchaus nicht den Reingewinn aufgezehrt haben, der Unternehmer hat sein gutes Geschäft gemacht. Wenn der Verdienst der Arbeiter trotzdem nicht im Verhältnis zum Reingewinn gestiegen ist, so zeigt es uns nur, wie gering der Anteil der Arbeiter an dem Mehrwert ist, den sie schaffen. Diesem Uebelstand kann nur der Lohnkampf, kann nur die Organisation abhelfen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 6½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Vorwärts-Segler. 1. Ist uns nicht bekannt. 2. Ja. — **Wildau A. D.** Nachteiliges ist uns nicht bekannt. — **R. L. 32.** Ohne nähere Angaben nicht zu beantworten. — **F. R. 300.** Zehlendorf, Machnower Str. 22. — **S. K. 99.** Die fünf Fragen wird Ihnen der Verein für Feuerbestattung, Breite Str. 5, auf Anfrage beantworten. — **R. G. 25.** Fragen Sie im Berliner Gewerbesaal, Straßmannstr. 6, an. — **G. B. 100.** Landwirte benutzen neben anderen Salpeter. Sprechen Sie mit einem Landwirt. — **P. B. 100.** In zwei Worten überhaupt nicht. Das Wort bezeichnet die Partei, die auf die vollkommene gesellschaftliche und staatsbürgerliche Gleichheit zu gründende Gesellschaftsform hinarbeitet. — **Spaßvogel.** Paul, Professor, Reichspartei, Oberbarnim. — **W. W. 1912.** Jeder Bürger Berlins hat ein Anrecht, auf dem städtischen Friedhofe beerdigt zu werden. Der Preis der besonderen Grabstellen richtet sich nach der Wahl des Platzes. — **M. S. 26.** Praktischen Rat können Sie nur von einem Schiffsbautechniker erhalten. — **F. S. 999.** 1. Ende Juni. Reise im Herbst. 2. In jeder Baumschule käuflich. — **R. R. 99.** Nein. **B. R. 3.** 1. Polizeipräsidium. 2. und 4. Nein. 3. Ja. — **F. K. 180.** Nein. — **A. W. 3.** Am ersten Tage des Quartals. — **K. 100.** Nur für November. — **K. 18.** Die Ehe kann innerhalb 6 Monaten, vom Zeitpunkt der Erlangung der Kenntnis von den angegebenen Tatsachen, durch Klage angefochten werden. — **M. W. 670.** Das ist zulässig, wenn das Statut es bestimmt. — **Erich 100.** Es empfiehlt sich, bei der Schiffahrtsgesellschaft anzufragen. — **O. B. 1777.** 1.—3. Bei Ihrem Einkommen nein. 4. Klage beim Amtsgericht Bielefeld. — **F. M. 12.** Die Kündigung ist rechtswirksam. — **G. 1819.** Nein. Für den Fall der Pfändung intervenieren Sie. — **A. O. 31.** Sie müssen weiterzahlen und bei Weigerung auf Reparatur klagen. — **S. M. 76.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **S. 1.** Nur zivilrechtlich. — **M. J. 33.** Wenn Sie den Vertrag mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist unterschrieben haben, so ist diese maßgebend. — **R. W. 28.** Die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft muß der Scheidungsklage vorausgehen. — **B. 3.** 1. Erst dann, wenn ein Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß vorliegt. Dasselbe ist für die Reinickendorfer Sparkasse der Fall. 2. Das können wir nicht feststellen. Möglicherweise können Sie darüber bei der Dresdner Volkszeitung Auskunft erhalten. — **W. B. 26.** Fordern Sie Beseitigung des Ungeziefers unter der Androhung, daß Sie anderenfalls nicht zuziehen. Wenn Sie Ihre Behauptungen beweisen können und Abhilfe nicht erfolgt, brauchen Sie nicht zuzuziehen. — **T. 100.** 1. An die Haushaltungsgegenstände nicht, wohl aber an den sonstigen Nachlaß. 2. Ein Viertel. Ihre Frau ebenfalls, an deren Stelle, falls sie verstorben, Ihre Kinder treten. 3. 6 Wochen. 4. und 5. Auf Antrag vermittelt das Nachlaßgericht die Auseinandersetzung. — **R. L. 4.** Unseres Erachtens ja. — **T. R. 100.** Aus Ihren Angaben ist ein Scheidungsgrund nicht zu entnehmen. Es kann aber auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden. Bei Unauffindbarkeit des Mannes ist die öffentliche Zustellung zulässig. Wenn der Mann binnen Jahresfrist nach Rechtskraft des auf Scheidung lautenden Urteils nicht zurückkehrt, ist der Scheidungsgrund der böslichen Verlassung gegeben. — **Turin G. S.** Wenn Ihr Vater die deutsche Reichsangehörigkeit durch mehr als zehnjährigen Aufenthalt im Auslande und durch Nichteintragung in die Matrikel des deutschen Konsulats verloren hat, haben Sie Bestrafung nicht zu befürchten. Auch eine Ausweisung ist unwahrscheinlich. — **14 B.** Der Vater des Kindes bleibt weiterhin zahlungspflichtig. — **J. M. 37.** 1. Nein. 2. Die Kündigung muß seitens der Erben erfolgen. 3. Kinder sind zur Bezahlung von Erbschaftssteuer nicht verpflichtet. 4. u. 5. Die sämtlichen Erben haben den Zinsanspruch. Der Schuldner kann die Beibringung eines Erbscheins verlangen, der bei dem Nachlaßgericht zu beantragen ist. 6. u. 7. Der Nachlaß geht, falls nur Kinder als Erben in Frage kommen, in gleiche Teile. — **S. H. 78.** 1. Zur Bestellung der Gasautomateneinrichtung sind Sie nicht verpflichtet. Die Frage der Vertragslösung ist zweifelhaft; wir raten, bis Oktober wohnen zu bleiben. Nach § 12 Abs. 2 des Mietsvertrages genügt bei der Kündigungs Ihre Unterschrift. 2. Die Unterschriftsbeglaubigung kann verlangt werden. Ein Antrag, davon abzusehen, ist an die Landesversicherungsanstalt zu richten. — **20.** Zu 60 Jahren. **21.** Angaben reichen nicht aus. **22.** Beim Amtsgericht. Einen bestimmten Anwalt empfehlen wir nicht. **23.** Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — **O. M. 100.** Nur zur Feststellung der Persönlichkeit, falls der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt. — **Steglitz 49.** 1. Nach den üblichen Mietsverträgen nicht zulässig. Sie können aber auf Ueberlassung klagen. 2. Der Wirt ist berechtigt, die entbehrlichen Sachen einzubehalten. — **M. S. Altengamme 63.** Nur ein Teil; es müssen etwa 20 M. verbleiben. Für Kosten kann bei dem Lohnsatz nichts beschlagnahmt werden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau

Marie Vetter

Steinmetzstraße 10 (19. Bezirk) verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau

Marie Vetter

am 14. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

64/5 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Rudolf Diemar

Weißensee, Lehderstr. 117, im Alter von 58 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Weißenseer Gemeinde-Friedhofes in der Röckestraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

85/8 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.

Nachruf.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Reservefahrer

Hermann Türk

(Patzenhofer, Abt. NW.)

nach langem, schwerem Leiden am 9. Juni cr. verschieden ist.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

45/5 **Die Ortsverwaltung.**

Am 14. Juni cr. verstarb nach langem, schwerem Leiden meine inniggeliebte Gattin und Mutter

Frau **Klara Jähne**

geb. **Weiße**

im Alter von 35 Jahren.

Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Petershagen an der Ostbahn, den 17. Juni 1912.

Der trauernde Gatte
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Juni, nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Die Beerdigung meiner teuren Frau 2123b

Else Hellmuth

geb. **Danne**

und meiner lieben Stieftochter

Hertha Danne

findet heute, Dienstag, nachm. 2 Uhr, auf dem neuen Luisenkirchhof, Fürstenbrunner Weg, statt.

Die trauernden Hinterbliebenen
Ernst Hellmuth nebst Sohn.

Nachruf.

Am Freitag, den 14. Juni, verschied nach kurzer Krankheit unsere treue Mitarbeiterin

Frau Marie Vetter.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. 10a

Vorwärtsspedition Neukölln I.
Die Spediteure.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Bruders, Schwagers, Onkels **Robert Klitscher** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten sowie den Kollegen der Firma Pintsch meinen herzlichsten Dank. 8A

Klara Klitscher.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Onkels und Neffen

Walter Semff

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Segelklub „Fraternitas", der Firma Schätze u. Freund, den Kollegen der Bohrabteilung dieser Firma und den Kollegen der Firma Hugo Sensch unseren herzlichsten Dank. 30a

Im Namen der Hinterbliebenen:
F. Semff.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.

Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort. *

Rheinsberg i. Mark.

Empfehle Sommerfrischlern sowie Vereinen mein aufs beste eingerichtetes **Logierhaus** mit großem Saal. Anerkannt gute Küche sowie Betten bei soliden Preisen. Pension 3 Mark. Einziges freies Lokal am Ort! 31312*

Gasthaus zu den 4 Jahreszeiten
Aug. Böcker.

Tätowierung
entfernt **Dr. Schönemann**
Spezialarzt für Hautkrankheiten
Berlin S., Oranienstraße 139.
204/16

Achtung!
Mexiko, St. Andree,
hochfeine Qualität,
per Pfund 5,20 M.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 25.
278/3*